

SORGEN UND „SORGEN“

Die Sowjetunion macht kein Hehl aus ihrer Besorgnis über die weltpolitische Entwicklung und das fortdauernde Wettrüsten. Gemeinsam mit einer überwiegenden Mehrheit aller Menschen verfißt sie die Entspannung und Zusammenarbeit und legt einen festen Friedenswillen an den Tag. Frieden für die Völker — das ist schon seit Lenin die Quintessenz unserer Außenpolitik.

Moskau bekräftigt seine Worte mit Taten. Das beweist nochmals die von Leonid Breschnew auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß abgegebene Erklärung über ein einseitiges Moratorium auf die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR und darüber, daß die bereits aufgestellten solchen Waffen quantitativ und qualitativ eingefroren werden sollen. Diese und andere Initiativen der UdSSR zeigen eindeutig, was wirkliche Friedensliebe ist.

Auch Washington ist besorgt, aber nicht über die internationale Lage und das Wettrüsten, sondern darüber, wie es selbst vor der Öffentlichkeit Amerikas und der Welt dasteht; darüber wie die Wirkung der sowjetischen Friedensinitiativen neutralisiert und die Antikriegsstimmung im eigenen Land und auf der ganzen Erde unterdrückt werden könnte. Die Situation nötigt die US-Regierung, sich von Zeit zu Zeit den Anschein zu geben, als stehe auch sie nicht abseits, als liege auch ihr die allgemeine Sicherheit und der Rüstungsabbau am Herzen. Man kann nicht darüber hinwegsehen, daß die Opposition gegen den Kurs der Regierung in den USA nicht allein bei den breiten Massen, sondern auch im Kongreß anwächst. Es sei daran erinnert, daß ein Teil der Gesetzgeber im November vor den Wählern zu bestehen haben wird. Die Amerikaner sind ja alles andere als erbaut von der republikanischen Regierung und von dem horrend teuren Programm für die „Umrüstung“, das die Sozialleistungen verschlingt. Davon zeugen beredt Meinungsforschungen.

Auch in den Partnerstaaten Washingtons wächst die Opposition gegen dessen Politik. Der neueste Beweis dafür sind die Massenkundgebungen in der BRD und in Italien gegen die gefährlichen Pläne der NATO. In knapp zwei Monaten tagt eine Wirtschaftskonferenz der Spitzenpolitiker der führenden kapitalistischen Länder und ein Gipfeltreffen der NATO. Reagan wird erstmalig als Präsident der USA nach Westeuropa reisen. Auf einen herzlichen Empfang in der Alten Welt kann er kaum rechnen.

Ein Staatsmann, der einen Krieg — vor allem in Europa — plant, nicht aber eine Erhaltung des Friedens, ist doch kaum ein gern gesehener Gast. Es mehren sich die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den USA und Westeuropa. Der größte ist aber wahrscheinlich der Gegensatz zwischen der Hoffnung der Westeuropäer auf ein Leben in Frieden und der Absicht Washingtons, aus ihnen Geiseln seiner aggressiven Politik zu machen.

Unter diesen Umständen hat man am Potomac beschlossen, eine Propagandakampagne aufzuziehen und damit die Öffentlichkeit irrezuführen, nämlich die militaristischen Pläne mit einer zur Schau getragenen Friedensliebe zu tarnen. Die Hauptrolle hat dabei der Präsident selbst übernommen. In sechs Tagen hat er dreimal öffentliche Erklärungen abgegeben. Erstens hat er wieder von einer „sowjetischen Überlegenheit“ gesprochen, aber — nach Pressestimmen zu urteilen — nicht einmal viele Washingtoner Politiker von ihr überzeugen können. Zweitens unterstützte er den Antrag Senator Jacksons und sieben seiner Kollegen, das nukleare Rüstzeug einzufrieren. Zum Unterschied von den Senatoren Kennedy und Hatfield, die vorgeschlagen haben, es sofort und restlos einzufrieren, reden Jackson und seine Gesinnungsgenossen von einem Einfrieren in Zukunft, wenn die beispiellosen Pläne für eine Aufstockung der Streitmacht der USA ausgeführt sein würden.

Der Präsident erwähnte den SALT-2-Vertrag mit keinem Wort, er sagte, daß sich die USA auf Verhandlungen mit der UdSSR über einen Abbau der strategischen Rüstungen vorbereiten (wo doch alle Termine für eine amerikanische Bereitschaft dazu, die früher genannt wurden, schon verstrichen sind). Die Tatsachen zeigen, daß Washington mit Verhandlungen über eine Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen keine Eile hat.

Die US-Regierung möchte die Kontrolle über die Bewegung für das Einfrieren der Kernwaffen, die in den USA selbst erstarkt, in die Hand bekommen und die Antikriegswooge glätten. Das gelingt aber unverkennbar nicht, und es kann auch gar nicht anders sein, wo doch der Kongreß gerade jetzt die von der Regierung beantragten beispiellosen militärischen Aufwendungen bestätigt.

Die Völker verlangen von Washington nicht Worte, sondern, daß es den Friedensinitiativen der UdSSR mit konkreten Schritten entgegenkommt. Die Sowjetunion läßt, ihrer Leninschen Friedenspolitik treu, nicht in ihren Bemühungen um eine gesunde weltpolitische Lage nach. An die Völker der Welt richtet sich folgende Losung des ZK der KPdSU zum ersten Mai: „Zügeln wir das Wettrüsten, vertiefen wir die Entspannung, bannen wir die Kriegsgefahr!“

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 16 APRIL 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

| | |
|--|----|
| Sorgen und „Sorgen“ | 1 |
| A. Aleximow — Triebkraft des Rüstungswahnsinns | 5 |
| K. Karagesian — BRD. Bis die letzte Patrone verschrottet ist | 6 |
| A. Anitschkin — Konflikt im Südatlantik | 7 |
| L. Charkow — Jugoslawien. Felder an der Drava | 9 |
| L. Kamynin — Spanien. Im politischen Kräftefeld | 10 |
| D. Wolski — Kommunizierende Gefäße | 11 |
| W. Goschin — Australien. Zählebiges Vorurteil | 12 |
| A. Baryschew — Mit Zuckerbrot und Peitsche | 13 |
| P. Mitrow — Iran—Irak. Kein „vergessener Krieg“ | 14 |
| W. Schelepin — Chauvinistische Exzesse | 15 |
| Notizen ♦ Glossen | 16 |
| I. Ornatski — Zwei Tendenzen im Ost-West-Handel | 18 |
| M. Fjodorow — Norwegen. Im NATO-Sog | 21 |
| M. Saripow — Indischer Ozean. Im Stützpunktfieber | 24 |
| L. Besymenski — Rapallos Geheimnis (Dokumentarbericht) | 26 |
| Diskussion mit dem Leser | 31 |
| PS | 32 |



Die Werktätigen der europäischen Länder kämpfen immer energischer gegen das Waffentrüben, das ihre Existenzgrundlage erschüttert und die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Titelbild: Bei einer Demonstration der Arbeiter vom Schalker-Verein in Gelsenkirchen (BRD).

Foto: TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 11. April veröffentlichte die Sowjetpresse die Losungen des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1982.

Am 6. April jährte sich der sowjetisch-finnische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zum 34. Male. Leonid Breschnew richtete ein Glückwunschtelegramm an Mauno Koivisto, Präsident der Republik Finnland: „Die sowjetisch-finnischen Beziehungen veranschaulichen die Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichem sozialem System, die praktische Umsetzung von Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki.“ Mauno Koivisto richtete ein Grußschreiben an Leonid Breschnew.

Am 9. April jährte sich der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Irak zum 10. Male. Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow richteten ein Grußschreiben an Saddam Hussein, Vorsitzender des Revolutionären Kommandorates und Präsident der Republik Irak: „Die UdSSR war und bleibt auf seiten der gerechten Sache des irakischen und der anderen arabischen Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit, gegen die israelische Aggression und ihre Schutzpatrone, für einen wirklichen Frieden im Nahen Osten kämpfen.“ Saddam Hussein richtete ein Grußschreiben an Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow.

Am 13. April jährte sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien zum 35. Male. Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow richteten ein Glückwunschtelegramm an Neelam Sanjiva Reddy, Präsident der Republik Indien, und an Ministerpräsidentin Indira Gandhi: „Wir geben unserer Überzeugung Ausdruck, daß sich die sowjetisch-indischen Beziehungen auf der Basis des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit auch künftig erweitern sowie erstarken werden im Interesse der Völker unserer beiden Länder, des Weltfriedens und des Fortschritts der Menschheit.“ N. Sanjiva Reddy und Indira Gandhi richteten Grußschreiben an Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow.

Am 7. April besuchte Indira Gandhi das Haus der sowjetischen Wissenschaft, Kultur und Kunst in Delhi und besichtigte die Fotoausstellung „UdSSR—Indien: Freundschaft und Zusammenarbeit“, die im Rahmen des sowjetisch-indischen Freundschaftsmonats anlässlich des 35. Jahrestages der diplomatischen Bezie-



Die israelische Armee bereitet sich intensiv auf einen Einfall in Libanon vor und verstärkt die Repressalien gegen die arabische Bevölkerung der von Tel Aviv okkupierten Territorien. Aber die Palästinenser kämpfen mutig für ihre Rechte und die Befreiung ihres heimatlichen Bodens. Am Westufer des Jordan und im Ghasa-Streifen begann am 12. April ein 7tägiger allgemeiner Proteststreik gegen die Ausschreitungen der israelischen Soldateska. Unsere Fotos: Israelische Soldaten nehmen einen halbwüchsigen Araber fest; Von den Okkupanten vertriebene Einwohner der Golan-Höhen.

Aus: „Paris-Match“ (Frankreich) und „Akher Saa“ (Ägypten)

hungen zwischen beiden Ländern stattfindet.

Am 7. April wurde der Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, Le Duan, 75 Jahre alt. Leonid Breschnew schickte ihm ein Glückwunschtelegramm.

Am 7. April beglückwünschte Leonid Breschnew Kim Il Sung, Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der KDVR, zur Wiederwahl als Präsident des Landes.

Etwa 3000 Frauen von Filderstadt (BRD) richteten ein Schreiben an Leonid Breschnew, worin sie ihrer Besorgnis über die Geschehnisse des Friedens Ausdruck geben. Die Aktivistinnen dieses Beginnes wurden in der sowjetischen Botschaft in der BRD empfangen, wo den Bundesbürgerinnen im Namen Leonid Breschnews der Dank für das Schreiben ausgesprochen und Wünsche des Erfolgs in ihrer Tätigkeit zur Wahrung des Friedens übermittelt wurden.

Am 8. April empfing Nikolai Tichonow im Kreml eine Delegation der Sozialistischen Republik Montenegro unter Veljko Milatović, Präsidiumsvorsitzender der Republik.

Am 7. April traf sich Andrej Gromyko mit Außenminister Nguyen Co Thach, Kandidat des Politbüros des ZK der KP Vietnams. Bei der Unterredung, die im Geiste der Freundschaft und der Über-

einstimmung der Ansichten verlief, tauschten sie Meinungen über die sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen und internationale Probleme von gegenseitigem Interesse aus.

Am 8. und 9. April fand in Warschau die turnusmäßige 24. Tagung der sowjetisch-polnischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Besondere Beachtung galt Fragen der vollständigeren Auslastung von Industriekapazitäten in Polen und der Verringerung ihrer Abhängigkeit von den Kooperationsverbindungen mit kapitalistischen Ländern. Nikolai Talysin, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, wurde als sowjetischer Delegationschef von W. Jaruzelski empfangen.

In einem in Hanoi am 8. April verbreiteten Kommuniqué der Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chinesischen Expansionisten heißt es: China treibe weiterhin großangelegte Wühlaktionen gegen die SR Vietnam. Im ersten Quartal d. J. seien viele Grenzgebiete der vietnamesischen Nordprovinzen mehrmals von Artillerie beschossen worden. Die chinesische Seite halte noch immer mehrere Teile vietnamesischen Territoriums besetzt.

In Wien kam am 8. April die 26. Runde der Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zum Abschluß.

Auf der letzten Plenarsitzung erklärte der sowjetische Vertreter, daß der von der Delegation Polens im Namen aller sozialistischen Länder eingebrachte Entwurf eines „Abkommens über gegenseitigen Abbau von Truppen und Rüstungen und die damit in Mitteleuropa auf der ersten Etappe zusammenhängenden Maßnahmen“ alle notwendigen Komponenten enthält, um eine für beide Seiten annehmbare Vereinbarung zu erzielen.

In New York tagte vom 5. bis zum 8. April im UNO-Hauptquartier der Sonderausschuß für die Weltabrüstungskonferenz, deren Einberufung von der UdSSR vorgeschlagen wurde.

Am 7. April kam in Cambridge der 2. Weltkongreß der Vereinigung von Ärzten zur Verhinderung eines Nuklearkrieges zum Abschluß. Beteiligt waren über 200 Vertreter aus 31 Ländern Europas, Amerikas und Asiens. Sie nahmen einen „Appell an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR L. I. Breschnew und den Präsidenten der USA R. Reagan“, einen „Appell an die Teilnehmer der 2. UNO-Abüstungs-sondertagung“, einen „Appell an die Weltgesundheitsorganisation“ und einen „Appell an die Ärzte Europas“.

Am 10. April begannen in der BRD Ostermärsche für den Frieden (S. 6).

Am 11. April fand in Glasgow (Großbritannien) eine machtvolle Demonstration der Friedensanhänger statt. Über 30 000 Personen, die aus verschiedenen Gegenden Schottlands gekommen waren, marschierten durch die Straßen und nahmen an einer Kundgebung gegen die Pläne der Regierung Thatcher teil, die britischen U-Boote mit amerikanischen nuklearen Trident-Raketen auszurüsten. Massenkundgebungen, Versammlungen und Protestmärsche fanden auch in London, Manchester, Birmingham, Leeds, Sheffield, Plymouth u. a. statt.

Am 11. April wurden in vielen Städten Dänemarks Antikriegsmanifestationen unter den Losungen „Für einen kernfreien Norden“, „Gegen Reagans Null-Option“, „Nein zu den US-Raketen in Europa“ durchgeführt. Daran nahmen Zehntausende Dänen aus unterschiedlichen Parteien, Gewerkschaften, Frauen-, Jugend-, Glaubens- und anderen Massenorganisationen teil.



Erfolgreich verliefen in Paris Tage der ukrainischen Hauptstadt Kiew, die demnächst ihr 1500jähriges Jubiläum begeht. Zahlreiche Besucher sahen Ausstellungen ukrainischer Graphiken, Kinderzeichnungen sowie Fotoausstellungen über das heutige Kiew. Unser Bild: Bei der feierlichen Eröffnung der Tage Kiews im Pariser UNESCO-Hauptquartier

Foto: V. Snegowski (TASS)

Am 11. April fand in Chicago (USA) ein Friedensmarsch von 25 000 Personen aus Protest gegen den Kurs der Reagan-Administration auf Hortung von Kernwaffen statt.

In Washington wurde die Massenorganisation „Für Einfrieren der Kernwaffen“ gegründet. Ihr gehören Studenten, Arbeiter, Politiker, Geistliche, Geschäftsleute und Wissenschaftler an. Die Idee des Einfrierens der Kernwaffen findet auch in anderen Teilen der USA Unterstützung. Über 20 000 Freiwillige arbeiten an der Mobilisierung der Öffentlichkeit zum Kampf für die Verwirklichung dieses Vorschlags.

In der vorigen Woche spitzte sich der argentinisch-britische Konflikt wegen der Falkland-Inseln (Malwinen) weiterhin zu (S. 7).

Vom 7. bis zum 11. April unternahm Präsident Reagan eine Reise nach Jamaika und Barbados (S. 13).

In Kuwait hielt das Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen vom 6. bis zum 8. April eine außerordentliche Tagung zur Nahostlage ab.

Am 9. April wurde in Damaskus die Schließung der Grenze zu Irak bekanntgegeben. In der Erklärung des syrischen Innenministers wird darauf hingewiesen, daß Irak Waffen, Munition und Sprengstoffe, die für Terrorakte und regierungsfeindliche bewaffnete Aktivitäten bestimmt waren, nach Syrien einschmuggeln lasse. Irak habe auch ausgebildete Diversanten über die Grenze eingeschleust. Durch Bomben, die diese Agenten legten, seien zahlreiche Syrier umgekommen.

In Iran ist ein Komplott gegen das Regime aufgedeckt worden. In der Erklärung des Islamischen militärischen Revolutionstribunals heißt es, daß Sadegh Ghotbzadeh, ehemaliger Außenminister, zu den Drahtziehern des Komplotts gehörte. Unter den Verschwörern sind Vertreter monarchistischer, nationalistischer und anderer regierungsfeindlicher Organisationen. Sie wollten Ayatollah Khomeini sowie die Mitglieder des Obersten Verteidigungsrates ermorden. Die Hauptgruppe der Verschwörer, darunter S. Ghotbzadeh, wurde verhaftet.

Das Oberste Gericht der RSA bestätigte die Todesurteile, die auf fabrizierte Anklagen hin über J. Lubishi, P. Moshigo und N. Manana, Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses und Kämpfer gegen den Rassismus, gefällt worden waren. Auf einer Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrates, die am 10. April auf Forderung einer Gruppe afrikanischer Länder einberufen wurde, nahm der Rat eine Resolution an, in der die RSA-Behörden zur Aufhebung der Urteile aufgerufen werden.



In der Mojave-Wüste (Kalifornien) waren über 40 000 Soldaten aller Waffengattungen der Eingreiftruppe der USA beim Manöver „Gallant Eagle 82“ eingesetzt. A P/TASS-Bild

Bereits seit vier Jahren lese ich Ihre Zeitschrift. Sie hilft mir, mich im Weltgeschehen zu orientieren. 1979 hatte ich Gelegenheit, die Sowjetunion zu besuchen. Ich bin von der Moskauer Metro begeistert. In Leningrad bewunderte ich meisterhafte Kunstwerke, war in der Peter-Pauls-Festung, sah das Foucault-Pendel in der Isaak-Kathedrale. Ich werde den Piskarjowski-Friedhof, wo die Opfer der Blockade von Leningrad begraben liegen, nie vergessen. Einen unvergeßlichen Eindruck hinterließ das ehemalige faschistische Konzentrationslager bei Riga. Liebe Freunde, mögen die heldenhaften Bemühungen Ihres Volkes im Kampf um den Frieden erfolgreich sein und die imperialistischen Kräfte einen Rückschlag erleiden. Mögen unsere Kinder nie erfahren, was Krieg ist.

Manuel PAC,
Barcelona, Spanien

Großen Eindruck machte auf mich der Artikel von W. Kusnezow: „Bedrohung durch lautlosen Tod“ (Heft Nr. 11/82). Es erschütterte mich besonders, daß in den Depots der amerikanischen Armee in den USA, in Europa, in Japan und auf den Pazifik-Inseln über 3 Millionen chemische Kampfmittel angehäuft sind, die ausreichen, die Bevölkerung unseres Planeten 50mal zu töten. Versteht man denn im Weißen Haus nicht, daß in dem internationalen Konflikt, zu dem es die Menschheit drängt, auch die Amerikaner selbst Opfer werden?

A. KIIS,
Jakutische ASSR

Die ganze Welt verfolgt mit Besorgnis die Ereignisse im kleinen zentralamerikanischen Land El Salvador. Jeden Tag kommen neue Nachrichten über den mutigen Kampf der Patrioten gegen die blutige Junta und ihre amerikanischen Schulmeister. Trotz des Terrors, der vom Marionettenregime entfesselt wurde, spitzt sich der Kampf zu. Wir sind sicher, daß der Sieg der Patrioten nicht fern ist.

Amirdshon UMAROW,
Tadshikische SSR

TRIEBKRAFT DES RÜSTUNGSWAHNSINNS

Alexander ALEXIMOW

Die Geschichte der modernen US-Politik verdeutlicht: Die wichtigste Methode zur Durchsetzung gestellter Ziele sieht man in Übersee in der militärischen Gewalt. In Washington ist man gewohnt, sie der politischen Einflußnahme in der Welt gleichzusetzen.

In den letzten Jahren hat eine Erfindung starke Verbreitung gefunden, die dem einstigen US-Verteidigungsminister Schlesinger zugeschrieben wird. Da es eine Sicherheitsbedrohung der USA nicht gibt, entwickelte Schlesinger, nach den Worten des bekannten amerikanischen Politologen Arthur Cox „einen künstlichen, gefälschten Ersatz dafür, bekannt als ‚perception theory‘“: Die Macht eines Staates wird an der Perception seiner Stärke gemessen, nicht aber an seiner Bedeutung.

Das Wesen der Theorie besteht darin, daß eine unrichtige „Perzeption der militärischen Stärke“ der USA oder „der Verlust des Glaubens“ an die amerikanische nukleare „Abschreckung“ schon an und für sich zu einem „großen politischen Gewinn für die Sowjetunion“ werden kann. Deshalb müsse „der notwendige Umfang der strategischen Kräfte“ hauptsächlich auf der Basis der „Perzeption“ des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts bestimmt werden. „Unsere Anträge zum Verteidigungshaushalt spiegeln unausbleiblich unsere Auffassung von der Rolle der USA in der Welt...“ wurde in einem Bericht des Verteidigungsministers an den US-Kongreß betont.

„Stärke ist ein subjektiver Faktor“, erklärten die Verfasser einer in den USA erschienenen außenpolitischen Studie. „Wer über Stärke verfügt, setzt sie nicht unbedingt ein, um die gewünschten Resultate zu erzielen. Die Staatschefs fällen außenpolitische Entscheidungen auf Grund dessen, wie sie die Stärke ihres Landes empfinden oder wie sie die Stärke anderer bewerten. Diese Sicht mag nicht immer zutreffend sein, dennoch aber bestimmt eben sie die Entscheidung.“

Eigentlich haben sich die Pentagon-Politiker von dieser Theorie auch schon vor Schlesinger leiten lassen, als Washington von vielerlei „Rückständen“ der USA hinter der UdSSR sprach. Mitte der 50er Jahre wurde lauthals ein „Rückstand“ bei

der Bomberflotte verkündet, 1959 bis 1960 folgte der „Rückstand in Raketen“, 1967–1968 der „Rückstand“ bei der Raketenabwehr, dann der „Rückstand“ bei der Explosionskraft der strategischen Raketen usw.

Selbstverständlich bestand überhaupt kein Rückstand, in jedem Falle aber **perzipierten** die amerikanischen Politiker die Rückständigkeit als vorhanden. Das Ergebnis war, daß der Kongreß überstürzt Milliarden Dollars zu ihrer „Beseitigung“ bewilligte.

Bereits 1974 bewies Henry Kissinger in einem Hearing vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten: „Der **Anschein** von Rückständigkeit“ (im Original hervorgehoben) — wie immer es tatsächlich damit aussieht — kann ernste politische Konsequenzen haben. Denn beide Seiten haben ein hohes Interesse, nicht nur die Realität zu erreichen, sondern schon den Anschein der Realität.“

Zur Rechtfertigung der rückhaltlosen Militarisierung der USA zeigt Washington, nach Eingeständnis amerikanischer Politologen, eine tief verwurzelte Tendenz, die sowjetische militärische Stärke zu über- und die Stärke der USA und ihrer Verbündeten zu untertreiben. Außerdem überhöhen das Pentagon und die CIA in Berichten für die breite Öffentlichkeit bewußt die Angaben über die sowjetischen Streitkräfte.

Indem es dem sowjetischen Militärpotential bedrohliche Maßstäbe verleiht, hofft das Pentagon (und nicht ohne Grund), auf diese Weise werde es den Kongreß leichter davon überzeugen können, daß die Verteidigungsausgaben heraufgesetzt werden müssen. „Präsident Kennedy versicherte, es gebe eine Rückständigkeit in Raketen“, betonte Senator Fulbright. „Es gab eine Raketenrückständigkeit, aber umgekehrt. Wir hatten an die 1000 Waffen, und sie hatten an die 80. Wir behaupten eben, es seien 1000. Das war keineswegs so, aber die Öffentlichkeit glaubte, daß wir hinterherhinken.“

Gemäß der Perzeptionstheorie gibt es auch dann keinen Hinderungsgrund für die Behauptung von der sowjetischen „Überlegenheit“, wenn die USA die Sowjetunion z. B. bei der Entwicklung von einzeln lenkbaren Mehrfachsprengköpfen an ihren Raketen um, sagen wir, fünf oder sechs Jahre überflügeln. Um

sich den USA anzugleichen, würden die Russen schon ihre Militärtechnik rascher entwickeln, die Amerikaner aber ihr Tempo herabsetzen. Für die US-Politiker sieht das so aus, daß die „zunehmende nukleare Stärke der Sowjetunion eine Marke erreichen kann, daß sie in den Augen der Politiker in aller Welt als Überlegenheit aufgefaßt werden würde. Dieses Image der überlegenen Stärke würde den Einfluß und das Prestige der UdSSR zum Schaden der Vereinigten Staaten steigern.“

Die amerikanischen Staatsmänner haben mehrfach erklärt, die USA müßten Streitkräfte unterhalten, die den Streitkräften der Sowjetunion nicht nur äquivalent seien, sondern auch „so aufgefaßt“ werden. „In jedem Falle müssen wir dafür sorgen“, hieß es in einem Jahresbericht des ehemaligen US-Verteidigungsministers Rumsfeld, „daß das nukleare Potential der USA eine richtige Auffassung von unserer Stärke vermittelt.“ Ein anderer ehemaliger Pentagon-Chef, George Brown, verwies konkret darauf, daß niemand die militärische Stärke der USA als in der Effektivität der strategischen Stärke der Sowjetunion nachstehend beurteilen dürfe.

Die Washingtoner Politiker lassen bei den Amerikanern den Eindruck entstehen, ihr Leben würde von der Sowjetunion bedroht, und entwickeln auf dieser Basis riesige Pläne zur Umrüstung. Unter dem Vorwand der „sowjetischen Bedrohung“ erklärt das Weiße Haus, die USA „müßten jeden Preis zahlen, um die stärkste Nation in der Welt zu bleiben“.

„Die militärische Stärke ist kein Allheilmittel. Sie kann nicht alle Probleme lösen, die vermutlich im Laufe eines Jahrzehnts entstehen“, heißt es in der 1980 vom Brookingsinstitut herausgegebenen Studie „Die Herausbildung nationaler Prioritäten. Tagesordnung für die 80er Jahre“. „Aber sie kann anderen Aktivitäten der USA eine bestimmte Glaubhaftigkeit verleihen. Sie kann den Glauben der Freunde festigen und die Zweifel des Gegners verstärken.“ Obendrein erweist sich, daß „die nationale Sicherheit weniger von der Anzahl der Waffen und der Streitkräfte abhängt, als vielmehr davon, wie die Führer anderer Länder den Willen und die Möglichkeiten der USA auffassen“. Diese

Worte stammen vom ehemaligen Außenminister Rusk. Sie zeigen ein weiteres Mal, wie die verborgenen Triebfedern der „Perzeptionstheorie der militärischen Stärke“ wirken, die in den USA tiefe Wurzeln geschlagen hat. Diese Theorie veranlaßt zu einem unkontrollierten Wettrüsten. Die Wechselbeziehung ist hier unmittelbar. „Die USA müssen nicht nur die Auffassung vermitteln, daß sie schnell und entschlossen jeden Akt einer Aggression beantworten, sie müssen auch diese Auffassung mit einer hoch gefechtsbereiten Armee untermauern“, heißt es in der Analyse einer Regierungsorganisation der USA.

In dem Bestreben, dem Kongreß die größten Militärbewilligungen in der US-Geschichte abzuhandeln, appelliert US-Verteidigungsminister Weinberger ebenfalls an die „Perzeptionstheorie“. Ihm zufolge „beeinträchtigt der Mangel an Mitteln die Fähigkeit der USA, in Krisenzeiten auf eine Bedrohung der amerikanischen Interessen zu reagieren“. Das Ergebnis sei, laut Weinberger, daß „das Vertrauen der Verbündeten in die USA untergraben wird“.

In den Theorien der US-Strategen ließ sich stets das Bestreben erkennen, der Sowjetunion zu suggerieren, daß die amerikanische Seite sich auf eine Eskalation des Wettrüstens einlassen kann. Jetzt aber, da die UdSSR die Parität erzielt hat, kommt es die amerikanischen Regierungskreise sehr viel härter und außerdem teurer als früher an, den Eindruck der Glaubwürdigkeit dieser Bedrohung zu erwecken.

Heute läßt sich bereits der Schluß ziehen, daß die rechten Kräfte in den USA SALT-2 aus dem Grund so massiert angegriffen haben, weil er die Parität der Seiten fixierte. Eine Parität aber paßte den inzwischen an die Macht gekommenen Kreisen in den USA nicht, sie widersprach direkt dem Einsatz strategischer Kräfte sowohl angesichts der „Perzeptionstheorie“ als auch als politisches Druckmittel. Ein Einsatz der strategischen Kräfte der USA angesichts einer juristisch verankerten Gleichheit des strategischen Potentials der USA und der UdSSR müßte für die USA unausbleiblich beachtliche politische Einbußen bedeuten und auch praktische — eventuell nichtwiedergutmachende — Folgen haben.

An die „Perzeptionstheorie der militärischen Stärke“ lehnt sich auch die sogenannte Abwehrstrategie an. Zum Zweck der „Abwehr“ impliziert sie: Die USA müßten „nicht nur über die Stärke, die Doktrin und die Entschlossenheit verfügen, im Falle eines Angriffs einen Gegenschlag

führen zu können, sondern sie müßten auch die Russen rechtzeitig davon überzeugen, daß das tatsächlich so ist.“

In dem Streben der US-Strategen nach einzelnen — selbst unbedeutenden — Vorteilen ist klar der Wunsch erkennbar, sich erstens starke Positionen in dem einen oder anderen politischen Dialog zu sichern und zweitens, Handlungsfreiheit im Falle irgendeiner regionalen Krise zu erlangen. Washington betrachtet z. B. die Entsendung seiner Flotte in verschiedene Regionen des Weltmeers durch das Prisma der „Perzeption“. Die Hochrüstung wird zu dem Zweck betrieben, „der Welt rasch eine klare Vorstellung“ von der Stärke Amerikas zu vermitteln.

Die „Perzeptionstheorie“ steht in unmittelbarer Beziehung zu allen Abrüstungsgesprächen. „Es ist unsere Ansicht, daß man sich nicht hinsetzen und verhandeln kann, wenn man nicht etwas zum Verhandeln in der Reserve hat“, sagte US-Außenminister Haig mit deutlichem Fingerzeig auf die „Position der Stärke“.

„Die Perzeptionstheorie ist eine großartige logische Begründung für einen unendlichen Rüstungswettkampf und kann so benutzt werden, bis der Kongreß und das Volk begreifen, daß sie ein Luftballon ist“, meint Arthur Cox.

Objektiv aber entfernt die „Per-

zeptionstheorie der militärischen Stärke“ die herrschenden Kreise Amerikas von einer realen Beurteilung der Weltlage.

Ein Beweis dafür ist die in den USA in jüngster Zeit zunehmende Kritik an der gegenwärtigen Konzeption des Pentagon vom nuklearen Erstschatz, die die Gefahr eines Kriegsausbruchs nicht nur erhöht, sondern auch direkt zur Einführung neuer Nuklearwaffen führt und Abrüstungsverhandlungen wesentlich behindert.

Das in Rechnung stellend haben so angesehene frühere Regierungspolitiker wie Verteidigungsminister McNamara, der Sicherheitsberater des Präsidenten Bundy, der Botschafter in der UdSSR Kennan und der Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung Smith die US-Administration im Magazin „Foreign Affairs“ aufgefordert, sich der Konzeption des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen zu entledigen. „Wenn wir uns einmal davon freimachen, den Eindruck erwecken zu wollen, daß wir gewillt und fähig sind, diese Waffen als erste einzusetzen, werden wir erkennen, daß unsere Ansprüche sehr viel weniger massiv sind, als es heute vielen erscheint“, heißt es in dem Artikel. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, schreiben diese namhaften Politiker, würde helfen, die Beziehungen der USA zur Sowjetunion zu verbessern.

BRD

BIS DIE LETZTE PATRONE VERSCHROTTET IST

Sonnenstrahlen blitzen auf hinter hohen Kiefern hervorragenden Granatköpfen. Die Einwohner wissen: Das sind Pershing 1A. Mit nuklearen Sprengköpfen. Und die angelaufenen Straßenarbeiten lassen sie ahnen, daß hier auch die neuesten amerikanischen Pershing 2 stationiert werden.

Was das für die hiesigen Bewohner bedeutet, brachte der Bürgermeister von Arsbeck, Dr. Fell, eindeutig zum Ausdruck: „Wir sind ein Ziel der ersten Minute.“ Vermutlich deshalb wurde Arsbeck (2400 Einwohner) am linken Rheinufer, direkt an der holländischen Grenze, zum Schlußpunkt der fünf Demonstrationzüge gewählt, die sich am Samstag, dem 10. April, aus fünf Kleinstädten des Bezirks in Marsch setzten.

Der Sternmarsch nach Arsbeck gehörte zu den Ostermärschen, die überall in der Bundesrepublik stattfanden.

„Raketen sind Magneten“ lautet eine Überschrift in der von den Initiatoren des Marschs nach Arsbeck an Pressevertreter verteilten Broschüre. Sie trägt

den Titel „Raketenzentrum Niederrhein“, und in ihr heißt es: „Diese Atomraketen bedrohen uns! Schon jetzt in Friedenszeiten! In den USA sind innerhalb von sieben Monaten durch Computerfehler drei Fehlalarme ausgelöst worden. Glücklicherweise wurde der Computerfehler ‚rechtzeitig‘ erkannt — nach ca. drei Minuten. Drei Minuten Angriff — für die in der Bundesrepublik stationierten Atomraketen eine zu lange Zeit. Die neuen, bald hier stationierten Pershing-2-Raketen wären nicht mehr zurückzuholen, denn nur in acht Minuten hätten sie ihr Ziel in der Sowjetunion erreicht. Durch einen atomaren Gegenschlag wäre unser Land bereits zerstört, bevor über das ‚rote Telefon‘ Irrtümer aufgeklärt wären.“

Die Arsbecker wollen sich nicht damit abfinden, daß, wie ein Redner auf der Schlußkundgebung sagte, „wir bei jedem Spaziergang hinter den Bäumen von einem sichtbaren und unsichtbaren millionenfachen Tod bedroht sind“. Der

KONFLIKT IM SÜDATLANTIK

Diese unerwartet ausgebrochene Krise erinnert in allen Einzelheiten an anscheinend Überlebtes. Die letzte Fahrt eines Schiffes, das verschrottet werden sollte. Eine stillgelegte Fabrik zur Verarbeitung von Walfleisch, die eine Brigade argentinischer Arbeiter demontieren wollte. Inselfplitter eines einst großen Kolonialreichs, das unwiderruflich in der Vergangenheit versank. Eine überlebte Kolonialpolitik.

Der, nach dem Ausdruck der Londoner „Times“, „unsinnigste“ internationale Konflikt, den man sich nur vorstellen kann, begann mit der Landung argentinischer Arbeiter auf der Insel Südgeorgien im äußersten Süden des Atlantik, 2200 km von Kap Hoorn, 12 000 km von Großbritannien Küsten entfernt. Die Gruppe hißte auf einem vereisten Stückchen Land die argentinische Flagge, es erklang die Nationalhymne. Die britische Kolonialverwaltung betrachtete das als Provokation und drohte, die Argentinier mit Gewalt von der Insel zu vertreiben. Die Drohung wurde mit dem Hinweis auf den Eisbrecher „Endurance“ untermauert (dieses Schiff mit

zwei Geschützen und einer Abteilung Marineinfanteristen an Bord sollte britische Soldaten nach beendeter Dienstzeit nach Hause befördern und dann am Schrottplatz ankern). Die Argentinier aber ließen sich nicht schrecken, ihnen eilten Raketenträger und U-Boote zu Hilfe.

Weiter überstürzten sich die Dinge. Die Fernschreiber der Nachrichtenagenturen, Rundfunk und Fernsehen meldeten fast stündlich neue Schritte der britischen und der argentinischen Regierung, die zu einer heftigen Zuspitzung der Spannungen in dieser Region führten.

London entsandte eine zusätzliche Marine-Infanterie-Einheit sowie das Atom-U-Boot „Superb“ und andere Schiffe zu den Inseln. Argentinien setzte seinen einzigen Flugzeugträger „25. Mai“ an der Spitze eines Marinengeschwaders direkt auf die Falklands (Malwinen) in Bewegung, die mit Südgeorgien ein Verwaltungsterritorium bilden. Am 2. April wurden starke Landtruppen auf den Falklands, den Süd-Sandwich-Inseln und auf Südgeorgien ausgesetzt. Nach kurzem Gefecht streckte die britische Garnison die Waffen.

Die Spannungen nahmen weiter zu. Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zu Argentinien ab und fror die argentinischen Konten in seinen Banken ein. Ein britischer Flottenverband, dem zwei Drittel der Kriegsschiffe, darunter die Flugzeugträger „Invincible“ und „Hermes“, der Helikopterträger „Intrepid“ sowie Raketenboote angehörten, wurde in den Südatlantik entsandt. Es gab Meldungen, nach denen taktische Kernwaffen an Bord der britischen Schiffe seien. Sie können, nach Ansicht ausländischer Militärexperten, die Falklands zwischen dem 20. und dem 23. April erreichen. Inzwischen wirft Argentinien eilig Militäreinheiten auf die Inselgruppe und legt Befestigungen an. Hohe Militärs arbeiten an Plänen zur Abwehr eines möglichen Angriffs der britischen Marine.

Von der Themse kommen ununterbrochen kriegerische Erklärungen und Drohungen, man werde die verlorene Kolonie gewaltsam wieder einnehmen. „Wir müssen diese Inseln zurückholen, wir müssen sie zurückholen“, erklärte Margaret Thatcher. Verteidigungsminister Nott verkündete eine Seeblockade: „Wir werden als erste auf jedes argentinische Schiff das Feuer eröffnen, das sich in der 200-Meilen-Kampfzone um die Inseln zeigt.“ Die Blockade begann am 12. April.

Die militärische Konfrontation um



Ostermarsch in München

Telebild: DPA-TASS

gleichen Ansicht ist die eindeutige Mehrheit der Bundesbürger.

In diesen Apriltagen gehen Menschen unterschiedlichster Berufe auf den Ostermarsch. In Flugblättern der Bürgerinitiative Grenzland für Abrüstung und Frieden sind die Forderungen und die Haltung der Organisatoren des Sternmarsches folgendermaßen definiert: „1. Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa. Insbesondere wenden wir uns gegen die geplante Stationierung von Pershing-2-Raketen und von Marschflugkörpern am Niederrhein,

gegen die Stationierung von Neutronenbomben. 2. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum Beschluß der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen beidseitigen Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. 3. Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.“

Hunderttausende gingen auf die Straße, um ihre Friedenssehnsucht zu beweisen. Für die Bewegung der Friedenskräfte wurde der diesjährige Ostermarsch zu einem neuen Kulminationspunkt nach der berühmten 300 000köpfigen Kundgebung am 10. Oktober v. J. in Bonn. Jedoch nicht zum letzten. Auf der Tagesordnung steht eine Großkundgebung in der Bundeshauptstadt im Juni, aus Anlaß der NATO-Ratstagung und des BRD-Besuchs von US-Präsident Reagan.

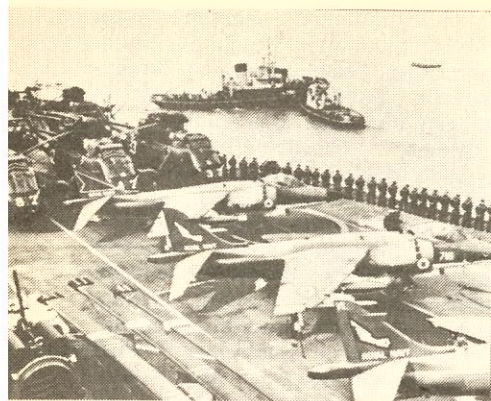
Aktualität, Konkretheit und gleichzeitig Kontinuität und Beständigkeit des Kampfes sind die kennzeichnenden Merkmale der bundesdeutschen Frie-

densbewegung. Ein sichtbares Beispiel lieferte dieser Tage die antifaschistische Zeitung „Die Tat“, die auf der Titelseite drei Fotos veröffentlichte, von denen das eine vor 20 Jahren entstand und zwei kleine Jungen zeigt: Andre Roth (er ist noch keine drei Jahre alt und sitzt in einem Kinderwagen) und sein siebenjähriger Bruder Michael, rechts daneben der Opa, den die Nazis für Jahre ins KZ Buchenwald gesperrt hatten. Ein Plakat am Kinderwagen fordert: „Statt Atomwaffen Brot für die Welt“. Antikriegsplakate tragen auch Michael und der Großvater. Alle drei waren Teilnehmer des Ostermarschs 1962.

Die beiden anderen Fotos zeigen Andre und Michael heute. Der eine ist 22 Jahre alt und arbeitet in einem Chemiebetrieb. Der andere ist 27, Drucker. Auf den Fotos stehen beide inmitten von Demonstranten. „Es reicht nicht, für den Frieden zu sein. Jeder, der im Frieden leben will, muß etwas dafür tun“, sagt Michael. „Wir werden demonstrieren für den Frieden. Wieder und immer wieder. Bis die letzte Patrone verschrottet ist.“

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Arsbeck-Bonn



Kampftechnik an Bord des britischen Flugzeugträgers „Hermes“

Foto: TASS

die Falklands löste auch die heftigste innenpolitische Krise in den drei Regierungsjahren der Konservativen in England aus. Außenminister Lord Carrington und andere Persönlichkeiten des Foreign Office, die die Verantwortung für den Verlust der Inseln auf sich nahmen, traten zurück. Auch John Nott reichte seinen Rücktritt ein, der von Margaret Thatcher jedoch nicht angenommen wurde. Die Zeitungen orakelten von einem möglichen Kabinettsrücktritt.

Die Rechtspresse macht in Chauvinismus: „Rache für die Erniedrigung! Versenkt die argentinische Flotte! Bombardiert Buenos Aires!“ schreien die Schlagzeilen. „Die meisten Parlamentarier sind blutdürstig“, kennzeichnete der „Observer“ die Situation in Westminster. Mit dem Anheizen der Kriegspsychose versuchen die Konservativen, an der Macht zu bleiben.

Die Labours erklärten, sie unterstützten die Entscheidung der Regierung, Kriegsschiffe zu den Falklands zu entsenden, kritisierten jedoch gleichzeitig das konservative Kabinett heftig wegen seiner „Unfähigkeit, den Konflikt in seinem Frühstadium beizulegen“. „Die Opposition unterstützt die Regierungsbemühungen zur Lösung der Krise, aber nur solange, wie sie deren Vorgehen befriedigt“, betonte der Labour-Politiker Healey.

Wie konnte es geschehen, daß der anscheinend doch unbedeutende Zwischenfall sich zu einer großen internationalen Krise auswuchs? Warum haben es zwei Länder, die durch die Tausende Kilometer des Atlantik getrennt sind, so leicht dazu kommen lassen, daß ein territorialer Konflikt zu einer militärischen Auseinandersetzung wurde? Und zwar trotz ihrer ständig erklärten Bereitschaft, das Problem

friedlich beizulegen, und obwohl eine der Konfliktseiten — Großbritannien — ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats ist, der doch auf Friedenswacht stehen müßte?

Offenbar haben sich die rechten Politiker an der Themse noch immer nicht von der Mentalität aus den Zeiten der Kolonialherrschaft befreien können. Der „Guardian“ schrieb in einem Kommentar: „Wir haben anscheinend allen gesunden Menschenverstand verloren. Warum wird der Verlust der Falkland-Inseln plötzlich als ungeheure nationale Erniedrigung angesehen?“

Während der Sondersitzung des Sicherheitsrats äußerten Vertreter lateinamerikanischer Staaten, der Sowjetunion, Polens und anderer Länder, das Problem der Falkland-Inseln sei ein Bestandteil des gesamten Prozesses der Entkolonisierung weiter Gebiete, die seinerzeit von den Kolonialmächten in den verschiedensten Weltteilen erobert wurden.

Die Geschichte der Entdeckung und Erschließung der Falklands (Malwinen) widerspiegelt die koloniale Aufteilung der Welt. Laut argentinischen Quellen wurde die Inselgruppe 1520 von dem spanischen Seefahrer Gómez entdeckt, nach britischen war es 1592 der englische Kapitän Davis. Die Inseln waren lange Zeit im Besitz Spaniens, als dessen Kolonialreich aber Anfang des 19. Jahrhunderts zusammenbrach und seine Kolonien in Südamerika nach und nach in Befreiungskriegen die Unabhängigkeit erlangten, griff Großbritannien nach den Falklands. Die Engländer eroberten die Inseln gewaltsam, verjagten alle Argentinier und erklärten sie 1833 zum Besitz der britischen Krone.

Dann bröckelte auch das britische Imperium. Ein Splitter davon blieben bis in die jüngste Zeit die Falklands (Malwinen). Argentinien betrachtet die Inselgruppe als sein Territorium und schnitt mehrmals die Frage ihrer Rückgabe an. Die UNO nahm die Inseln in das Verzeichnis der der Entkolonisierung unterliegenden Gebiete auf. 1965 empfahl die UNO-Vollversammlung beiden Ländern, die Frage am Verhandlungstisch zu lösen. Großbritannien und Argentinien nahmen solche Verhandlungen auf und hielten sich in den letzten 15 Jahren daran fest.

Im Prinzip wurde ein Abkommen darüber erzielt, die Inseln argentinischer Souveränität zu unterstellen „unter der Voraussetzung des Abschlusses verschiedener Wirtschaftsabkommen, die die gemeinsame Nutzung der Naturressourcen

in dieser Region gewährleisten würden“. Bald jedoch rückte London von diesem Plan ab. Es war der Geruch von Erdöl, der der britischen Regierung in die Nase stieg und sie veranlaßte, sich an den einstigen Ruhm des „Imperiums, über dem die Sonne niemals untergeht“, zu erinnern. Als Meldungen über reiche Erdölvorkommen in der Inselregion auftauchten, verteidigte Großbritannien wieder seine Souveränität über dieses 12 000 km entfernt liegende Territorium mit eindeutig kolonialen Gesten.

Der Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien hat in Washington Panik ausgelöst. Die USA und Großbritannien sind NATO-Partner. Gemäß dem panamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe aber sind die USA auch an Argentinien durch Bündnisverpflichtungen gebunden, das im Falle eines militärischen Angriffs Unterstützung vom Weißen Haus fordern kann. Die Aktivitäten der USA zur, wie es offiziell heißt, Verhütung einer Eskalation des Konflikts, wurden in den lateinamerikanischen Ländern mißtrauisch aufgenommen.

Die Besorgnis der Länder des Kontinents, für den die USA einst ihr „Amerika den Amerikanern“ verkündeten, ist nicht unbegründet. Die USA haben Großbritannien bereitwillig ihren Luftwaffenstützpunkt auf der Ascension-Insel als Flottenbasis zur Verfügung gestellt. Es verlautet, Washington bediene London mit Aufklärungsinformationen von Spionagesatelliten. Die Fernsehgesellschaft ABC meldet, Aufklärungsflugzeuge der USA unternahmen auf Ersuchen Großbritanniens Kontrollflüge in der Region der Falklands (Malwinen) und an der argentinischen Küste.

Washington und London binden „besondere Beziehungen“. Das konservative Kabinett Thatcher ist der eifrigste Verfechter des Kurses der Reagan-Administration. Kaum zufällig begrüßte die Premierministerin den wegen der Südatlantik-Krise in London eintreffenden US-Außenminister Haig nicht als „Vermittler, sondern als Freund und Verbündeten“. Auch das Weiße Haus läßt keinen Zweifel an seinen Sympathien für die kampflüsterne Lady. Doch es geht nicht so sehr um Sympathien als vielmehr um die Zukunft der NATO, in der Großbritannien wohl fast der zuverlässigste Partner der USA ist. Und auch die Politik der jetzigen Washingtoner Politiker erinnert zu sehr an jene, die das Britische Empire einst betrieben haben könnte — und betrieb. An eine überlebte Politik.

A. ANITSCHKIN

FELDER AN DER DRAVA

Jährlich wird den besten Betriebskollektiven Jugoslawiens der ACNL-Preis verliehen. Er wurde von der Skupschtina der SFRJ zu Ehren der zweiten Tagung des Antifaschistischen Vjeće der Volksbefreiung Jugoslawiens (ACNL) am 29.–30. November 1943, die die künftige Föderation begründete, gestiftet.

Zu den Preisträgern gehört das in Jugoslawien bekannte Nahrungsmittelkombinat Podravka in Koprivnica, 100 km von Zagreb entfernt. Markenzeichen von Podravka ist ein lustiger Hahn mit leuchtend rotem Kamm.

Meine Bekanntschaft mit dem Kombinat begann in dem hellen und weiträumigen, wie ein Ausstellungssaal wirkenden Verwaltungsgebäude. Mir schien, ich sei in eine Gemäldegalerie geraten. Hier gab es Landschaften, farbenprächtige Genrebilder, Porträts von Bauern, gemalt mit tiefer Liebe zu Leben und Arbeit auf dem Lande, mit einem bäuerlichen listigen Augenzwinkern.

„Das ist ein Ableger des Museums von Hlebina“, lacht der stellvertretende Generaldirektor Zvonimir Majdančić. „Diese Bilder stammen von unseren Laienmalern. Viele von ihnen kommen aus dem nahen Dorf Hlebina, wo in den Nachkriegsjahren eine eigene naive Schule, sehr eigenständig und in der Volkskunst wurzelnd, entstand.“

„Unser Kombinat gehört zu den 30 größten Betrieben Jugoslawiens“, fährt Majdančić fort. „Wir produzieren Fleisch- und Gemüsekonserven, verschiedene Pulverspeisen, Kindernahrung und Säfte. Begonnen aber hat alles mit einem kleinen Betrieb zur Herstellung von Marmelade, der nur ein paar Dutzend Leute beschäftigte. Heute zählt die Belegschaft von Podravka 7500 Arbeiter und Fachleute. An der Drava besitzen wir Tausende Hektar Ackerfläche und Viehfarmen. Zum Kombinat gehören 40 Großbetriebe: Mastabteilungen, eine Fabrik für Mischfutter, ein Schlachthof, ein Betriebsteil für die Fleisch- und Gemüsekonservenherstellung. Wir erzeugen rund 800 Arten von Nahrungsmitteln. Übrigens dürfen wir auch die Marmelade nicht vergessen. Darauf haben wir das Liefermonopol in ganz Kroatien.“

Worin liegt das Erfolgsgeheimnis von Podravka? Wofür erhielt das Kollektiv die hohe Auszeichnung?

„Für seine Einsatzbereitschaft, für die hohe Arbeitsproduktivität, den engen Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis und für die ausgezeichnete Qualität der Erzeugnisse“, antworten die jugoslawischen Kollegen. „Für das gemeinsame Betriebsinteresse aller Belegschaftsmitglieder. Die Menschen kümmern sich um ihren Boden, um ihre Wirt-

schaft, und leisten dadurch viel.“

Gegenwärtig wird in Jugoslawien ein Programm zur wirtschaftlichen Stabilisierung in die Tat umgesetzt. Es bezweckt, die Entwicklung negativer Prozesse in der Volkswirtschaft und in sozialem Bereich zu bremsen. Besonderer Nachdruck wird auf die Erhöhung der Produktionskultur, auf die Arbeitseffektivität in jedem Betrieb sowie darauf gelegt, die Realeinkünfte der Werktätigen nicht weiter sinken zu lassen.

„Diese Prinzipien des Programms“, betont Majdančić, „setzen wir konsequent um, obwohl sich natürlich auch auf uns die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage im Land auswirkt. Die Arbeiter und Fachleute allerdings sind bemüht, die Schwierigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren.“

In der BGL von Podravka erfuhr ich, daß das Kombinat in Koprivnica 500 Wohnungen für seine Mitarbeiter errichtet hat. 1600 Belegschaftsmitglieder erhielten Kredite für den Bau von Eigenheimen. Jeder Mitarbeiter von Podravka mit mindestens 6jähriger Betriebszugehörigkeit kann Anspruch auf eine Wohnung anmelden. Das ist besonders wichtig, wenn man berücksichtigt, daß in Jugoslawien nicht selten jahrelang auf eine Wohnung gewartet werden muß. Das Kombinat besitzt einen eigenen Sportkomplex und Erholungsherbergen am Meer.

Die meisten Belegschaftsmitglieder sind Frauen, was von der Betriebsleitung in Rechnung gezogen wird. Podravka hat seinen eigenen Kindergarten, im Betrieb gibt es ein Bestellsystem, häufig sind Schneider zu Gast.

Meine Gesprächspartner äußerten sich befriedigt darüber, daß mehr als 5000 Einzelbauern des Bezirks Kooperationsbeziehungen zum Kombinat aufgenommen haben. Auf Vertragsbasis liefern sie an Podravka Milch, Schweine- und Rindfleisch, Gemüse und Obst. Ihre Wirtschaften sind nicht der wechselnden Marktkonjunktur ausgesetzt. Es werden vorher feste Ankaufpreise festgesetzt, und der Absatz der Produkte ist ihnen garantiert. Podravka versorgt

seine Partner mit Saatgut, Rassevieh und Dünger. Die Kooperationspartner können von Podravka Kredite für landwirtschaftliche Bauten oder anderen Produktionsbedarf erhalten.

Von großer Bedeutung für das Nahrungsmittelkombinat sind die Exportlieferungen. 37% davon gehen an die Sowjetunion.

„Die UdSSR ist der größte Bezieher unserer Erzeugnisse“, berichtete der Abteilungsleiter für Perspektivplanung des Kombinats Danika Pirjavec. „Wir wissen, daß den sowjetischen Käufern die Erzeugnisse von



In einer Betriebsabteilung von Podravka

Foto des Verfassers

Podravka gefallen. Es ist erfreulich, daß wir in den 15 Jahren unserer Zusammenarbeit mit der UdSSR keine einzige Reklamation und keine Kritik an der Qualität unserer Produkte zu verzeichnen hatten.

Vor kurzem haben wir einen neuen Betriebsteil zur Herstellung von Trockenhefe anlaufen lassen. Seine gesamte Produktion ist für die UdSSR bestimmt. Der sowjetische Konsument erhält in diesem Jahr noch einige weitere Neuheiten: Nach neuer Technologie zubereitete Fleisch-Gemüse-Konserven, Rindfleischsuppen in Beuteln und Kindernahrung. Nach Koprivnica kommen häufig Delegationen von Fachleuten aus vielen sowjetischen Republiken. Wir planen eine Ausdehnung der Geschäftskontakte zu analogen sowjetischen Betrieben, denn die Bedeutung des sowjetischen Markts für Podravka ist kaum zu überschätzen“, sagt Danika Pirjavec weiter. „Angesichts der negativen Entwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt ist ein garantierter Absatzmarkt und ein solider Partner für uns sehr wichtig. Die vieljährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit haben bewiesen, daß die Sowjetunion für uns ein solcher solider Partner ist.“

L. CHARKOW
Eigenbericht

Belgrad

IM POLITISCHEN KRÄFTEFELD

Leonid KAMYNIN

In diesem Jahr wird in Spanien gewählt. In 11 Monaten enden laut Verfassung die Vollmachten des im März 1979 gewählten Parlaments. Die meisten Parteien haben schon mit der Vorbereitung des Wahlkampfes begonnen. Wie ist das Kräfteverhältnis, wie die Lage im Lande nach Bildung der Regierung Leopoldo Calvo Sotelo?

Der Regierungschef mußte kürzlich im Fernsehen eingestehen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in dieser Zeit zugenommen haben. Viele lebenswichtige Probleme sind ungelöst. Die Vorgänge vom 23. Februar 1981 haben tiefe Spuren im Bewußtsein der Spanier hinterlassen und Befürchtungen geweckt, ein Putschversuch könne sich wiederholen.

In einem Vorort Madrids läuft der Prozeß gegen die Putschisten. Während der fast einjährigen Untersuchung war in der Presse wiederholt von diversen Verzögerungsmanövern der Anhänger der Putschisten, darunter ihrer Rechtsanwälte, die Rede.

Vor dem Militärtribunal haben sich 32 Militärs und ein Zivilist zu verantworten. Die Hintergründe des Komplotts sind noch nicht vollständig aufgedeckt. Viele seiner Teilnehmer, besonders von den Zivilisten, hat man noch nicht offiziell angeklagt. Hiesige Journalisten meinen, die politische Instabilität werde auch nach dem Prozeß bestehen bleiben — angesichts der Stimmungen eines Teils der Militärs, die immer noch hoffen, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

Kompliziert bleibt die Lage in der regierenden Union des Demokratischen Zentrums (UCD). Die kurz vor den Parlamentswahlen von 1977 als Koalition einiger Gruppen demokratischer, liberaler und sozialdemokratischer Richtung gebildete Union hat ihre innere Konsolidierung nicht erreichen können. In letzter Zeit sind ihre Positionen in den Cortes schwächer geworden. Ende 1981 verließen 10 Mitglieder die Fraktion im Abgeord-

netenhaus. Sie vertraten den sozialdemokratischen Flügel der UCD unter Francisco Fernández Ordoñez, zuvor Minister in den Regierungen Adolfo Suárez und Leopoldo Calvo Sotelo. Anfang 1982 traten weitere drei Politiker, diesmal Vertreter des konservativen Flügels, aus der UCD-Parlamentsfraktion aus.

Das hatte es auch schon früher gegeben. Jetzt aber verfügt die Regierungspartei im Abgeordnetenhaus nur noch über 151 (früher 167) von 350 Sitzen. Die linke Opposition, die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), die KP Spaniens sowie einige Abgeordnete einer gemischten Parlamentsgruppe haben 153 Mandate. So ist die UCD-Regierung, die auch früher keine absolute Mehrheit hatte, jetzt in noch größerer Abhängigkeit von Stimmen anderer Gruppen. Zum Beispiel erlitt die Regierung kürzlich eine Niederlage im Abgeordnetenhaus. Die Gesetzesvorlage über die Autonomie Valencias kam nicht durch, obgleich sie von den Abgeordneten der Volksallianz (AP) unterstützt wurde. Gegen einen Artikel der Gesetzesvorlage wandten sich die Linken, die mehr Stimmen aufbringen konnten.

Die Schwächung der parlamentarischen Positionen der UCD diene als Anlaß für die Pressemeldung, das Kabinett beabsichtige, die Cortes aufzulösen und vorfristige Neuwahlen anzusetzen. Nach Meinung der Kommunisten wäre ein solcher Schritt ein schwerwiegender Fehler für die Demokratie. Die KP Spaniens erklärte entschieden, die Stabilität im Parlament müsse bis Ende der Legislaturperiode gewahrt bleiben. Doch dafür ist eine Regierung mit breiter Unterstützung erforderlich, und das, meint die KP, könne nur eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialisten sein.

Calvo Sotelo dementierte die Gerüchte über eine bevorstehende Parlamentsauflösung ebenso wie den Gedanken der Bildung einer Koalitionsregierung. In Katalonien erklärte er: „Die Alternative bei Wahlen kann nur sein: Wollt ihr ein sozialistisches Spanien oder nicht?“

Ein Erfolg der PSOE könne, wie der UCD-Vorsitzende meint, nur von seiner Partei verhindert werden. Unterdes meint nach Angaben der Wirtschaftszeitschrift „Mercado“ mehr als die Hälfte der befragten Unternehmer, die Sozialisten würden bei Wahlen siegen.

In der Presse wurde von der möglichen Einberufung eines außerordentlichen Parteitag der UCD gesprochen. Wie deren Generalsekretär Iñigo Caverio erklärte, ist die Partei jetzt in die Phase eines „inneren Dialogs“ getreten, um ihre Reihen und Positionen zu festigen.

Regierungschef und Parteivorsitzender Calvo Sotelo sucht eine Lösung dieser Aufgabe auch an der außenpolitischen Front. Kürzlich besuchte er Brüssel und London, um die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens zu beschleunigen. Wie die Zeitschrift „Cambio 16“ betonte, wären eine beschleunigte EG-Integration und der NATO-Beitritt ein „Trumpf“, den Calvo Sotelo zur Festigung seiner führenden Position nicht nur unter den Zentristen, sondern auch in Kreisen der Kirche, der Streitkräfte und des Großkapitals ausspielen will.

Eine solche Führungsrolle beansprucht auch Manuel Fraga Iribarne von der konservativen Volksallianz. Er setzt sich für die Bildung einer „Rechtsmehrheit“ ein, der die Zentristen und die Konservativen angehören würden. Bei den Parlamentswahlen im letzten Herbst in Galicien erhielt die Allianz die Mehrheit und drängte die UCD zurück. Einen solchen Erfolg möchte die Allianz auch bei den Parlamentswahlen in Andalusien am 23. Mai erzielen. Der Vormarsch der Allianz sowie die Verluste der Zentristen im Abgeordnetenhaus lassen die AP offenbar hoffen, die „Operation einer logischen Vereinigung“ der AP und der UCD könne gelingen.

Eine gespannte Atmosphäre herrscht in letzter Zeit um die Autonomisierung. Im Sommer 1981 erzielte die UCD-Regierung, die ihrem nach dem Putschversuch verkündeten Kurs auf „abgestimmte Aktionen“ mit den größten Parteien folgte, eine Autonomisierungsüber-einkunft mit der PSOE, der größten Oppositionspartei. Zu jener Zeit befand sich dieser Prozeß in einer gefährlichen Stagnation. Nur Katalonien und das Baskenland haben den Autonomiestatus erhalten. Die Zukunft der anderen nationalen und historischen Regionen, deren Beziehungen zur Zentralmacht — all das blieb unklar. Der Pakt zwischen Regierung und PSOE sollte günstige Möglichkeiten für einen Ausweg eröffnen. Auf der Grundlage der

erzielten Übereinkünfte wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der die Gewährung der Autonomie regelt.

Einige Zeit später bezichtigte die PSOE das Kabinett, es erfülle die übernommenen Verpflichtungen nicht. Andererseits sprach sich die KP in der Parlamentsdebatte gegen diese Gesetzesvorlage aus. Eine ähnliche Reaktion löste sie im Baskenland und in Katalonien aus. Befürchtungen werden geäußert, sie werde zu einer Beschränkung der Rechte der neuen autonomen Regionen führen.

Doch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit rufen die größte Beunruhigung der Spanier hervor. Nach Meldungen der hiesigen Presse erreichte die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in 12 Monaten nicht einmal 0,5%. Obgleich 1981 eine Rekordzahl von Touristen, über 40 Millionen, Spanien besuchte, was der Staatskasse 6 Md. Dollar brachte, bleibt das Defizit der Zahlungsbilanz bei 5 Md. Dollar. Spaniens Auslandsverschuldung hat 27 Md. Dollar erreicht.

Juan Antonio García Díez, stellvertretender Vorsitzender der Regierung für Wirtschaftsfragen, versprach im Januar, 1982 werde es gelingen, den derzeitigen Beschäftigungsstand zu halten, die Inflation auf 10–12% zu senken (1981 betrug sie 14,4%) und das Bruttosozialprodukt um 3% anzuheben. Doch die Ergebnisse der ersten Monate d. J. haben den Spaniern solche Illusionen genommen. Nach Angaben des Nationalen Statistikinstituts verloren allein im Januar 43 000 Menschen die Arbeit. So hat Spanien jetzt über 1,7 Millionen Arbeitslose, d. h. 13,8% der erwerbsfähigen Bevölkerung.

In Madrid und anderen Städten fanden Massenstreiks der Metall-, der Textil- und der Bauarbeiter statt. Sie verlangten, daß in den neuen Tarifverträgen ihre Rechte geschützt und das 1981 von der Regierung, dem Spanischen Unternehmerverband und den Gewerkschaften unterzeichnete dreiseitige Beschäftigungsabkommen eingehalten wird, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei der Abfassung der Tarifverträge vorsieht.

Kürzlich verabschiedete die Cortes ein Gesetz über die Einrichtung eines Sonderhilfsfonds für Arbeitslose. Seine Initiatoren, die Gewerkschaften, erachten es für anormal, daß die überwiegende Mehrheit der Erwerbslosen (1,1 Millionen) keine Arbeitslosenunterstützung erhält. Der Kampf der Werktätigen für ihre Rechte und für Demokratie geht weiter. Das Wahljahr in Spanien wirft seine Schatten voraus.

Madrid

NZ

STANDPUNKT

KOMMUNIZIERENDE GEFÄSSE

Im Westen und auch sonstwo hat es sich eingebürgert, die Sowjetunion als eine Art Fremdkörper in bezug auf Asien zu betrachten. Als sei sie der Nachbar, nicht aber Mitglied der asiatischen Länderfamilie. Was soll's schon, daß der größte Teil des sowjetischen Territoriums in Asien liegt? Das sei doch nur ein geografischer, nicht aber politischer Faktor. Man vergißt manchmal, daß die Kulturtraditionen vieler Sowjetrepubliken in den großen asiatischen Zivilisationen wurzeln, daß auch Rußland im Verlauf seiner jahrhundertelangen Geschichte mit asiatischen Ländern ebenso eng wie mit europäischen verbunden war.

Wenn ein Staat nun aber wirklich nur ein Nachbar Asiens ist, so die USA. Obendrein ein recht entfernter Nachbar, wenn man bedenkt, eine wie beachtliche Grenze selbst heute noch der Pazifik darstellt. Kein Zweifel, auch die USA haben auf diesem Kontinent ihre Interessen. Nicht weniger als die asiatischen Völker brauchen die Amerikaner einen wirklich friedlichen Stillen Ozean, an dessen beiden Küsten Ruhe und Stabilität herrschen. Um das aber zu erreichen, müßte sich Washington erst einmal von seinen imperialistischen Ambitionen freimachen. Bisiang ist es dazu offenbar nicht bereit. Nicht zufällig tut die Reagan-Administration so, als habe sie die sowjetische Initiative zu Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen im Fernen Osten gar nicht gehört, die schon von mehr als einem Jahr vom XXVI. Parteitag der KPdSU vorgelegt wurde. Außer an die asiatischen Länder aber ist diese Initiative ja auch an die USA gerichtet, die in dieser Region bekanntlich Militärstützpunkte besitzen. Anscheinend ist Stützpunktstrategie kein Anreiz für Friedensdiplomatie.

Sollten sich jedoch die asiatischen Länder Washingtons Obstruktion zum Vorbild nehmen? Können sie es sich leisten, den Kampf für das gegenseitige Vertrauen auf ihrem Kontinent zu ignorieren? Die Antwort ist eindeutig, um so mehr, als es jetzt Vorschläge über Maßnahmen zur Vertrauensstärkung gibt, die in der kürzlichen Rede Leonid Breschnews in Taschkent formuliert wurden. Man könne durchaus auch auf bilateraler Grundlage, z. B. zwischen der UdSSR und Japan, in dieser Richtung beginnen, sagte er. Und betonte weiter: „Wir sind ferner bereit, mögliche Maßnahmen zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens im sowjetisch-chinesischen Grenzgebiet zu erörtern.“

Die Realitäten selbst haben der breiten Resonanz auf die Moskauer Gedanken in aller Welt den Boden gegeben. Hier sind z. B. die Erfahrungen Europas sehr nützlich. Die in der Schlußakte von Helsinki vorgesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen haben dazu beigetragen, daß die Entspannung dort tiefe Wurzeln schlug, was in der gegenwärtigen komplizierten Situation besonders spürbar wird.

Das europäische Beispiel ist zwar wertvoll, aber natürlich nicht einseitig. Es kann, um es mathematisch auszudrücken, auch als „Gegenbeweis“ dienen. Erinnern wir daran, daß von Europa zwei Weltkriege ausgingen, die dann auf das asiatische Festland übergriffen. Das war. Was aber wird sein? Kein anderer, als US-Verteidigungsminister Weinberger sagte in seinem kürzlichen Bericht vor dem Kongreß: „Unser Langzeitziel besteht darin, die Möglichkeit zu haben, Aufgaben in Verbindung mit einem globalen Krieg zu erfüllen, u. a. gleichzeitig Einheiten nach Europa zu werfen, Streitkräfte in Südwestasien (Persischer Golf) zu stationieren und in anderen potentiellen Konfliktregionen einzugreifen.“ Die „Washington Post“ entschlüsselte den Gedanken des Ministers: „Die Sowjetunion muß, laut dieser Strategie, bewußt und gleichzeitig nicht nur in Europa in Kampfhandlungen verwickelt werden“, sondern auch in einer ganzen Reihe von asiatischen Regionen. Das also ist es! „Bewußt“ plant man, auch den asiatischen Kontinent zu einem „Kriegsschauplatz“ mit allen sich daraus ergebenden Folgen zu machen. Deshalb ist die Besorgnis verständlich, die Meldungen in Asien ausgelöst haben, das Pentagon wolle im Fernen Osten eben solche Mittelstreckenraketen stationieren wie in Westeuropa geplant.

Wie wir sehen, erinnern Europa und Asien im Grad der Spannungen und der Kriegsgefahr an kommunizierende Gefäße. Weder dort noch hier haben die Völker eine andere Alternative, außer der, höchste Anstrengungen zu unternehmen, um die Spannungen abzubauen und die Kriegsgefahr auf ein Minimum zu reduzieren. Die Sowjetunion bietet dazu konkrete Maßnahmen auf beiden Kontinenten an, und zwar in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung als gleichzeitig europäische und asiatische Macht. Der Zwei-Kontinente-Charakter der UdSSR ist also nicht nur ein geografischer Faktor, sondern in erster Linie auch ein politischer. Dazu ein positiver, stabilisierender Faktor, weil die konstruktive Politik Moskaus ebenso unteilbar ist wie die Sicherung des Friedens.

Dmitri WOLSKI

ZÄHLEBIGE VORURTEILE

Waleri GOSCHIN

Der Korrespondent des „Sydney Morning Herald“ war bei seinem Besuch im State Department und im Pentagon nicht wenig erstaunt. Wie sich herausstellte, befassen sich im Außenministerium nur zwei Beamte und im Pentagon nur einer mit den Beziehungen der USA zu einem so bedeutenden Land wie Australien, wobei sie nebenher auch noch als Sachbearbeiter für Neuseeland tätig sind.

„Woran liegt das?“ fragte der Journalist, leicht beleidigt.

„Das zeugt von den reifen Beziehungen zwischen uns“, lautete die Antwort.

„In der Sprache der Diplomatie bedeutete das: Sie machen uns keinerlei Mühe“, schrieb der Korrespondent.

„Washington betrachtet Canberra als seinen zuverlässigen Verbündeten“, folgerte das Blatt.

Doch viele Australier betrachten es keineswegs als schmeichelhaft, was in Washington als „reife Beziehungen zu einem zuverlässigen Verbündeten“ bezeichnet wird. „Das State Department bereitet die Szenarios für die Außenpolitik Australiens vor“, zitierte das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ Richard Walsh, einen Mitverfasser des bekannten Buches „Dokumente der Militär- und Außenpolitik Australiens. 1968–1975“. Übrigens wurde die zweite Auflage des Buches von der Regierung gerade deshalb verboten, weil es diese Schlußfolgerung glaubhaft belegt.

In Australien wurde der Kurs der Regierung Fraser als „tailism“ bezeichnet, was bedingungslosen Gehorsam gegenüber der Politik Washingtons bedeutet — selbst wenn diese Politik die Gefahr eines Nuklearkrieges in sich birgt.

Es ist nicht unsere Art, anderen zu raten, mit wem sie verbündet sind und was für eine Politik sie verfolgen sollen. Doch die sowjetischen Menschen können nicht dem gegenüber gleichgültig sein, daß in letzter Zeit rechte Kreise in Australien ständig Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion trommeln: Wie die amerikanischen Politiker und Propagandisten wiederholen sie tagtäglich die Lüge von der „sowjetischen Bedrohung“.

Allein der Gedanke einer „sowjetischen Bedrohung“ Australiens ist heute ebenso absurd wie im

19. Jh. die Idee, Fort Denison zu errichten. Das kleine Fort, wo selbst eine damalige Artilleriebat- terie keinen Platz finden würde, steht auf einer winzigen Insel, in der Mitte der breiten Bucht von Sydney. Es wurde während des Krimkrieges zur „Verteidigung gegen eine drohende Invasion der Russen“ errichtet. Wer noch nicht hysterisch geworden war, wußte, daß Sydney ein Überfall russischer Schiffe nicht mehr drohte als eine Invasion der Pinguine. Doch das wurde ignoriert, und Fort Denison steht jetzt schon über ein Jahrhundert als Symbol der Unvernunft.

Mehr als ein Jahrhundert später wiederholt sich die Geschichte — und wieder als Farce, doch als geplante Farce. Anders als durch die bewußten Aktivitäten der Gegner der internationalen Zusammenarbeit ist das nicht erklärbar, weil es keine objektiven Gründe gibt, die die UdSSR und Australien daran hindern könnten, in Frieden und Freundschaft zu leben.

Namhafte Vertreter der Öffentlichkeit Australiens und breite Bevölkerungsschichten, die mühsam den von den Massenmedien verspritzten Haß auf die sozialistischen Länder überwinden, gelangen doch zur Wahrheit. Sie beginnen zu verstehen, woher tatsächlich die Bedrohung für den Frieden ausgeht. Für die Entspannung treten heute Gewerkschaften wie Laboranhänger sowie Jugend-, Frauen- und kirchliche Organisationen ver-

schiedener politischer Richtungen ein.

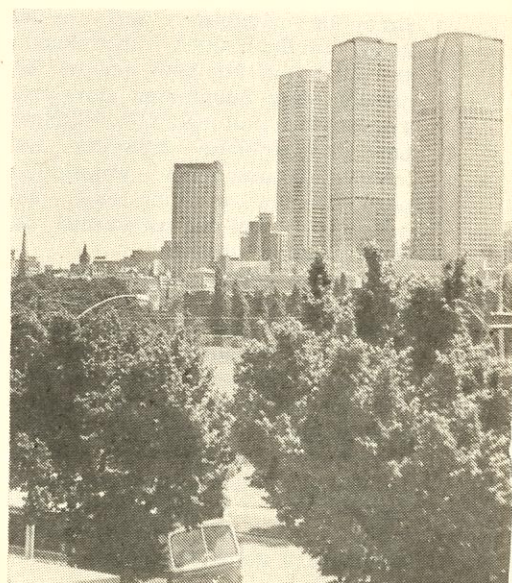
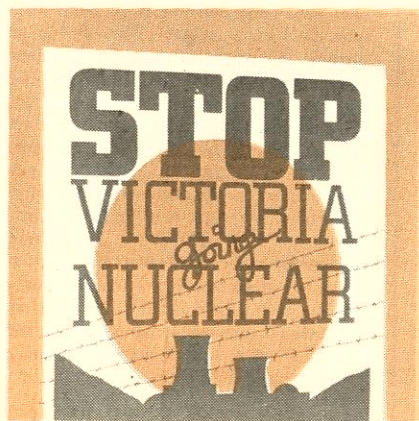
Für Juni plant der größte Gewerkschaftsverband, der Australische Gewerkschaftsrat, eine Gewerkschaftskonferenz über Fragen des Kampfes für Frieden und Abrüstung. Sie soll mit dem Beginn der zweiten Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung zusammenfallen. Die Gewerkschaften haben die Unterschriftensammlung unter eine Petition für Frieden und Abrüstung der australischen UNO-Vereinigung unterstützt.

Auf die Australier, die in ihrer Masse traditionell passiv Ereignissen fern ihres Landes gegenüberstehen, hatten die großen Friedensdemonstrationen in Westeuropa sehr großen Einfluß und mobilisierende Wirkung. Nicht ausgeschlossen, daß gerade unter ihrem Einfluß die Jahreskonferenz des Australischen Gewerkschaftsrates die USA wegen der Produktion der Neutronenwaffe verurteilt und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften vorschlug, sich an den UNO-Generalsekretär mit einer Botschaft zur Unterstützung der Abrüstungspolitik der Vereinten Nationen zu wenden.

Unter dem Einfluß der Abrüstungskampagne begann die Führung der oppositionellen Labor Party (ALP), sich aktiver mit Friedensfragen zu befassen. Die ALP unterstützte die Abrüstungsgespräche des Konsultativrates der Sozialistischen Internationale mit der sowjetischen Führung. Lionel Bowen, stellvertretender ALP-Vorsitzender, sprach sich gegen die Anbindung Australiens an die Politik der Anheizung der Spannungen aus. Bowen betonte, daß der Beschluß Reagans für die Produktion und Lagerung von Neutronensprengköpfen „die fal-

Plakat einer Friedensdemonstration in Melbourne

Fotos des Verfassers



sche Konzeption eines begrenzten Nuklearkrieges gefährlich fördert". Solche Waffen, sagte er, würden die Nuklearschwelle senken und einen Atomkrieg wahrscheinlicher machen. Auf einer Kundgebung des Australischen Friedensrates zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima rief Bowen der Zeitung „Socialist“ zufolge zu einer Politik der friedlichen Koexistenz auf und kritisierte den US-Kurs als hoffnungslosen Versuch, „den Kommunismus zu bekämpfen, selbst wenn dies den Weltuntergang bedeuten würde“.

In Sydney lernten wir H. Lashwood kennen, Mitglied des Munizipalitätsrates des großen Stadtbezirkes Waverly. Stolz berichtete er uns, daß der Rat diesen Bezirk zur ersten „Friedenszone“ Australiens erklärt hat. In Canberra wurde kürzlich die Organisation „Protest für das Leben“, die verschiedene gesellschaftliche und politische Strömungen vertritt, gebildet. Sie ergriff die Initiative für eine Kampagne gegen die Stationierung von mit Trident-Raketen bestückten amerikanischen Ohio-U-Booten im Pazifik, gegen die Nutzung des Landesterritoriums durch den US-Militärklügel und für die Verwandlung des Pazifiks in eine kernwaffenfreie Zone.

In Sydney, Melbourne und anderen Hauptstädten der Bundesstaaten Australiens kamen Anfang April über 100 000 Menschen zu Demonstrationen für Frieden und nukleare Abrüstung, gegen die gefährliche Politik der Anheizung der Spannungen zusammen — für Australien ist das sehr viel, fast soviel wie bei den Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam. Die Australier bekunden Besorgnis darüber, daß ihr Land zur Errichtung von US-Militärobjekten benutzt wird. Ernstlich beunruhigt sie auch die Zunahme der Rüstungsausgaben. Der „Sydney Morning Herald“ teilte mit, daß die Flottenstützpunkte in Freemantle und Cockburn Sound bereits als Basen für US-Patrouillenschiffe im Indik dienen. In dem bekannten Buch Desmond Ball „Ein passendes Stück Land als Liegenschaft“ (was nach Meinung des Autors das souveräne Australien wird, das die US-Militaristen ungeeignet für ihre Ziele benutzen) bestätigt sich, daß „amerikanische Militärobjekte wiederholt ohne Zustimmung der australischen Regierung und ohne deren Informierung für militärische Aktivitäten außerhalb des Landes benutzt wurden“. Viele Australier befürchten, schreibt Ball, daß „die Möglichkeit, einige amerikanische Objekte für Spionageoperationen auf unserem Territo-

rium zu nutzen“, durchaus real ist. Der Autor schließt nicht aus, daß die Amerikaner unter der Labor-Regierung Whitlam ihren Verbündeten bespitzelten.

Verständlich ist auch die Besorgnis über die zunehmenden Rüstungsausgaben. Von 1978 bis 1981 sind sie von 7 auf 11 Mio Dollar täglich gestiegen. Dafür wurden die Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen, den Wohnungsbau und andere Sozialleistungen bedeutend gekürzt. Die Regierung Fraser gab bekannt, die Rüstungsausgaben würden in den kommenden fünf Jahren jährlich real um weitere 7% erhöht werden, damit sie 3% des Bruttosozialprodukts erreichen. Nie in Friedenszeiten hat Australien solche Lasten getragen. Und wofür eigentlich? — das fragen sich die Australier. „Um der ‚sowjetischen Bedrohung‘ im Westpazifik und überall in der Welt zu entgegnen“, suggeriert ihnen die Regierung.

In Australien wollen immer mehr Menschen nicht, daß ihr Kontinent zur „letzten Rettung“ der Menschheit wird. Bei einer thermonuklearen Katastrophe wird es für keinen Lebenden eine solche „letzte Rettung“ geben.

Die Australier glauben, daß der Frieden bewahrt werden kann, und sind bereit, dafür zu kämpfen. Davon zeugt ihre positive Reaktion auf Leonid Breshnews Antwort an eine australische Friedensorganisation.

Gewerkschaftsführer und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Australiens, insbesondere Pat Clancy, nannten Leonid Breshnews Antwort ein „historisches Echo auf die brennendste Frage unserer Epoche“.

„Als wir uns mit einem Brief an die führenden Politiker der beiden bedeutendsten Staaten wandten, von deren Position das Schicksal der ganzen Menschheit in vielem abhängt, wollten wir eine vollständige Vorstellung über deren Haltung zu den brennendsten Fragen der Gegenwart erhalten“, sagte Mrs. Helen Esther, Sekretär der Vereinigung für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung. „Die Position der Sowjetunion wurde in den Antworten Präsident Leonid Breshnews klar und deutlich dargelegt. Das Weiße Haus schweigt einstweilen.“

„Leonid Breshnews Antwort enthält konstruktive Vorschläge und wurde mit Genugtuung in unserem Land aufgenommen, wo die Bewegung gegen das nukleare Wettrennen immer größere Ausmaße annimmt“, sagte B. Hartley, Mitglied des Bundesexekutivkomitees der Australischen Labor Party.

Sydney — Canberra — Melbourne — Moskau

NZ

KOMMENTAR

MIT ZUCKERBROT UND PEITSCHEN

Präsident Reagans fünftägige Karibikreise ist vorüber. Bei diesem „Arbeitsurlaub“ besuchte er Jamaika und Barbados. Hauptziel der Politour war es, Reagans „karibische Initiative“ voranzubringen. Ihr Wesen hatte der Präsident im Februar in einer Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten dargelegt. Sie läuft darauf hinaus, den Ländern der Karibik und Mittelamerikas das Modell einer wirtschaftlichen Entwicklung aufzuzwingen, das auf der uneingeschränkten Herrschaft des Privatunternehmertums beruht. Zugleich wurde von den führenden Politikern dieser Länder verlangt, vorbehaltlos der aggressiven US-Politik gegen Kuba, Nicaragua und Grenada, gegen die Völker, die reaktionäre Diktaturen bekämpfen, zu folgen. Als Lohn winkte man den Staaten, die insgesamt mit 15 Md. Dollar verschuldet sind, mit einem Zuckerbrot: 350 Mio Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe. Davon nicht weniger als 135 Millionen für das Terrorregime in El Salvador. Zugleich entzieht die „karibische Initiative“ Reagans allen, die sich den US-Plänen widersetzen, jegliche Unterstützung. Und doch drohte Reagan für alle Fälle auch mit der Peitsche. Das wurde besonders deutlich in seiner Rede in Bridgetown, der Hauptstadt von Barbados. Ganz offensichtlich erklärte sich die Reise Reagans nach Jamaika und Barbados auch durch die Weigerung Mexikos, Kanadas und Venezuelas, sich besagtem „karibischen Plan“ anzuschließen. Und deshalb war es nötig, den Propagandaaktionen durch Peitschenknallen Nachdruck zu verleihen: Gerade als Reagan seine Reden hielt, begann das Pentagon in der Karibik das Großmanöver Readex 82, an dem ca. 40 Schiffe und 200 Flugzeuge teilnehmen. Es wird mit doppelt so starken Kräften wie das gleiche Manöver 1981 durchgeführt.

Ist es nun Reagan gelungen, mit Zuckerbrot und Peitsche die „karibische Initiative“ voranzubringen? Selbst der Premierminister von Barbados, Adams, sagte, die Versuche Washingtons, den Völkern der Region seine „Entwicklungsrezepte“ vorzuschreiben, würden die gegenteilige Wirkung haben und in den Karibikländern nur die Opposition gegen Regierungen, die sich von den USA gängeln lassen, verstärken.

A. BARYSCHEW

KEIN „VERGESSENER KRIEG“

P. MITROW

Über 19 Monate schon dauert nun der im September 1980 ausgebrochene iranisch-irakische Krieg. Wer dessen Gang in der bürgerlichen Presse verfolgt, muß die geradezu absichtliche Gleichgültigkeit des Westens gegenüber diesem Krieg bemerken — besonders gilt das für die USA. Als wäre das eine Fehde der Veroneser Familien Montecchi und Capuletti! In der westlichen Presse findet man kaum einen Appell zur Beendigung des Konflikts, doch statt dessen immer wieder versteckte Hetzerei zu einem „vernichtenden militärischen Schlag“.

Warum diese Art der „Information“? Die Antwort fällt einem nicht schwer, wenn man sich einmal klar macht, wem dieser Krieg nützt. Vor allem profitiert Washington von ihm. Die US-Administration macht sich unter dem abgedroschenen Vorwand von der „sowjetischen Bedrohung“ und um der überall gegenwärtigen „Lebensinteressen“ der USA willen diesen Krieg zunutze, um die eigene Präsenz in der Region zu „rechtfertigen“. Ferner betrachtet sie ihn als ein Ablenkungsmanöver, um die militärische Überlegenheit des „strategischen Verbündeten“ Israel über dessen Nachbarn zu bewahren. Sollen doch die Nachbarn einander umbringen, wir aber scheren unser Schäfchen. Um so mehr ist die Schwächung zweier antimperialistischer Regimes für die USA von Vorteil. Wie die Kairoer „Al-Ahram“ zu Recht konstatierte, sehen die USA den iranisch-irakischen Krieg unter dem Aspekt ihrer eigenen Interessen in der Golfregion. Doch weder in Bagdad noch in Teheran wird abgestritten, daß ein amerikanisch-israelisches Komplott die eigentliche Ursache des Krieges ist. Die USA tragen alle Verantwortung für die Kriege, die in den letzten Jahrzehnten im Nahen Osten ausbrachen, schrieb der „Bagdad Observer“. Gerade die Allianz Washington—Tel Aviv schafft nicht nur eine gespannte Lage in der Region, sondern bedroht auch unmittelbar den Weltfrieden und die Sicherheit. Der iranische Präsident Ali Hosseini-Khameini bezeichnete den Krieg als eine Katastrophe, als eine Gefahr für den Weltfrieden. All das, erklärte er, komme nur den USA zustatten, die mit der Schürung

des Kriegsbrandes ihre eigennützigen Interessen im Nahen Osten verfolgen.

Der Krieg entflammte und ist in vollem Gang, ein blutiger und grausamer Krieg, mit dem Einsatz moderner Waffen und der Beteiligung von Zehntausenden... Offenbar wird niemand je die wahren Verluste erfahren: So widerspruchsvoll sind die Angaben der kriegführenden Seiten von der Front, die sich über fast 1000 km vom Persischen Golf bis zum Rizaiyeh-See (Urmia) erstreckt. Dem britischen „Sunday Telegraph“ zufolge, der sich auf Angaben aus zuverlässigen Quellen stützt, erreichte die Zahl der Opfer in den ersten 16 Kriegsmonaten fast 130 000. Jetzt sind weitere Opfer hinzugekommen: In letzter Zeit kam es zweimal zu einer besonderen Intensivierung der Kampfhandlungen. Zuerst im Februar, im Raum der Grenzstädte Bostan und Chazzabeh, wobei nach übereinstimmenden Angaben der Seiten über 5000 Menschen umkamen. Damals wurden der irakischen Version zufolge strategische Positionen im Iran erobert. Nach Berichten Teherans hingegen mußten sich die irakischen Truppen auf alte Positionen zurückziehen. Dann im März, im Raum der Städte Dizful und Shush bei der iranischen Operation „Fateh“ („Sieger“). Wie Radio Teheran meldete, befreiten iranische Truppen bei dieser achttägigen Operation 2000 km² ihres Territoriums (von den 10 000 km², die der Irak bei Kriegsbeginn eroberte); die Verluste der irakischen Truppen machten ca. 25 000 Gefallene und Verwundete aus; 15 000 irakische Militärangehörige wurden gefangen genommen. Die Verluste des Iran bei dieser Operation betrugen irakischen Quellen zufolge über 23 000 Mann. Die irakische Nachrichtenagentur INA hingegen verbreitete eine Erklärung von Präsident Saddam Hussein, er habe Einheiten der 4. Armee den Befehl zum Rückzug aus taktischen Gründen gegeben.

Wie AFP aus Bagdad meldete, zog sich die irakische Armee in der ersten Etappe, als am 22. März ein großes Kontingent iranischer Truppen aus Dizful in die Region der Offensive verlegt wurde, zurück, doch dann, am 28. März, stoppte sie die angreifenden Iraner und hält

sie etwa 10 km vor der irakischen Grenze.

Wie dem auch sei — der Krieg zwang auch Millionen friedliche Einwohner, ihre Heimatorte zu verlassen. Er fügte der Wirtschaft beider Länder schweren Schaden zu und führte zur Zerstörung von Städten und Dörfern, von wichtigen Industrieobjekten, vor allem von Ölfeldern. Den Iran kostet der Krieg 720 bis 860 Mio Dollar monatlich. Die Ausgaben des Irak wurden in der Presse nicht beziffert, doch sei auf das Eingeständnis des stellvertretenden Ministers für Ölindustrie, M. H. as-Sammarai, verwiesen: Der Krieg hat auf den Ölfeldern des Irak „schweren Schaden“ angerichtet, dessen Beseitigung „bis zu 5 Jahren in Anspruch nehmen kann“.

Und der Schaden für die Landwirtschaft? Ein Achtel der fruchtbarsten Böden des Iran wird nicht bearbeitet, und das, wo nur ca. 12% des Landesterritoriums von 1,6 Mio km² für die landwirtschaftliche Nutzung geeignet sind.

Jetzt zeichnen sich um den iranisch-irakischen Krieg international zwei Tendenzen ab: Einerseits gibt es Kreise, die mit diversen Machenschaften den Krieg zu verlängern, ihn zu internationalisieren oder zu „arabisieren“ suchen, und andererseits Kräfte, die die kriegführenden Seiten an den Verhandlungstisch bringen wollen.

Gefährlich und voller unabsehbarer Folgen ist der erste Weg. Er ruft unverhohlene Besorgnis in der Region hervor. Die friedliebende Öffentlichkeit sieht hier die gleichen Kräfte am Werk, die den amerikanischen Eskalationsplänen zuspätspielen.

Sobald Anzeichen für ein Blutvergießen in der Golfzone auftauchen, wird sogleich ein Netz von Intrigen und Provokationen geknüpft. Da wird aus Washington gemeldet, möglicherweise würden einige amerikanische Gesetze geändert, die den Verkauf von US-Waffen an den Irak als ein Land, das angeblich den „internationalen Terrorismus unterstützt“, verbietet. Da wird das Gerücht verbreitet, der israelische Verteidigungsminister Sharon habe von der amerikanischen Administration verlangt, die iranische Armee zu unterstützen, ob Teheran das nun wolle oder nicht, und dem Iran insgeheim Waffen über Drittländer zu liefern. Zweifelsohne sollen derartige provokatorische Meldungen nur zur Fortführung und Ausweitung eines Krieges aufhetzen, der im Westen

CHAUVINISTISCHE EXZESSE

Generalstreik im Westjordanland und in Ghazastreifen, Massendemonstrationen von Algerien bis zur Arabischen Halbinsel — das ist die empörte Antwort der arabischen Welt auf die blutigen Vorgänge in Ost-Jerusalem am 11. April. An diesem Tag eröffnete ein Soldat der israelischen Armee, ein Einwanderer aus den USA, das Feuer auf betende Araber in der El-Aqsa-Moschee, einem der Hauptheiligtümer des Islam. Dabei kamen der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA zufolge fünf Personen ums Leben und wurden ca. 70 Menschen verletzt. Die Version, der Soldat sei ein Verrückter, ein Amokläufer, entlastet die Behörden Israels keineswegs. Sie waren es ja, die dem Mörder die MPI in die Hand drückten. Gerade sie schüren tagtäglich den Haß auf die Araber.

Die Meldungen aus Südlibanon sind alarmierend. Mitte April war die ganze Küste von israelischen Kriegsschiffen blockiert. An die libanesischen Grenze wurden Reservisteneinheiten geworfen. Offenbar plant Israel hinter der Lärmkulisse um den britisch-argentinischen Konflikt neue antiarabische Provokationen.

Hierbei rechnen die Zionisten mit dem Wohlwollen der US-Administration. Washington ermuntert derartige Kalkulationen. Nachdem eine Resolution, die Israel wegen der Exzesse im Westjordanland verurteilte, im Sicherheitsrat zu Fall gebracht worden war, schlug die Regierung Reagan dem Kongreß vor, ein Rekordhilfsprogramm für Israel über 2,5 Md. Dollar zu billigen. Nicht von ungefähr konstatierten die Vertreter von mehr als 60 nicht-paktgebundenen Staaten in Kuwait: Die USA tragen die volle Verantwortung für den aggressiven Kurs ihres „strategischen Verbündeten“.

Doch auch unter diesen Bedingungen gibt es einen Weg zum Nahostfrieden. Eine Lösung ist, wie Andrej Gromyko kürzlich in Belgrad betonte, nur bei einem Kurs auf eine umfassende Regelung, auf die Befreiung aller 1967 besetzten arabischen Gebiete und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, bis hin zur Bildung eines eigenen Staates, und des Rechtes aller Staaten dieser Region auf selbständige Entwicklung möglich. Und Israel ist da keine Ausnahme. Doch für das chauvinistische militante Verhalten, für die Untergrabung der Fundamente des Friedens kann und muß Israel die Rechnung präsentiert werden.

W. SCHELEPIN

mal als hoffnungslos, dann als vergessen bezeichnet wird.

Die UNO, die nichtpaktgebundenen Staaten und die Islamische Konferenz (ICO) suchen nach einem Weg zur Regelung des Konflikts. In Genf, bei Konsultationen von Vertretern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen — Indien, Kuba, Sambia und die PLO —, die dem Ausschuß zur Beendigung des Krieges angehören, wurde erneut tiefe Besorgnis über den Stand der Dinge bekundet. Die Teilnehmer der Konsultationen führten kürzlich ein Treffen in Kuwait durch und prüften Möglichkeiten für zusätzliche Friedensanstrengungen.

Ende Februar besuchte eine UNO-Vermittlermission unter Leitung Olof Palmes, des Sondervertreters des UNO-Generalsekretärs Bagdad und Teheran (es war sein sechster Besuch in beiden Hauptstädten). Einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zufolge änderte sie einige Vorschläge für eine Waffenruhe ab. Nach Olof Palmes Besuch betonte die iranische Presse erneut, der Frieden könne nur bei dem „vorbehaltlosen Abzug der irakischen Truppen von irischem Territorium, der Zahlung einer Entschädigung für den entstandenen Schaden und der Verurteilung des Aggressors“ erreicht werden. In der Presse wurde ferner konstatiert, daß, wenn Verhandlungen auch beginnen sollten, dann nicht über die UNO-Mission, sondern durch Vermittlung der ICO.

Die weitere „Goodwill-Mission“ aus Vertretern von neun islamischen Staaten unter dem Präsidenten Guineas, Sékou Touré, besuchte Anfang März Bagdad und Teheran. In beiden Hauptstädten wurde den Bemühungen der Mission Anerkennung gezollt und das Streben beider Seiten nach einer Beendigung des Krieges bekundet. Der Irak schlug der Mission vor, einen Ausschuß zu bilden, der die Schuldfrage prüfen sollte, um so mehr, da sie im vergangenen Jahr von iranischer Seite aufgeworfen wurde.

Bald nach dem Bagdad-Besuch der ICO-Mission übermittelte Präsident Saddam Hussein einige Vorschläge an Sékou Touré. Von einer gewissen Flexibilität der Haltung des Irak in der Frage einer Beendigung des Krieges zeugt das Interview des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Taha Yassin Ramadan für die „Washington Post“. Er betonte, daß der Irak „zu einem etappenweisen Abzug aus den besetzten iranischen Gebieten bis zum Abschluß eines Friedensvertrages

bereit ist, unter der Bedingung, daß Verhandlungen unmittelbar zwischen beiden Seiten oder über Vermittler beginnen und sich befriedigende Anzeichen für einen Fortschritt bei solchen Verhandlungen abzeichnen“.

Unterschiedliche Nachrichten treffen aus Teheran ein. Über 140 Abgeordnete des Medschlis sprachen sich am 11. März für eine Fortführung des Krieges aus. Und obgleich diese Stimmen nicht vereinzelt sind, gibt es im Iran mehr Leute, die für eine Beendigung des Krieges eintreten.

Nicht unbemerkt blieb eine Botschaft des iranischen Präsidenten Ali Hoseini Khamenei an den guineischen Präsidenten Sékou Touré, in der Dankbarkeit für die Vermittlungsbemühungen der ICO und das Streben des Iran nach Herstellung eines gerechten Friedens bekundet wurden.

Offenbar zeichnen sich also gewisse Entwicklungen zu einer möglichen Beendigung des iranisch-irakischen Krieges ab. Gibt es ja keine „vergessenen Kriege“. Tote, Verletzte und Zerstörungen können die friedliebenden Menschen nicht gleichgültig lassen. Die Sowjetunion ist seit Beginn dieses Krieges für dessen schnellstmögliche Beendigung, für eine Regelung der iranisch-irakischen Differenzen wegen des Grenzverlaufs am Shatt-el-Arab auf dem Verhandlungsweg eingetreten. Bereits Ende 1980 hatte Leonid Breschnew vor dem indischen Parlament erklärt: „Wem nutzt dieser Krieg! Natürlich weder dem Irak noch dem Iran. Sie werden lediglich eine zerstörte Wirtschaft erhalten und große Menschenverluste erleiden. Doch manch einer hat vom Krieg profitiert, das ist bereits jetzt sichtbar. Vor den Augen der ganzen Welt verstärkt sich das ausländische militärische Eindringen in den Nahen und Mittleren Osten. Zur Freude der Feinde der arabischen Völker wird die Einheit der arabischen Welt untergraben. Es wird auch damit gerechnet, die antiimperialistische Ausrichtung der Politik des Iran wie des Irak zu schwächen. All das bezahlen die zwei Nachbarvölker mit ihrem Blut.“

Die Ereignisse seitdem haben die Richtigkeit dieser Worte bestätigt. Die Friedensanhänger appellieren an den Irak und den Iran, aufrichtige Verhandlungen zu beginnen — bilateral oder über verschiedene Vermittlermissionen. Vor allem müssen sie zu beiderseitigem Verständnis und zum Frieden führen.

HALS- UND BEINBRUCH

Die USA wollen Italien eine neue Zukunft bereiten: Neue Waffen, neue Stützpunkte, neue Aufgaben. So formuliert das Mailänder Magazin „Panorama“ die Ziele der US-Diplomatie anlässlich des jüngsten USA-Besuchs von Italiens Staatspräsident Pertini.

Mit den Zielen verdeutlichte das Magazin auch gleich die Mittel dazu. Das erste: Der Stiefel soll als Absprungbasis für US-Eingreiftruppen — Marine-Infanterie und Fallschirmspringer (siehe Foto) — in Regionen vordringlicher Militäroperationen dienen.

Zweitens: Italien soll zusätzlich etliche, bislang in anderen Ländern Westeuropas stationierte US-Einheiten aufnehmen.

Drittens und vor allem: Die italienischen Streitkräfte an der Südflanke der NATO müßten besser genutzt werden. „Panorama“ schreibt, die NATO-Strategen hätten sich davon überzeugt, daß es sinnlos sei, 80% der Landstreitkräfte und 60% der taktischen Luftwaffe an den nörd-



lichen Grenzen Italiens zu lassen, wo über 30 Jahre lang auf die legendäre Invasion Moskaus gewartet wurde. Sie müßten nach Süden verlegt und gleichzeitig umstrukturiert werden, wobei auf kleinere, hochmobile Einheiten Wert gelegt wird.

Der gemeinsame Nenner all dieser Veränderungen ist offiziell, Rom, wie gehabt, zur Abwehr der „Invasion aus dem Norden“ zu mobilisieren. Tatsächlich, deckt „Panorama“ die Karten auf, bereite man

aber den kleinen Verbündeten auf die Teilnahme an militärischen Abenteuern Washingtons in Nordafrika, in Mittelost und im Persischen Golf vor, wo, wie das Magazin schreibt, die erdölpralle Schlagader der USA verläuft, die das Pentagon auch von den Bündnispartnern schützen lassen will.

L. MAKAREWITSCH

DOLCE VITA FÜR RASSIS

Kann man aus der fiktiv-gigigkeit einiger Bantustans hen? Ein erfinderischer Afri te das und errichtete auf rium von Bophuthatswana riosen Vergnügungskomp Sonnenstadt nannte.

Gelangweilte Geldsäcke, Wochenende verbringen, k nur Tennis und Golf spie sich auch dem dolce vita hien Freuden in der RSA s ten sind, da das der purita ral der Holländischen Refor che widerspricht. In der werden rund um die Uhr Po zeigt, man kann ähnlich ge erzeugnisse erwerben, Str glotzen und sich c spiel widmen. In der Star farbige Mädchen, die sich e ältesten Gewerbe der Wel

Wie verhalten sich nur Moralhüter dazu? Es läßt Schließlich zahlt der Besit zenstadt den Behörden von swana ja Einkommenssteue Pretoria einen wesentlichen Lasten zum Unterhalt dieses lich lebensunfähigen Territ nimmt. Das ist der Preis d schen Moral.

J. BOTSCH

VERBOTENE LEHRBÜCHER

Wenn es schon nicht ge-lingt, die Arbeitslosen-zahl in England zu senken, könnte man dann nicht wenigstens versuchen, die Zahl der Arbeitslosen-unterstützungsempfänger zu mindern? Diese Frage stellten sich die Beamten des Ministeriums für Ge-sundheitswesen und So-zialfürsorge und verwar-fen ein Gesetz, das es den Erwerblosen gestattete, 21 Stunden pro Woche eine Lehranstalt zu besuchen, ohne das Recht auf Ar-beitslosengeld zu verlie-ren.

Der Londoner „Obser-ver“ äußert dazu, dadurch sei eine junge Londone-rin, die die erzwungenen Stunden der Untätigkeit nutzen wollte und einen Lehrgang für Verkäufer (21 Stunden in der Woche und keine Minute mehr) besuchte, der Unterstüt-zung verlustig gegangen. Mittellos blieb auch ein

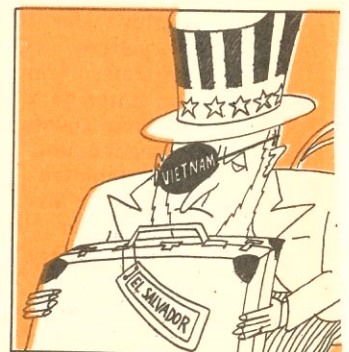
erwerbsloses Mädchen aus Newcastle: Es „gab zu“, daß es nach dem Besuch von Vorlesungen in einem College (20 Wochenstun-den) zu Hause noch in Lehrbücher geguckt habe. Sehr ungewiß ist die fi-nanzielle Zukunft eines jungen Mannes aus Paki-stan, der jetzt in Birmin-gham lebt. Ein Inspektor traf ihn zu Hause über einem Buch an, und ihm schwante gleich, daß das ein Lehrbuch sein könnte.

Man sieht also, wie die britischen Behörden be-müht sind, nicht nur zu sparen, sondern den jun-gen Leuten auch das ge-ringste Anzeichen von Aktivität zu nehmen. „Sie könnten höchstens An-spruch auf Unterstützung erheben, wenn sie im Bett herumliegen oder fernsehen“, konstatierte der „Observer“ sarka-stisch.

W. PAWLOW

KOFFER PACKEN

Das Hotel „Camino Real“ in San Salvador war während der Präsi-dentschaftswahlen Mittelpunkt einer der stärksten Propagandaoperationen der USA im Ausland seit Vietnam. Die Jour-nalisten priesen die hiesige „Demokra-tie“, packten die Sachen zusammen und reisten ab. Bald jedoch stellte es sich heraus, daß sich Washington mit dem Wahlschwindel übernommen hat-te. Allem Anschein nach kommen nun zu rechte Kräfte an die Macht. Ihr Füh- rer D'Aubuisson hat sich den uneinge-schränkten Ruf eines Mannes mit pa-thologischem Mordinstinkt gesichert. Das wiederum könnte die US-Kongreß-leute veranlassen, nicht rückhaltlos neue Summen für das befreundete Re-gime zu bewilligen. Darum aber gera-



de wollte der US-Präsident den k im Juli bitten und bereitete daf eine Rede über die „Verbesseri Lage der Menschenrechte“ in E dor vor.

Nach Ansicht des Karikaturis „Süddeutschen Zeitung“ ist e für Uncle Sam längst an der Z Beispiel der Journalisten zu fol die Koffer zu packen. Sonst kö sich nach Vietnam noch ein Auge holen.

G. SIDC

EN

Jnabhän-
eile zie-
er glaub-
Territo-
en luxu-
den er

hier ein
en nicht
sondern
ben, des-
t verbö-
hen Mo-
orten Kir-
nnenstadt
filme ge-
te Druck-
ase be-
Glück-
flanieren
Not dem
ingeben.
die RSA-
sie kalt.
der Son-
ophuthat-
womit er
Teil der
irtschaft-
iums ab-
puritani-

ARJOW



ngreß
schon
g der
Salva-

n der
auch
dem
n und
nte er
blaues

OWA

MAULKORB

Vor wenigen Wochen gelangte die Redaktion des fortschrittlichen bundesdeutschen Magazins „Elan“ an einen internen Brief der „Westdeutschen Zeitung“. Darin belehrt der Chefredakteur der „WZ“ Paulheinz Grupe im Auftrag des Verlegers alle Redakteure, wie sie die Themen Hausbesetzung, Demonstration, Friedensbewegung abzuhandeln hätten.

Da heißt es: „Die Besetzung eines fremden Hauses ist gesetzwidrig und strafbar... Deshalb kann eine Hausbesetzung niemals friedlich sein. Dies muß bei der Berichterstattung, falls sie überhaupt erforderlich erscheint, beachtet werden.“ Gemeint sind hier offenbar Fälle, da Obdachlose leerstehende Mietshäuser besetzen wollen. Die Hausbesitzer aber sind bereit, sie sogar niederzuwalzen, nur um keine

Mieter zu bekommen, denen die sagenhaft hohen Mieten nicht aus der Tasche zu ziehen sind.

Zur Friedensbewegung in der BRD schreibt Grupe: „Bitte prüfen Sie immer, ob bei Aktionen der Friedensbewegung überhaupt eine Informationspflicht vorliegt, und machen Sie in der Berichterstattung deutlich, wer dahintersteckt.“ Danach könnte man sich übrigens am besten beim Herrn Grupe erkundigen, denn der weiß ganz genau, daß die Friedensbewegung „eindeutig kommunistisch infiltriert und infiltriert“ ist.

Damit diese Diffamierungen nicht offen als Maulkorb für die Redakteure betrachtet werden, verwies der Chefredakteur darauf, es handle sich nicht um Detailanweisungen, sondern um „einige Hinweise“, die „eine Interpretation der Ihnen bekannten publizistischen Grundsätze“ sein sollen.

N. SHOLKWER

EINSAMER RUFER

Texas, vor einigen Jahren noch das gelobte Land für Arbeitsuchende, ist inzwischen zu einem verdamnten Land geworden. Mit diesen Worten leitet ein AFP-Berichterstatter eine Meldung aus Dallas, der größten Stadt dieses US-Staats, ein.

Die heftige Krise der US-Wirtschaft hat auch den Erdölstaat ergriffen. Die Arbeitslosigkeit unter den ärmsten Bevölkerungsschichten hat stark zugenommen. Viele verzweifelte Eltern bitten sogar Waisenhäuser um Aufnahme ihrer Kinder, die sie nicht satt machen und denen sie wegen der unerträglich hohen Mieten nicht einmal ein Dach über dem Kopf bieten können.

Die Nachfrage nach Waisenhausplätzen hat sich in letzter Zeit verdreifacht. Norman Lockett, Direktor einer solchen Einrichtung, teilte mit, er habe Notunterkünfte für 300 Kinder schaffen müssen. Viele der Kleinen, sagt Lockett, litt unter ständiger Furcht. Sie weigerten sich, abends das Licht zu löschen, weil ihnen scheine, jemand sitze im Schrank, und brächen ständig in Tränen aus.

Sharon Whitaker, Leiterin eines Kinderheims der Presbyterianer, berichtet von Armen, die in unheizbaren und stromlosen Campingwagen hausen: „Ihre Kinder werden krank, sie finden keine Arbeit, sie werden nicht mehr bei der Heilsarmee aufgenommen, also kommen sie zu uns.“

Die Direktorin eines Methodisten-Waisenheims, Cara Cark, sagt: „Das sind alles Familien, die vor fünf Jahren gerade überleben konnten. Heute sind sie die Opfer der Wirtschaftskrise.“

Wie aber weiter? Der US-Präsident hat schließlich für 1983 die weitere Kürzung der Sozialausgaben geplant. Deshalb beschuldigte Marian Wright Edelman, Präsidentin des US-Fonds zum Schutz der Kinder, Ronald Reagan, damit habe er einen „bedingungslosen Krieg gegen die Kinder erklärt“. Mrs. Edelman forderte, die Regierung dürfe in Zukunft die Hilfsprogramme für Arme, Kinder und Invalide um keinen Cent mehr herabsetzen. Ihre Stimme aber erklang wie die eines einsamen Rufers in der Wüste.

W. ROSEN



UNBEWÄLTIGTE VERGANGENHEIT

Der japanische Schriftsteller Seiichi Morimura erhielt mehr als 1000 empörte Briefe, in denen er als Kommunist und sogar als Verräter bezeichnet wird. Anlaß dazu war das Erscheinen seines Buchs „Die Sättigung des Teufels“, das in Japan mit einer Auflage von fast einer Million zu einem Bestseller wurde. Das Buch hat einen Schock bei den Japanern ausgelöst. Es entstand auf der Grundlage von fast 40 Jahre alten Dokumenten und nach Augenzeugenberichten.

Morimura berichtet über die Tätigkeit der „Einheit 731“ der Kwantung-Armee, die den bakteriologischen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitete. Ihre Angehörigen kannten kein Erbarmen mit Zivilisten und Kriegsgefangenen, die ihnen in die Hände fielen. Ihnen wurden Typhus-, Cholera- und Pestbazillen injiziert, sie wurden bei Überlebensexperimenten vereist und ohne

Narkose operiert.

Für den sowjetischen Leser stellt der Bericht Morimuras nichts Neues dar: 1949 fand in Chabarowsk eine Gerichtsverhandlung gegen Angehörige der „Einheit 731“ statt, die von der Sowjetarmee gefangen genommen worden waren. Während des Verfahrens wurde das unmenschliche Vorgehen dieser Einheit enthüllt, das von der damaligen japanischen Führung sanktioniert war.

In Japan jedoch wußte man bis vor kurzem praktisch nichts von diesen Verbrechen. Die Kriegsverbrecher der „Einheit 731“, die vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen aus der Mandschurei flüchten konnten, blieben straflos.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden und später auch Tokioter Politiker verhinderten die vollständige Aufdeckung der aggressiven Rolle Japans während des zweiten Weltkriegs. Die militaristische Vergangenheit blieb unbewältigt. Daher hat Japans Jugend keine Ahnung davon, daß eben Japan den Krieg im Pazifik entfesselte, und weiß nichts von den Greueln, die die Tenno-Armee in den okkupierten Ländern Asiens verübte.

Dafür aber zeigt Tokio den Drang nach einer neuen starken Armee. Und die wütenden Jugendlichen, erzogen an militaristischer Literatur und durchdrungen vom Samurai-Geist, nennen Morimura einen Verräter.

L. MLETSCHIN

Unser Foto: So wirbt die Zeitung „Mainichi“ für gleich zwei militaristische Schundromane, einen fünfbändigen und einen sogar zehnbändigen

ZWEI TENDENZEN IM OST-WEST-HANDEL

Igor ORNATSKI

Bei den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West handelt es sich um die zwischen industriell und wissenschaftlich-technisch hochentwickelten Ländern. Auf die UdSSR und die anderen RGW-Länder entfällt fast ein Drittel, auf die westeuropäischen Länder, die USA und Kanada über die Hälfte der Industrieproduktion der Welt. Man sollte meinen, auch der Handel zwischen diesen beiden Staatengruppen müßte einen erheblichen Teil des Welthandels ausmachen. Dem ist jedoch nicht so.

Künstliche Disproportionen

Obwohl beide Ländergruppen über 80% der Industrieproduktion der Welt liefern, beträgt ihr gegenseitiger Handel weniger als 4% des Welthandels: eine Disproportion, hauptsächlich als Folge der von westlichen Politikern künstlich errichteten Schranken.

Auch die Struktur des gegenseitigen Handelsumsatzes entspricht nicht dem wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potential beider Seiten. Im Export der RGW-Länder überwiegen noch immer Rohstoffe und Agrarerzeugnisse, vor allem deshalb, weil die westlichen Länder den industriellen Import aus den RGW-Ländern beschränken. So stieg zwar der Anteil von Maschinen, Ausrüstungen und industriellen Bedarfsgütern am sowjetischen Export nach dem Westen im letzten Jahrzehnt, macht jedoch vorläufig nicht über 5% aus, während dieser Anteil am sowjetischen Export insgesamt 20% erreicht. Was den sowjetischen Import aus den kapitalistischen Industrieländern betrifft, so überwiegen darin noch immer Fertigerzeugnisse und Halbfabrikate.

Heißt das aber, daß die UdSSR den Handel mit dem Westen nur zur Entwicklung ihres industriellen Potentials braucht und die westliche Technologie importieren muß, um, wie bürgerliche Propagandisten behaupten, die technische Zurückgebliebenheit zu überwinden?

Die 70er Jahre, in denen die sowjetische Industrie besonders rasch modernisiert wurde, zeigten:

Der Kauf von Ausrüstungen und Maschinen im Westen bestimmte weder das Entwicklungstempo noch die Umstrukturierung der sowjetischen Volkswirtschaft. Der gesamte Import aus den kapitalistischen Industrieländern macht wertmäßig kaum mehr als 1% des Bruttonationalproduktes der UdSSR aus, während die westlichen Maschinen und Ausrüstungen lediglich 3,5% unserer jährlichen Investitionen in der Wirtschaft betragen. Die Dynamik der sozialistischen Wirtschaft wird nicht durch äußere Quellen, z. B. den Import aus dem Westen, sondern vor allem durch die inneren Entwicklungsmöglichkeiten jedes Landes und die Zusammenarbeit im RGW-Rahmen gesichert. Über die Ausmaße solcher Ressourcen gibt etwa die Tatsache Aufschluß, daß gegenwärtig der Umfang der Industrieproduktion und die Wachstumsraten des Nationaleinkommens in den RGW-Ländern mehr als doppelt so hoch sind wie in den EG-Ländern.

Die These der westlichen Propaganda, die RGW-Länder seien für die internationale Zusammenarbeit noch nicht reif genug, wird überzeugend auch durch den raschen Ausbau ihres gegenseitigen Handels Lügen gestraft. Zwischen 1970 und 1980 stieg er auf das 3,3fache. Dieses Wachstum geht mit der Diversifizierung des Sortiments und mit strukturellen Veränderungen einher. In erster Linie ist es das vorrangige Wachstum des Handels mit Maschinen und Ausrüstungen. Deren Anteil an den gegenseitigen Lieferungen der RGW-Länder belief sich 1980 auf 41% gegenüber 37% im Jahre 1965. Vergleichsweise: In den EG-Ländern beträgt diese Kennziffer 29%. Die Realisierung der langfristigen Zielprogramme der gegenseitigen Zusammenarbeit der RGW-Länder bis 1990 wird den Austausch von Fertigerzeugnissen noch mehr erweitern.

Den Ausmaßen der Industrie- und Agrarproduktion und dem Handelsumsatz nach ist der RGW schon heute die größte internationale ökonomische Vereinigung. Sie hängt weniger von den Außenmärkten ab als jede andere integrationsorientierte Ländergruppe. Die nationalen Wirtschaften der RGW-Länder sind weit weniger als jedes westliche Land von den Launen der Weltkonjunktur abhängig. Die Planung der Volkswirtschaft und

die Verwirklichung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration haben bereits ihre Effektivität bewiesen, sowohl bei der Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsniveaus der einzelnen Länder als auch bei der Überwindung von Schwierigkeiten in einzelnen Ländern der Gemeinschaft. Die brüderliche Hilfe der RGW-Länder für Polen zeugt berechtigt davon, daß die Handels- und Kreditverpressung der USA und einiger anderer NATO-Länder unseren Fortschritt nicht aufhalten kann. Der RGW ist fest, elastisch und dynamisch genug, um beliebigen Versuchen, ihn zu lockern, widerstehen zu können.

Auf die Unterminierung des sozialistischen Systems eben sind die reaktionären Kräfte des Westens bedacht. Deshalb widersetzen sie sich einer Abschaffung der künstlichen Hindernisse im Handel mit den sozialistischen Ländern. Deshalb schränken sie heute ihre kommerziellen Beziehungen zu uns ein. Eine solche Diskriminierungspolitik verursacht eben die Disproportionen in Umfang und Beschaffenheit des kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Ost-West-Austausches.

Dabei ist es sehr wichtig, die Erfahrungen der 70er Jahre nicht zu vergessen. Dank der Entspannung begannen in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern unterschiedlichen sozialen Systems tiefe strukturelle und organisatorische Wandlungen.

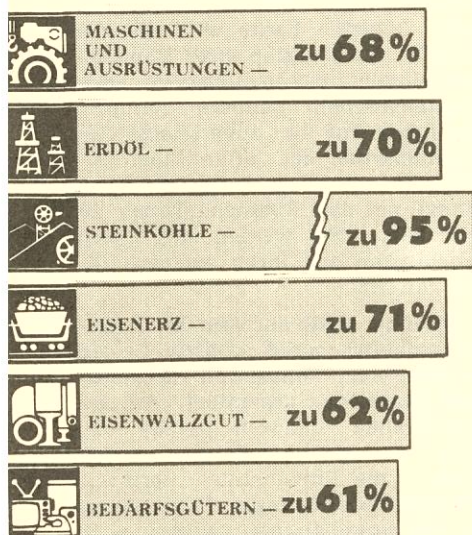
Förderung und Widerstand

Nach Maßgabe dessen, wie die westlichen Regierungen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre allmählich die Bedingungen für den Ausbau des „Osthandels“ verbesserten, begann sein Volumen rasch zuzunehmen. Ein realistisches Herangehen an die Spezifik des Ost-West-Handels ließ für beide Seiten nützliche Formen der geschäftlichen Beziehungen zwischen den Ländern mit verschiedener Wirtschaftsordnung und unterschiedlichem Organisationsprinzip von Außenhandelsoperationen finden.

Gemeint sind hier vor allem Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, die für 10, 15 Jahre und noch

längere Zeitspannen geschlossen werden. Hinzu kamen konkrete Programme der geschäftlichen Zusammenarbeit und die Gründung gemischter Kommissionen zur Auf- und Entdeckung neuer Bereiche und Möglichkeiten ihres Ausbaus. So laufen die Abkommen mit Österreich und Frankreich bis 1990, mit Finnland bis 1995 und mit der BRD

Aus gegenseitigen Lieferungen decken die RGW-Länder ihren Bedarf an:



bis 2003. Anfang der 80er Jahre wirkten 17 gemischte Kommissionen, in deren Rahmen rd. 100 zweigbezogene Arbeitsgruppen bestanden.

Aus der Praxis ergab sich eine Form der industriellen Zusammenarbeit wie die Kompensationsabkommen. Dank ihnen können Probleme der langfristigen Finanzierung von Großprojekten gelöst werden. Gemeinsame Projekte, in deren Rahmen westliche Kredite durch Lieferungen dem Westen notwendiger Waren zurückgezahlt werden, erwiesen sich als für beide Seiten vorteilhaft. Davon zeugt schon die Tatsache, daß die UdSSR bis Ende der 70er Jahre mit den kapitalistischen Industrieländern rd. 60 große Kompensationsabkommen über gemeinsame Erschließung von Rohstoffvorkommen und Produktion von Halbfabrikaten hatte.

Selbstverständlich darf sich die neue Form der Zusammenarbeit nicht auf den Austausch von Rohstoffen gegen westliches Know-how beschränken. Sie könnte auch die verarbeitende Industrie einschließen. Bekannt ist z. B. das Interesse vieler westlicher Firmen an den sowjetischen Errungenschaften im Hüttenwesen, Werkzeug- und Kraft-

maschinenbau, an neuen Schweißmethoden, an Forschungsergebnissen sowjetischer Wissenschaftler in Kernenergie, Medizin usw.

Bei aufmerksamem Studium der Entwicklungspläne der sowjetischen Wirtschaft für die 80er Jahre könnte man im Westen nicht wenig aussichtsreiche Richtungen der Zusammenarbeit finden, was die in den 70er Jahren entstandene Handelsstruktur diversifizieren würde: die zunehmende Produktion von Mischfutter, die Entwicklung der Nahrungsmittel- und der Leichtindustrie, die erweiterte Produktion von Bedarfsgütern und weitgehende Programme zur Automatisierung der Produktion, ganz zu schweigen von der Entwicklung der Funktechnik, Elektronik und Informatik, der Zweige, in denen eine Zusammenarbeit mit westlichen Firmen durch die „strategischen Beschränkungen“ seitens der NATO unterbunden wurde. Neben den rein politischen Hindernissen bestand in diesen Zweigen auch ein ungenügend günstiges Handelsverfahren. Das hemmte den sowjetischen Export in die westlichen Länder, wodurch ein Mangel an Währungs- und Kreditmitteln für den Ausbau des Imports und die Finanzierung neuer Projekte der gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit entstand. Deshalb hat der Ost-West-Handel selbst in seinen besten Zeiten, weit davon entfernt, alle seine Möglichkeiten erschöpft zu haben, die dynamischsten Wirtschaftsbereiche beider Staatengruppen praktisch nicht einmal berührt.

Trotz Deklarationen über die Bereitschaft zum Ausbau der kommerziellen Zusammenarbeit, trotz der Unterschriften unter der KSZE-Schlußakte hemmt der Westen aus politischen Motiven auf jede Weise auch die Verwirklichung der gesamteuropäischen Projekte, an denen das kapitalistische Europa nicht weniger als die RGW-Länder, vielleicht sogar noch mehr, interessiert ist.

Das zeigt sich deutlich in der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), an der 32 europäische Staaten, die USA und Kanada teilnehmen.

Gesamteuropäische Zusammenarbeit

Die ECE kann sehr viel zur Vertiefung der mehrseitigen Zusammenarbeit tun. Sie ist ein Apparat, der reale Möglichkeiten zur Lösung vieler gesamteuropäischer Probleme hat. In den ECE-Studien wurde z. B. wiederholt betont: Zur Ausbalanzierung des Handels mit dem Osten müsse der Westen mehr

kaufen und den Import aus den RGW-Ländern diversifizieren sowie einen Mechanismus zur langfristigen Kreditierung gemeinsamer Projekte schaffen. Die 35. ECE-Ta-gung (April 1980) forderte die Regierungen der Mitgliedsländer auf, sich um den Ausbau des Handels, die allmähliche Verminderung und Beseitigung von Handelsschranken und eine bessere wirtschaftliche Information zu bemühen.

Zur Aktivierung der ECE trug der Vorschlag der UdSSR bei, gesamteuropäische Kongresse oder zwischenstaatliche Konferenzen über den Umweltschutz, die Entwicklung des Transports und der Energetik abzuhalten. Er wurde der ECE 1976 vorgelegt und rief sofort großes Interesse hervor. Trotzdem fand die erste Konferenz, über den Umweltschutz, erst im November 1979 statt. Der Grund war nicht die komplizierte Vorbereitung, sondern der politische Widerstand der USA und einiger anderer NATO-Länder. Wohl aus der Befürchtung heraus, eine solche Konferenz würde eine große Resonanz finden, griffen die westlichen Vertreter zu unterschiedlichen Vorwänden, um sie hinauszuzögern und zu bagatellisieren.

Aber die Interessen der meisten europäischen Länder gewannen die Oberhand. Sie sahen: Die Konferenz würde es ermöglichen, die Bemühungen um den Umweltschutz in Europa zu vereinigen. Die Konferenz nahm denn auch wichtige Dokumente an: eine Konvention und eine Resolution über grenzüberschreitende Luftverschmutzung sowie eine Deklaration über die abfallarme und abfallfreie Technologie und Nachnutzung von Abfällen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder ratifizierten die Konvention. Leider haben das einige große westeuropäische Länder noch nicht getan. Verbal bekennen sie sich zur Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen, in Wirklichkeit jedoch weichen sie der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus.

Ähnlich steht es um die Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz über die Energetik. Ihre Aktualität liegt auf der Hand. An der Lösung des Brennstoffproblems sind besonders die westeuropäischen Länder interessiert. Aber zusammen mit einigen seiner Bündnispartnern hat Washington eine negative Position zum sowjetischen Vorschlag bezogen. Unter dem Vorwand, erst den Informationsaustausch erweitern zu müssen, vertagen die NATO-Länder die Einberufung der Konferenz auf unbestimmte Zeit.

Reichen die Informationen wirklich nicht aus? Sie wurden 1979 von vielen Ländern,

darunter von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten, vorgelegt. Das ECE-Sekretariat legte eine ausführliche Forschung vor. Darauf redeten die Vertreter des Westens von der Notwendigkeit, sie zu ergänzen und zu überprüfen. In Wahrheit zeugt diese Hinhaltetaktik davon, daß Washington konkrete Probleme nicht erörtern will. Seine negative Einstellung zur Konferenz über die Energetik ist in letzter Zeit sogar noch offensichtlicher geworden.

Nicht minder aktuell wäre eine gesamteuropäische Diskussion über den Transport. Dessen Infrastruktur auf dem Kontinent hinkt hinter den Erfordernissen des Handels zurück und bremst dessen Erweiterung. Als Diskussionsthemen auf der Transportkonferenz schlug die UdSSR die Prognostizierung der Transportentwicklung in Europa, die Schaffung gesamteuropäischer technologischer Transportsysteme und die Koordinierung ihrer Ausarbeitung vor.

Die Einberufung gesamteuropäischer Konferenzen über Energetik und Transport wurde erneut auf der 37. ECE-Tagung erörtert, die Anfang April zum Abschluß kam. Die USA wollten sie als Mittel politischer Konfrontation benutzen. So versuchten die USA-Vertreter, der Tagung eine Diskussion über die inneren Angelegenheiten in Polen aufzuzwingen, obwohl es der Schlußakte widerspricht und nicht zur ECE-Kompetenz gehört. Unter offener Mißachtung der Tagesordnung leistete sich die USA-Delegation auf der Tagung grobe verleumderische Ausfälle gegen Polen und die UdSSR. Natürlich wiesen die Delegationen Polens, der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder solche Attacken auf das entschiedenste zurück. Die Tagung faßte Beschlüsse, die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu schaffen, während sich die USA faktisch isoliert sahen.

Der sowjetische Delegationsleiter Nikolai Firjubin, stellvertretender Außenminister der UdSSR, sagte auf der Tagung: „Die UdSSR mißt der Tätigkeit der ECE als ständig wirkendes Organ der kommerziellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region große Bedeutung bei.“

Kritisches Moment

Die sozialistischen Länder sind wiederholt mit der Initiative hervorgetreten, die Wirtschaftsbeziehungen in Europa auf mehrseitiger Grundlage zu regeln und zu ent-

wickeln. Der Vorschlag, ein Abkommen über die Grundlagen der Beziehungen zwischen dem RGW und der EG zu schließen, wurde vom RGW-Sekretariat schon im Februar 1976 eingebracht und enthielt konkrete Maßnahmen zum Ausbau des Handels zwischen den Teilnehmerländern beider Organisationen. Vor allem wurde die Frage der gegenseitigen Meistbegünstigung aufgeworfen, außerdem vorgeschlagen, die Bedingungen der Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zu verbessern. Über den Abschluß eines solchen Abkommens wurde jahrelang verhandelt, aber der notwendige Grad von Vereinbarungen ist noch immer nicht erzielt worden. Die EG-Vertreter sind gegen die Aufnahme von Fragen der Handelspolitik — der eigentlichen Basis in den Beziehungen zwischen beiden Vereinigungen — ins Abkommen. Sie wollen alles nur auf den Austausch von Informationen und Statistiken, auf die Einführung gemeinsamer Standards reduzieren. Was die handelspolitischen Fragen betrifft, so will die EG sie, wie in Brüssel hartnäckig betont wird, mit jedem RGW-Land einzeln regeln.

Wie man sieht, stimmen bei einigen westlichen Politikern Worte und Taten auch hier nicht überein: Sie geben vor, für die Realisierung der Schlußakte von Helsinki zu sein, weichen jedoch konkreten Schritten aus. Die westeuropäischen Länder haben zwar die USA-Konzeption des „Junktims“ zwischen Handel und Politik nicht übernommen, aber die politische Konstellation bestimmt in hohem Maße ihre Einstellung zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Die Gefahr ist sogar real, daß einige dieser Länder unter dem Druck Washingtons in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern einen Schritt rückwärts tun können.

In den westeuropäischen Hauptstädten wird jetzt mit dem Gedanken gespielt, zwar „Sanktionen“ nach dem USA-Muster nicht zu verhängen und einen direkten Abbruch des Handels mit der UdSSR zu vermeiden, zugleich aber seine Finanzierung durch Verteuerung der Kredite zu erschweren. In der „Financial Times“ (London) lesen wir: „Wenn der Westen eine finanzielle Einheitsfront gegenüber der UdSSR errichten könnte, würde das der USA-Forderung nach einem härteren Wirtschaftskurs entsprechen und zugleich Washington von seinem eigenen Haken“ (Wirtschaftssanktionen) „abnehmen.“ Diesem Gedanken stimmen, nach der Presse zu urteilen, im Prinzip die Spitzenpolitiker der führenden westeuropäischen Länder zu.

Die Absicht, eine „finanzielle Einheitsfront“ des Westens gegen die UdSSR bei den heutigen ohnehin hohen Leihzinsen zu errichten, kann kaum anders qualifiziert werden als eine Kreditblockade der sozialistischen Länder.

Die Verschlechterung der Kreditbedingungen würde bedeuten, daß der Westen nicht nur die Hauptbestimmungen der Schlußakte und der anderen mehrseitigen Vereinbarungen über den Ausbau des Handels, sondern auch die praktisch zustande gekommenen kommerziellen Beziehungen zwischen einzelnen westlichen und RGW-Ländern preisgibt. Letzten Endes wird das die UdSSR zur Revision ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu jenen kapitalistischen Ländern zwingen, die ihren Ruf als zuverlässige Geschäftspartner der „atlantischen Solidarität“ zu opfern bereit sind. Um einmal mit der „Financial Times“ zu sprechen: Sie werden sich gleich Washington auf ihren eigenen Haken fangen.

In seiner Rede auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß schätzte Leonid Breshnew die Politik von Blockaden und Sanktionen gegenüber den sozialistischen Ländern präzise ein. Wie er betonte, will man in den USA „die Entwicklung normaler Wirtschaftsbeziehungen Westeuropas zu den sozialistischen Ländern noch mehr behindern. Offenbar passen Washington diese Beziehungen nicht, bei denen Westeuropa als einer der wichtigsten wirtschaftlichen Konkurrenten auftritt.“

Die USA-Politik der „Sanktionen“ richtet sich also nicht nur gegen die sozialistischen Länder. Laut Berechnungen sicherten die Aufträge der UdSSR und der anderen RGW-Länder 1980 zumindest 300 000 USA-Werkstätigen die Beschäftigung. Die Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern garantiert schon jetzt etwa 500 000 Arbeitern der BRD den ständigen Verdienst. Der Verlust der sowjetischen Aufträge würde die Arbeitslosigkeit auch in anderen kapitalistischen Ländern erhöhen.

Eine Drosselung des „Osthandels“ wird sich zweifellos auch auf den gesamten kapitalistischen Welthandel negativ auswirken. Sein Volumen wächst in letzter Zeit ohnehin nicht. Selbstverständlich würde die Einstellung der kommerziellen Beziehungen zur UdSSR die Lösung gesamteuropäischer Wirtschaftsprobleme aufschieben. Schätzt man die künftige Bilanz einer solchen Politik ein, so kann man schon jetzt mit Bestimmtheit sagen: Sie wird nicht zugunsten des Westens ausfallen.

Im NATO-Sog

Von unserem Sonderberichterstatter
Michail FJODOROW

„Wie hat Ihre Zeitung auf die gestrige Rede Leonid Breshnews auf dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß reagiert?“ frage ich bei einem Essen den Leiter der Auslandsabteilung einer großen norwegischen Provinzzeitung.

„Das ist ein wichtiges politisches Dokument, wir haben eine kurze Darlegung des internationalen Teils der Rede veröffentlicht und ihr einen redaktionellen Artikel gewidmet.“

„Und was steht im Artikel?“

„Wir haben die Meinung geäußert, daß Breshnews Rede nichts Neues enthält.“

Vor Überraschung hätte ich beinahe das Glas mit französischem Weißwein umgekippt, der zu Frutti di mare serviert worden war. Vor mir saß ein gutmütiger Norweger, der eben erst aufrichtig das Wettürsten verurteilt und sich für seine Einstellung ausgesprochen hatte. Und nun dieser redaktionelle Artikel, dessen Autor er war.

„Haben Sie die ganze Rede gelesen? Oder wenigstens die darin enthaltenen Vorschläge?“

„Den vollen Wortlaut haben wir nicht. Aber wir erhielten eine Kurzfassung von der Associated Press sowie der Norwegischen Telegraphenagentur. Diese Information liegt dem redaktionellen Artikel zugrunde.“

Jetzt war alles klar: Ob willentlich oder nicht, aber die Zeitung hatte da anderen etwas nachgesprochen. Gerade die Nachrichtenagenturen der USA beeilten sich, die neuen sowjetischen Initiativen zu bagatellisieren, vor allem die AP, die ihre Informationen in Norwegen in der Landessprache verbreitet.

Ich hatte den vollen Wortlaut des außenpolitischen Abschnitts von Leonid Breshnews Rede, den ich mir am Vortag im TASS-Büro in Oslo beschafft hatte, mit. So las ich wenigstens drei Stellen aus der Rede vor: über das einseitige Moratorium der UdSSR über die Stationierung der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR, über ihre Absicht, aus eigenem Antrieb eine bestimmte Anzahl ihrer Mittelstreckenraketen schon in diesem Jahr zu vermindern, falls es zu keiner neuen Zuspitzung der Weltlage kommt, und über den Vorschlag der UdSSR an die NATO-

Länder, auf beiden Seiten die Aktivitäten der Kriegsmarinen einzuschränken. Das Gesicht meines Gesprächspartners wurde lang und länger. Letzten Endes mußte er zugeben, daß er sich mit seinem Urteil zu sehr beeilt habe. Leider wissen die Leser seiner Zeitung nichts davon.

Auf solche tendenziösen Meinungen von ausgesprochenem NATO-Charakter stieß unsere Gruppe sowjetischer Journalisten während der 7tägigen Norwegenreise auf Schritt und Tritt. Der Grund war sicherlich nicht ein Mangel an Information aus der benachbarten UdSSR. Wir unterhielten uns auch mit hohen offiziellen Vertretern, die über die Politik der UdSSR gut informiert sind. Der Grund ist der Kurs der norwegischen Regierung. Einerseits ist sie, wie wir uns überzeugen konnten, in der Tat bestrebt, die Beziehungen zur UdSSR zu entwickeln und zu verbessern. Andererseits sind die NATO-Fesseln stark und schwer. Sie sind es, die Oslo mitunter zu Schritten veranlassen, welche sich mit keiner Logik erklären lassen. Eine häßliche Rolle spielen dabei viele Presseorgane, die gern Washington folgen und die „sowjetische Bedrohung“ aufbauschen.

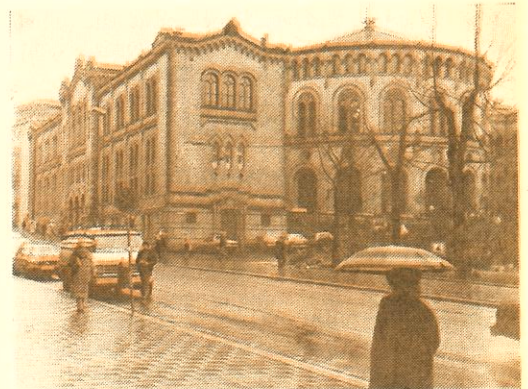
Zwei Komponenten der Politik

Über die Außenpolitik des Landes informierten uns drei maßgebliche Personen: Staatssekretär Kjell Colding, außenpolitischer Gehilfe des Ministerpräsidenten, und Staatssekretär Eivind Berg, stellvertretender Außenminister, und Jan Nyheim, interimistischer Direktor der politischen Abteilung im Außenministerium.

Ende v. J. besuchte E. Berg Moskau und verhandelte dort im Außenministerium der UdSSR. Wie er sagt, wurden alle Aspekte der norwegisch-sowjetischen Beziehungen in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre erörtert. Seines Erachtens entwickeln sie sich gut. Zwar wirke sich darauf das allgemeine Klima in der Welt aus, doch müsse man sich darum bemühen, daß seine Verschlechterung nicht die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern beeinflusse; trotz der Unterschiede in den politischen Systeme-

men sei es wichtig, daß die Kanäle der Verbindungen zwischen uns offen blieben.

Staatssekretär Colding erklärte uns, daß sich die norwegische Sicherheitspolitik aus zwei Komponenten zusammensetze: aus der NATO-Mitgliedschaft und der Erfüllung der sich daraus ergebenden Verpflichtungen sowie aus dem Kurs auf Entspannung in den Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, insbesondere zur UdSSR. Manchmal falle es freilich schwer, beide Komponenten miteinander zu vereinbaren. Die Entspannung? Nein, die Norweger sähen sie nicht als tot an. Sie werde zurückkommen, das Stre-



Oslo. Das Storting

ben der Völker nach dauerhaftem Frieden die Oberhand gewinnen. In Oslo glaube man: Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung von Kernwaffen in Europa müßten positive Resultate zeitigen. Das liege im Interesse der USA, der UdSSR und der anderen Länder. Aber des weiteren hörten wir Worte, die für NATO-Propagandisten typisch sind. Nach E. Bergs Ansicht wäre die von den USA vorgeschlagene „Null-Option“ die beste Lösung in Genf. Falls aber eine Vereinbarung nicht zustande komme, hätte die NATO keine andere Wahl, als ab Ende 1983 in Westeuropa die amerikanischen Pershing und Flügelraketen zu stationieren.

Jede Unterhaltung brachte uns unweigerlich auf die Einstellung der norwegischen Regierung zu dem Plan, Nordeuropa in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln. Wir erinnerten daran, wie Leonid Breshnew in Beantwortung der Fragen der „Suomen Sosialidemokraatti“ erklärte, daß die UdSSR bereit ist, sowohl zusammen mit den anderen Nuklearmächten als auch unabhängig von ihnen den Ländern der Zone Garantien zu geben, daß gegen sie keine Kernwaffen angewandt werden.

Die Reaktion Oslos hat uns enttäuscht. Es sei an der Zeit, sagte E. Berg zuerst, die Erklärung Leonid

Breshnews zu prüfen, daß einige Maßnahmen auf den an die kernwaffenfreie Zone angrenzenden sowjetischen Territorien erwogen werden könnten. Dann aber berief sich E. Berg auf die Schlüsse des Londoner Instituts für Strategische Studien, denen zufolge eine Vereinbarung über die kernwaffenfreie Zone den Nordländern nichts bringen würde. Die Regierung vertrete die Auffassung, meinte E. Berg, daß diese Zone nur als Teil einer breiteren europäischen kernwaffenfreien Zone von Nutzen wäre. Man sei zu dem Schluß gelangt, daß die Anlegung einer solchen Zone in Nordeuropa der NATO-Mitgliedschaft Norwegens widerspräche und die Abrüstung in Europa nicht voranbrächte. Das fundamentale Element der norwegischen Sicherheitspolitik sei die NATO-Zugehörigkeit.

Keine unerwartete Frage

Die Berufungen auf die NATO veranlaßten natürlich zu Fragen nach den Beziehungen zwischen ihr und Norwegen. Wir erinnerten daran, daß die norwegische Regierung seinerzeit aus eigenem Antrieb die Verpflichtung übernommen hatte, zu Friedenszeiten keine ausländischen Militärstützpunkte und Kernwaffen auf dem eigenen Territorium zuzulassen. Seitdem hat sich die Lage geändert: Mit den USA wurde ein Abkommen über die Lagerung schwerer Waffen in Norwegen für den Fall eines Krieges geschlossen. Dazu gehören amerikanische 155-mm-Haubitzen, die Atomgeschosse verwenden können. Norwegische Häfen werden von USA-Kriegsschiffen angelaufen, die möglicherweise Kernwaffen tragen. Bedeutet all das nicht, daß unter Washingtons Druck die Politik gegen die Stützpunkte und Kernwaffen allmählich aufgeweicht wird? Diese Frage kam für unsere Ge-

sprächspartner nicht unerwartet. Vor K. Colding z. B. lag ein Bogen Papier mit einer im voraus geschriebenen Antwort. Auf norwegischem Boden gebe es, sagte er, keine ausländischen Stützpunkte und Kernwaffendepots. Zwecks Festigung der Verteidigung des Landes würden auf seinem Territorium in der Tat schwere US-Waffen gelagert, aber unter strenger norwegischer Kontrolle.

„Und was ist mit den Funknavigationen Loran-C und Omega, die laut Pressemeldungen auch für amerikanische Atom-U-Boote da sind? Stellen sie faktisch keine ausländischen Stützpunkte dar?“

Und wiederum hören wir ein Nein. Die Amerikaner hätten, behauptet Jan Nyheim, ihr eigenes Funknavigationssystem. Die Stationen Loran-C und Omega seien nur für norwegische Schiffe angelegt worden. Die UdSSR brauche sich auch keine Gedanken darüber zu machen, daß bald amerikanische AWACS-Maschinen norwegische Stützpunkte in Anspruch nehmen würden: alles reine Verteidigungsmaßnahmen.

Geduldig antworteten unsere Gesprächspartner auch auf andere Fragen. Unsere Meinungen stimmten überein, wenn die Rede davon war, daß das Verhältnis Norwegen-UdSSR zu pflegen und zu erweitern, daß die Entspannung zu bewahren und die Abrüstung herbeizuführen ist, damit die „Situation des Wahnsinns“, wie E. Berg es formulierte, ein Ende hat. Sobald aber die Rede auf die NATO, die „sowjetische Bedrohung“ und die amerikanische „Null-Option“ für Europa kam, gingen unsere Meinungen selbstverständlich auseinander.

Neuralgische Punkte

Finanzminister Rolf Presthus hat seine eigenen Sorgen. Bei den vorigen Wahlen hatte die Regierungspartei Høyre versprochen, die Steuern wesentlich zu senken, den

Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Aber versprechen und erfüllen ist eben zweierlei.

Die Steuern sind in der Tat hoch: Die Einkommenssteuer mache, wie der Minister sagte, 50–60% der Löhne bzw. Gehälter aus. Aber auch die Haushaltsausgaben seien enorm. Wie soll man sie senken? Auf Kosten der Renten, Arbeitslosenunterstützungen, des Gesundheitswesens? Es werde viel darum gestritten.

Und doch sei die Inflation das Problem Nr. 1, meint der Minister. Im vorigen Jahr waren es fast 14%, in diesem etwa 10%. Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften würden bestimmt nicht eben gemütlich sein. Die letzteren verlangten eine Lohnerhöhung um 12–20% gegenüber 1981. Die Regierung finde das übertrieben, eine solche Erhöhung würde die Preise für Exportwaren in die Höhe treiben und sich auf den Export auswirken. Zudem seien die Einnahmen aus der Erdölindustrie wegen des Preissturzes bei Erdöl im Abstieg. Die Wirtschaft trete auf der Stelle. Zwar sei die Arbeitslosigkeit (rd. 40 000) kein ernstes Problem für ein Land mit einer 4-Millionen-Bevölkerung, aber auch sie rufe Besorgnis hervor, sei es doch der Höchststand seit Jahren.

Wir fragen nach der Philosophie der Regierung Willoch in ihrer Wirtschaftspolitik. Ist es die amerikanische „Reaganomik“, der britische „Thatcherismus“, etwas anderes? Der Minister lächelt. Unsere Philosophie, sagt er, sei ein „Willochismus“, der Pragmatismus in Reinkultur. Uns gehe es darum, zu erreichen, daß sich die Wirtschaft entwickelt. Dazu müßten die Unternehmer ihrer Zukunft sicher sein. Die Steuern seien zu hoch und deshalb zu senken.

Wir brachten das Gespräch auf die unseres Erachtens vernünftigste Lösung. Die Militärausgaben Norwegens für dieses Jahr wurden gegenüber 1981 um real 4% erhöht und werden 10,5 Md. Kronen betragen. Da das Land überhaupt nicht militärisch bedroht ist, könnten doch diese Ausgaben stark gekürzt werden. Unsere vorsichtig vorgebrachte Meinung wurde natürlich nicht akzeptiert. Wie wir verstanden haben, prüft die Regierung Willoch die Möglichkeiten, die Haushaltsausgaben durch Kürzung der Sozialausgaben, darunter im Gesundheitsschutz, zu senken.

Eine solche Verringerung der Ausgaben befürchtet Ex-Finanzminister Ulf Sand, heute Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Landesorganisation der Gewerkschaft-

Blick auf den Hafen in der norwegischen „Erdölmetropole“ Stavanger

Fotos des Verfassers



ten Norwegens (LO). Er befürchtet sie, weil das in erster Linie die Arbeiter und Angestellten betreffen würde, von denen 750 000 der LO angehören. Die Regierung, meint U. Sand, wolle die Sozialausgaben vermindern, um Leute mit hohem Einkommen weniger besteuern zu können.

Wir fragen U. Sand nach den Problemen der norwegischen Gewerkschaften. Vor allem sei es die Arbeitslosigkeit: 2—2,5% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Alarmierend sei die steigende Tendenz. Das nächste Problem sei der Preisanstieg, 14% im vorigen und rd. 12% in diesem Jahr (das ist höher, als uns R. Presthus mitgeteilt hatte). Kurz, die Verhandlungen mit den Unternehmern ließen sich schwierig an. Streiks seien nicht ausgeschlossen, hie und da werde schon gestreikt. Der Finanzminister sei über die sinkende Konkurrenzfähigkeit der norwegischen Industrie besorgt? Stimmt, sie sinke, aber doch nicht nur wegen der Löhne. Es komme auf die Kredit- und Energiekosten, auf andere Aspekte an. Sich nur auf die Löhne zu berufen sei versimpelt: Seit 1978 wuchsen die durchschnittlichen Reallöhne in Norwegen so gut wie nicht.

Auch bei diesem Gespräch überzeugten wir uns davon, wie fest die NATO Norwegen in ihren Fangarmen hält. U. Sand sagte, daß die LO für die Erhöhung der Militärausgaben der Regierung Willoch eintrete. Zugleich seien die Gewerkschaften für die Verwandlung Nordeuropas in eine kernwaffenfreie Zone.

Die Meinung eines Kommunisten

Natürlich wollten wir auch die Meinung der norwegischen Kommunisten hören. Arne Jörgensen, stellvertretender Vorsitzender der KP Norwegens und Chefredakteur der KPN-Zeitung „Friheten“, fand für uns Zeit.

Wir sprachen vor allem über die Außenpolitik des Landes. Nach A. Jörgensens Meinung zeichne sie sich durch immer größere Zugeständnisse an Washington aus. Die Regierung behaupte, daß die Stützpunktpolitik angeblich unverändert ist. Aber das entbehre jeder Grundlage, denn die bald nach Norwegens NATO-Beitritt bekanntgegebenen Beschlüsse, keine Militärstützpunkte und keine Kernwaffen auf norwegischem Boden stationieren zu lassen, bröckelten täglich ab. Gewiß, in Norwegen stünden keine ständigen USA-Truppen, doch sei alles zu ihrer Einquartierung bereit. Ein Abkommen

über die Lagerung von USA-Waffen sei geschlossen worden, Flug- und Seehäfen stünden für die Amerikaner bereit. Mit Kernwaffen bestückte amerikanische F-111-Flugzeuge könnten jederzeit auf norwegischen Pisten landen. Im Jahre 1984 würden amerikanische AWACS-Maschinen, die 400 km tief ins sowjetische Territorium „hineinblicken“ können, Patrouille fliegen.

Als Norwegen 1949 der NATO beigetreten sei, führt A. Jörgensen weiter aus, hätten seine Militärausgaben 350 Mio. Kronen betragen. Damals sagten die NATO-Leute, mit dem Beitritt zum Bündnis würde die norwegische Verteidigung sich verbilligen. Im laufenden Jahr aber hätten die Militärausgaben 10,5 Md. Kronen erreicht. Habe sich die norwegische Sicherheit gefestigt? Keineswegs, meint A. Jörgensen. Er berichtet über die erstarkende Volksbewegung gegen die Kernwaffen, für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa. Große Aufmerksamkeit fand das vor kurzem erschienene Buch einer Gruppe von Autoren „Ehe es zu spät wird: Nuklearkrieg oder Abrüstung“. Besonders interessant ist der in dem Buch veröffentlichte Entwurf eines Vertrags über die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa, darunter in Nordeuropa, vorbereitet vom bekannten norwegischen Politiker Jens Evensen, Sonderbeauftragter des Außenministeriums. Wie es im Entwurf u. a. heißt, müßten die Regierungen Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens sowie anderer europäischer Staaten, die den kernwaffenfreien Zonen beitreten, die Verpflichtung übernehmen, alle Kernmaterialien und Kernanlagen auf ihrem Territorium oder unter ihrer Rechtsprechung ausschließlich zu friedlichen Zwecken nutzen. Sie müßten sich verpflichten, Tests, Anwendung, Herstellung, Erwerb, Lagerung und Transport von Kernwaffen zu verbieten und nicht zuzulassen. Um diesen Entwurf entbrennt jetzt eine Diskussion. Nach A. Jörgensens Ansicht unterstützen die meisten Norweger die Idee der kernwaffenfreien Zone. Aber die NATO-Chefs wollen Norwegen nicht aus der Hand lassen, denn ihm ist für den Kriegsfall die Rolle einer nuklearen Basis zugesprochen. Deshalb wird alles getan und gemacht, um die Bewegung gegen die nukleare Gefahr niederzuhalten.

Welche Formen habe die Friedensbewegung in Norwegen, wollen wir wissen.

Die verschiedensten, antwortet A. Jörgensen. Die Friedensfreunde veranstalten Friedensmärsche, Kund-

gebungen, Demonstrationen, ferner Kampagnen zur Sammlung von Unterschriften unter Aufrufe. Mitte April werde z. B. eine Aktionswoche gegen die Kernwaffen durchgeführt. In Oslo solle eine große Antikriegsdemonstration, ein Sternmarsch (seine Teilnehmer werden sich von den Vororten auf das Stadtzentrum zubewegen), stattfinden. Er werde mit einer Kundgebung am Fridtjof-Nansen-Platz, vor dem Rathaus, abgeschlossen werden. Aktiv sei das Norwegische Friedenskomitee, das dem Weltfriedensrat angehöre. Vor kurzem habe eine Konferenz der Friedenskräfte getagt. Die Organisation „Nein zu den Kernwaffen“, die 300 örtliche Sektionen habe, aktiviere ihr Wirken. Allerdings machten die Leiter der Organisation die USA und die UdSSR für das nukleare Wettrüsten gleichermaßen verantwortlich. Aber die Kommunisten arbeiten mit dieser Organisation um des großen Zieles willen zusammen. In der Norwegischen Arbeiterpartei sei die Kritik an der USA-Politik gegenüber El Salvador und der Türkei noch nie so scharf gewesen.

Höchst kritisch äußerte sich unser Gesprächspartner über die Innenpolitik der konservativen Regierung. A. Jörgensen erinnerte daran, daß sie versprochen hatte, die Steuern in vier Jahren um 7 Md. Kronen zu senken. Nunmehr sage der Ministerpräsident, daß es unmöglich ist, weil die Erdölpreise und die Einkünfte aus dem Erdöl niedriger geworden sind: Indessen plane die Regierung eine Steuererleichterung nur für Großunternehmer.

* * *

Wir hatten auch viele andere Zusammenkünfte. Die Presseabteilung des norwegischen Außenministeriums, die uns nach Norwegen eingeladen hatte, rollte vor uns, wie die hauptstädtische „Dagbladet“ schrieb, einen „roten Teppich“ aus. Leider kann wegen Platzmangels hier nicht über alle Gespräche mit Norwegern berichtet werden, die uns aufrichtig die Lage im Lande schilderten.

Vor dem Abflug aus Oslo fragte ich einen Vertreter der genannten Presseabteilung, der uns begleitete, worüber wir seiner Meinung nach vor allem unseren Lesern erzählen sollten. Er sagte: „Schreiben Sie, daß das norwegische Volk in Frieden und Freundschaft mit dem Sowjetvolk leben möchte. Berichten Sie darüber, daß die Regierung Norwegens gute Beziehungen zu Ihrem Land unterhalten und entwickeln will.“ Ich versprach es.

Hoffentlich habe ich mein Versprechen gehalten.

Oslo — Stavanger — Moskau

IM STÜTZPUNKTFIEBER

Midchat SARIPOW

In der Globalstrategie der USA kommt dem Indischen Ozean große Bedeutung zu. Dort kursieren ständig US-Armadas unter Führung der Flugzeugträger „Constellation“, „Enterprise“ und „Kitty Hawk“, werden Marinemanöver durchgeführt. Großbritannien, das einige Schiffe aus dem Fernen Osten hierhin verlegte, hat seine militärische Präsenz im Indik verstärkt. Ständig hält Frankreich einen Teil seiner Flotte und über 10 000 Mann im Raum zwischen Djibouti und Réunion in Bereitschaft. Doch die USA dominieren hier.

Warum hat diese Region das Pentagon angelockt?

Selbst ein oberflächlicher Blick auf die Karte zeigt, daß 5 Meerengen auf das Indik-Becken entfallen; dort verlaufen intensiv befahrene Schifffahrtsstraßen, die Europa, den Fernen Osten und Afrika verbinden. Einmalig ist diese Region auch durch den Reichtum ihrer Naturressourcen: Hier sind ca. 65% der prospektierten Öl- und Uranvorräte der kapitalistischen Welt und die Hälfte der Goldlager konzentriert.

Washington, das den Indik-Raum zur Zone seiner „Lebensinteressen“ erklärte, richtete Militärstützpunkte in Berbera (Somalia), Mombasa und Nanyuki (Kenia), auf Masira, in Seeba und Muskat (Oman) ein. Mit diesen Stützpunkten will das Pentagon die Ölförderländer des Nahen Ostens im Visier halten und die wichtigsten Schifffahrtsstraßen kontrollieren.

Seit Frühjahr 1981 „überwacht“ ein US-Spionagesatellit diese ausgedehnte Region.

Hauptaufmarschgebiet der amerikanischen See- und Luftstreitkräfte im Indik wurde bekanntlich die Mauritius gehörende Insel Diego Garcia. Bevor Mauritius die Unabhängigkeit erhielt, wurde der Chagos-Archipel, zu dem Diego Garcia gehört, von Großbritannien abgetrennt. 1966 „verpachtete“ London die Insel bis zum Jahre 2016 an die USA. Die Insel kann jetzt Flugzeugträger und raketenbestückte Atom-U-Boote sowie strategische B-52-

Bomber und Militärtransportflugzeuge aufnehmen. Die riesigen Arsenale sind vollgestopft mit Rüstungsgütern, Munition, Brennstoff und Lebensmitteln, ausreichend, wie die Zeitschrift „Afrique-Asie“ schrieb, um einen Monat lang Kampfoperationen von 12 000 Marineinfanteristen zu gewährleisten.

Diego García kann jeden Augenblick zum Umschlagpunkt für die amerikanische „Eingreiftruppe“ werden. Übrigens wurde der Luftwaffenstützpunkt auf Diego García bereits beim Überfall der US-Söldnertruppe im April 1980 auf den Iran benutzt.

So ist es den USA im Nordwest-Indik gelungen, ihre Positionen spürbar zu festigen. Doch Washingtons Ambitionen gehen weiter. Es will seinen Einfluß auch auf den Süd-Indik, bis hin zum Militärstützpunkt Simonstown (RSA) ausweiten. Doch diese amerikanischen Ambitionen stießen auf den Widerstand einiger Anliegerstaaten. Diese Länder, um ihre Unabhängigkeit besorgt, wollen sich nicht zu Verbündeten des Imperialismus machen lassen.

Daher Washingtons Streben, die Regimes, die den USA noch unliebsamer sind, weil sie in der Innenpolitik einen Kurs auf Umgestaltungen sozialistischer Art verkündet haben, zu destabilisieren und zu liquidieren. Im Kampf gegen diese Regimes macht Washington von den Diensten der rassistischen RSA Gebrauch. Alle Mittel werden eingesetzt: Wirtschaftsboykott, Einschüchterung, Subversionsakte, Komplote, die Ermordung patriotischer Politiker. Und um das nicht offen zu tun, erhalten Söldner die schändlichsten Aufträge.

1978 verübten von der CIA angeworbene Söldner mit Unterstützung Pretorias einen Überfall auf die Komoren und stürzten die rechtmäßige Regierung von Präsident Ali Soilih. Die Söldner wurden von dem berühmten Bob Denard alias Gilbert Bourgeaud, Jean Morin, „Oberst Papa“, „Oberst Patron“ oder einfach Bob, der „Visagenpolierer“, geleitet. Als Berufskiller bewährten sich

auch Michael Hoare („der rasende Mike“), „Kongo-Müller“ und Jaques Schramme. „Oberst Papa“ hat im einstigen Belgisch-Kongo, in Indochina, Algerien und Rhodesien gewütet. Er gehörte zu den Anführern der Operation „Crevette“, mit der 1977 das progressive Regime in Benin gestürzt werden sollte.

Bob Denard inszenierte die Ermordung Ali Soilhs und ernannte sich selbst zum „Oberkommandierenden der Streitkräfte und der Polizei“ der Komoren. Er konvertierte sogar zum Islam und ehelichte eine inselbekannte Schöne, doch starke Proteste innerhalb und außerhalb Afrikas zwangen den Abenteuerer zum Verlassen der Insel. Zuvor hatten die Söldner Ahmed Abdallah, der jenen, die die verbrecherischen Operationen Denards und seiner Helfershelfer bezahlt hatten, durchaus zusagte, in den Präsidentensessel gehievt.

Jetzt schmieden die US-Militaristen Pläne für eine Benutzung des Komorenhafens Moroni. Er soll modernisiert und in einen großen Marinestützpunkt verwandelt werden, wo alle Kriegsschiffstypen gewartet werden könnten. So will man der Stützpunktkette von Simonstown bis Mombasa ein weiteres Glied hinzufügen.

Eine Operation wie die auf den Komoren versuchten die CIA und der RSA-Spionagedienst DONS auch in der Republik der Seychellen zu verwirklichen.

Die progressive Regierung der Seychellen unter Albert René wird von den USA abgekehrt, da sie nicht auf die Großmachtambitionen Washingtons im Indik Rücksicht nehmen will (s. NZ, Heft 50/81).

Verfasser des Szenarios für die Operation „Rugby“, mit der diese Regierung gestürzt werden sollte, und Anführer des Söldnertrupps auf den Seychellen war ein bereits erwähnter „Kollege“ Bob Denards, der 62jährige „Kongo-Veteran“ Michael Hoare. Ihm half „Leutnant“ Peter Duffy, getarnt als Fotograf einer südafrikanischen Zeitung. Die ganze Söldnergruppe, der Südafrikaner, Rhodesier, Briten und Amerikaner angehörten, wurde in Johannesburg mit CIA-Geldern ausgestattet.

Wie die Zeitschrift „New African“ schrieb, erklärte ein Teilnehmer des Überfalls, daß dieser, wenn er Erfolg gehabt hätte, „zur Veränderung des Kräfteverhältnisses im Indik zugunsten der gesamten westlichen Welt geführt“ hätte. Und der RSA-Spion M. Dolincheck, der von den Sicherheitskräften der Seychellen dingfest gemacht wurde, erklärte, daß „die 80 Gewehre, die bei dem Überfall benutzt wurden, von Vertretern der

RSA-Regierung stammen". Das berechtigt zu dem Schluß, daß die Banditen nicht nur die materiell-technische Unterstützung der RSA haben, sondern auch faktisch ein Bestandteil ihrer Streitkräfte sind. Und nur der südafrikanischen? Wie die „Times of Sambia“ konstatierte, haben gerade die USA über die RSA die Lage auf den Seychellen destabilisieren wollen, um ihre eigenen Positionen im Indik zu stärken.

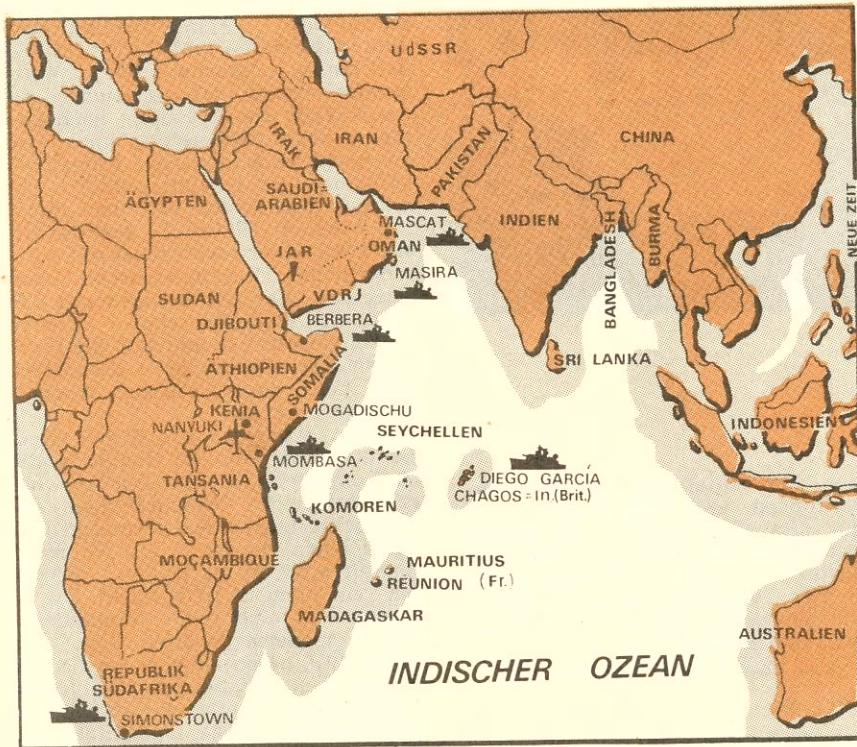
bique zu destabilisieren. Bei der Koordinierung ihrer Aktionen tauschen sie, wie der ehemalige CIA-Mitarbeiter Philip Agee erklärte, „Informationen aus und führen gemeinsame Operationen durch...“ Offenbar gerade für ihre RSA-Kollegen sammelten die CIA-Agenten Lundal, Oliver und Russell, die als Diplomaten an der US-Botschaft in Maputo tätig waren und im März 1981 aus Moçambique ausgewiesen wurden, In-

„Bewegung“ in der Provinz Manica gefunden wurden. Dort sind Treffen eines gewissen A. Jakamu, des Anführers der Banden, mit einem Mitarbeiter der RSA-Geheimdienste, Van Nickerk („Oberst Charlie“), fixiert. Bei diesen Begegnungen wurde beschlossen, Ausbilder und Militärspezialisten der RSA nach Moçambique einzuschleusen, um die Diversanten in Methoden des Bandenkrieges und im Umgang mit schweren Waffen auszubilden. Jakamu „Verdienste“ wurden von Pretoria gebührend gewürdigt. Verteidigungsminister Magnus Malan höchstpersönlich ernannte ihn zum Oberst der RSA-Armee, wobei er betonte, die Trupps des „Widerstandes“ seien „Bestandteil der RSA-Streitkräfte“. Auch Generale in der RSA sagen bisweilen die Wahrheit.

Eine Politik, die schmutzige Ziele verfolgt, verlangt auch schmutzige Mittel. Und tatsächlich gibt es keine Gemeinheit, auf die sich die USA bei den Versuchen, ihre Hegemonie im Indik zu errichten, nicht einlassen würden. Sie wollen die Karte des Indik-Raums revidieren und eignen sich das „Recht“ an, manche Länder zu befehligen, andere aber zu „verurteilen“ und zu „bestrafen“. Die Souveränität der Staaten, ihr Recht auf Ruhe und Frieden, auf die Überwindung von Rückständigkeit und Armut — all das bedeutet Washington absolut nichts.

Man versteht, warum die USA 1978 einseitig die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung und anschließende Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indik abgebrochen haben. Sie brauchen keinen Ozean des Friedens, sondern ein Aufmarschgebiet, um die Befreiungsbewegungen und die fortschrittlichen Bestrebungen der Völker zu unterdrücken, um sich deren Reichtümer anzueignen.

Den Aggressionsakten Washingtons setzt die UdSSR die Vorschläge entgegen, die Leonid Breschnew während seines Indien-Besuchs im Dezember 1980 unterbreitete und die er im Rechenschaftsbericht an den XXVI. Parteitag der KPdSU sowie im Februar d. J. in der Antwort an eine australische Friedensorganisation bekräftigte. Diese Initiativen weisen einen realen Weg zur Beseitigung der Spannungen durch eine Vereinbarung über die Auflassung der ausländischen Militärstützpunkte und die Reduzierung der militärischen Präsenz in der Region auf ein Mindestmaß. Der Raum des Indiks mit den Anliegerstaaten ist die Sphäre der Lebensinteressen der dort liegenden Länder, nicht aber von „Eroberern“ aus weiter, weiter Ferne.



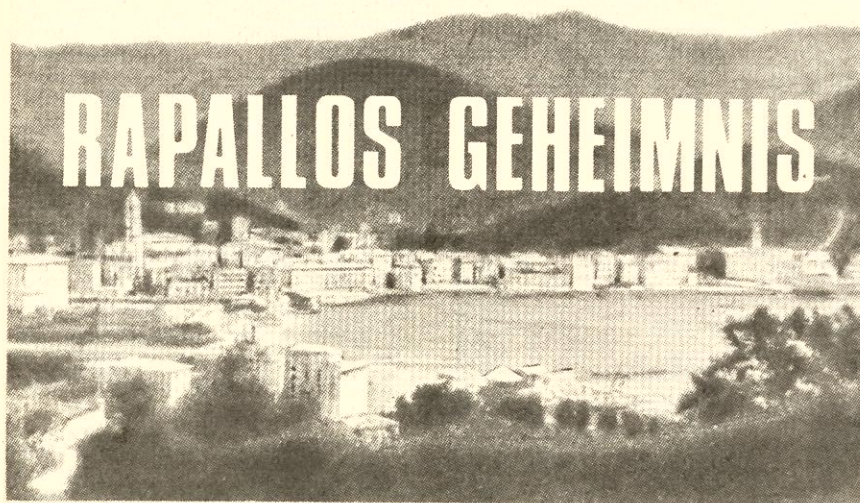
Nicht behagt den USA und der RSA auch das Regime auf Madagaskar, wo Ende Januar d. J. eine regierungsfeindliche Verschwörung aufgedeckt wurde. Ihre Teilnehmer planten die Ermordung von Präsident Didier Ratsiraka und eine Veränderung des progressiven Kurses des Landes. In der Hauptstadt Antananarivo wurden einige Südafrikaner und ein US-Bürger verhaftet. Die Verschwörer hatten ein großes Lager mit Waffen und Rüstungsgütern in der Seifenfabrik Savonnerie Tropicale angelegt und wollten den Präsidentenpalast und die Häuser einiger Mitglieder des Obersten Revolutionsrates verminen. Bei der Untersuchung des Komplotts wurde die Komplizenschaft der RSA-Geheimdienste deutlich, insbesondere, daß Söldner, die in die Operation „Rugby“ auf den Seychellen verwickelt waren, wiederholt auch Madagaskar besucht hatten.

Schon lange nutzen die CIA- und die RSA-Geheimdienste jede Möglichkeit, das progressive Regime des bedeutenden Anliegerstaates Moçam-

formationen über die moçambiguische Armee und deren Einheiten in den grenznahen Regionen zur RSA.

Pretoria stellt Banden von Konterrevolutionären auf und bewaffnet sie. Diese Söldner figurieren in Moçambique als Mitglieder der „Nationalen Widerstandsbewegung“, die den „Kampf gegen den Kommunismus“ in Afrika führt. Die bewaffneten Trupps der „Kämpfer“ bestehen aus Soldaten und Offizieren von Sondereinheiten der einstigen portugiesischen Kolonialarmee, die nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit Moçambiques ein „neues Betätigungsfeld“ suchen. Sie agieren gemeinsam mit Feinden der Volksmacht, die in die RSA geflüchtet und in den Dienst der Rassisten getreten sind. Aus dem Busch heraus verüben die Terroristen Anschläge auf Bahnlinien und sabotieren die Arbeit in Beira, dem zweitgrößten Hafen des Landes.

Von den Verbindungen dieses „Widerstandes“ mit dem RSA-Spionagedienst zeugen Dokumente, die bei der Einnahme eines Stützpunktes der



Lew BESYMENSKI

Worin liegt das Geheimnis der Langlebigkeit mancher diplomatischen Dokumente? Warum sind die einen schon eine Woche nach ihrer Unterzeichnung vergessen, während andere auf Jahre hinaus einen Einfluß ausüben? Die Antwort ist nicht nur in der Geschichte zu suchen. Unsere schnellebige Zeit mit ihren weltbewegenden sozialen Wandlungen und tragischen internationalen Konflikten wartet nicht. Von dem entscheidenden Augenblick an, in dem die Große Sozialistische Oktoberrevolution eine neue Ära im Leben der menschlichen Gesellschaft eröffnete, hat sich das Tempo der Geschichte enorm beschleunigt, und dieses Tempo eben veranlaßt uns, die Marksteine besonders ins Auge zu fassen, die die Welt hinter sich läßt.

Unter den diplomatischen Ereignissen und Dokumenten des 20. Jahrhunderts von ganz besonderer Langlebigkeit nimmt ein Ereignis einen besonderen Platz ein, das sich in Rapallo, einem Vorort der italienischen Industriestadt Genua, zutrug. Dort unterzeichneten vor genau 60 Jahren am 16. April 1922 Deutschland und die Russische Föderation ein Abkommen. Es umfaßt sechs Artikel: Beide verzichten auf finanzielle Ansprüche aneinander, sie nehmen diplomatische sowie Konsularbeziehungen auf, bauen ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Meistbegünstigung aus etc.

Die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags löste damals in Europa einen wahren Sturm aus. Die diplomatischen Wogen gingen hoch und haben sich noch jetzt nicht geglättet. Auf lange Zeit wurde der Vertrag zu einem Thema politischer Diskussio-

nen, zum Anlaß für allerlei Unterstellungen, und diese fügten sich zur „Rapallo-Legende“, die bürgerliche Geschichtsschreiber noch heute auftischen, natürlich um den sowjetischen, Vertragspartner und schon die bloße Idee dieser Übereinkunft zu kompromittieren.

Was trug sich in Rapallo zu?

Die Konferenz von Genua

Das am 16. April 1922 in Rapallo unterzeichnete Dokument steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Konferenz von Genua, die am 10. April 1922 eröffnet wurde. Die Führung der sowjetischen Delegation sollte Lenin übernehmen, und nur sein Gesundheitszustand und die Besorgnis seiner Gefährten um die Sicherheit des Führers der Revolution hielten ihn von der persönlichen Teilnahme an der Konferenz ab. Er leitete aber persönlich die gesamten Vorbereitungen. Seine Ideen von der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung wurden in Genua glänzend von Georgi Tschitscherin, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, verfochten.

Formell hielt sich die Konferenz in folgendem Rahmen. Im Januar 1922 beschlossen Vertreter der Entente in dem französischen Städtchen Cannes, zusammenzutreten und die Nachkriegslage in Europa zu erörtern. Eingeladen wurden sämtliche Staaten Europas, auch die RSFSR. In einer in Cannes gefaßten Entschliebung hieß es: „Kein Staat darf sich das Recht anmaßen, einem anderen Staat die Prinzipien zu diktieren, nach denen dieser sein Eigentumssystem, sein System des inneren

Wirtschaftslebens und der Verwaltung zu gestalten hat.“ Diesem Passus maß Lenin außerordentliche Bedeutung bei. Er sah darin ein indirektes Eingeständnis des Bankrotts des kapitalistischen Eigentumsystems und der Notwendigkeit, es mit dem kommunistischen System in Einklang zu bringen.

Natürlich hoffte man in Cannes, daß es der Entente gelingen werde, „die Sowjets“ in die Knie zu zwingen, nämlich sie zur Zahlung der Zarenschulden zu nötigen, ihnen knechtende Handelsbedingungen aufzuzuktroieren und sie zum Spielball eines „internationalen Wirtschaftskonsortiums“ zu machen. Als die RSFSR die Einladung nach Genua annahm, war es also klar, daß ein harter diplomatischer Kampf bevorstand. Die Sowjetrepublik bereitete sich darauf vor, dem imperialistischen Diktat die grundsätzliche Linie einer rechtsgleichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einer Regelung der Beziehungen mit den einzelnen kapitalistischen Staaten auf bilateraler Grundlage, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des wechselseitigen Vorteils entgegenzusetzen.

Es ist bekannt, wie überzeugend Lenins Programm in Genua in die Tat umgesetzt wurde. Darüber liegen zahlreiche Abhandlungen sowjetischer und anderer Autoren vor. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, möchte ich ein Moment hinzufügen, das zu finden mir eine junge bundesdeutsche Forscherin geholfen hat. Im Jahre 1978 nahm sie sich vor, in der Hamburger Presse von 1922 Äußerungen über Genua und Rapallo zu suchen. Hier einige aufschlußreiche Zitate:

„Wer die Erscheinung Tschitscherin sah, der zur Eröffnungssitzung im Frack und Zylinder kam, seine Reden zugleich in fließendem Französisch und Englisch hielt ... mußte sich wirklich fragen, ob man es noch mit einer Regierung zu tun habe, die die asiatische Barbarei vertrat und außerhalb der Zivilisation steht...“ („Hamburger Fremdenblatt“, 19.4.1922.)

„...Überhaupt Tschitscherin! So frei von jeglicher Zuneigung für die Schreckensmänner Sowjetrußlands wir uns wissen, muß doch zugestanden werden, daß bisher der Sowjetvertreter als der einzige Mann mit klaren Gedanken und völliger Unbefangenheit aus der Konferenz hervortritt. Der kühle Moskowiter blieb der Überlegene.“ („Hamburger Nachrichten“, 12.4.1922.)

„Die nervöse Heftigkeit, womit Barthou“ (der Außenminister Frankreichs) „den Einbruch Tschitscherins in das verbotene Gebiet der Abrüstungsfrage zurückwies, zeigte, wie richtig der revolutionäre Russe gezielt hatte, indem er ins Gedächtnis zurückrief, wie in Washington die Abrüstungsfreunde Rußland den Vorwurf gemacht hätten, ein Riesenheer zu unterhalten, während es jetzt dasselbe Rußland sei, das zur allgemeinen Abrüstung

einlade.“ („Hamburgischer Korrespondent“, 18.4.1922.)

Das will doch viel heißen, nicht wahr? Bedenkt man, daß die Zitate aus bürgerlichen (sogar konservativen) Blättern stammen, so kann man sich vorstellen, wie das „Debüt“ der sowjetischen Diplomatie Westeuropa aufwühlte. Man darf aber auch die äußerst schwierige Situation nicht vergessen, in der sich diese Diplomatie befand. Der „Hamburgische Korrespondent“ schilderte eine aus London nach Genua mitgebrachte Denkschrift mit den Forderungen der Entente an Rußland und nannte sie ein „Dokument krassesten Eigennutzes seiner Verfasser. Es ist darin zu lesen, was man von Rußland verlangen will, was Rußland anerkennen soll an Zahlungen und Leistungen. Aber davon, was Rußland etwa geboten wird, um ihm zu helfen, ist wenig zu lesen.“ (3.5.1922.) England und Frankreich gingen — dem Sinn der Canner Entschließung zuwiderlaufend — darauf aus, dem sozialistischen Staat ihren Willen zu diktieren. Zu diesem Zweck hielten sie es für angebracht, eine Einheitsfront des kapitalistischen Europas zustande zu bringen einschließlich des schwarzen Schafs der damaligen Politik, der Weimarer Republik, die noch kurz vorher den Knechtschaftsvertrag von Versailles unterzeichnet hatte.

Kurz vorher

Als ich daranging, Material über Rapallo zusammenzutragen — für mich als Berichterstatter in Bonn bedeutete das in erster Linie die Suche nach Material über das Verhalten der deutschen Seite —, wandte ich mich an mir bekannte Diplomaten und hörte, daß Teilnehmer der damaligen Geschehnisse nicht mehr unter den Lebenden weilen. Am Leben sind aber noch Zeugen der Zeit nach Rapallo.

Dr. Gebhardt von Walther ist ein in Bonn wohlbekannter Mann. Er ist Berufsdiplomat und vertrat die Bundesrepublik in vielen Hauptstädten der Welt, auch in Moskau (1966—1968). In den letzten Jahren leitete er in Bonn die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. Nicht minder wichtig waren für ihn aber die ersten Jahre seiner Laufbahn. Er trat sie 1929 an, und als er 1936 zur deutschen Botschaft in Moskau kam, waren noch viele im diplomatischen Dienst Deutschlands tätig, für die Rapallo kein abstrakter Begriff war.

Dr. von Walther sieht im Vertrag von Rapallo die Grundlage für das Wirken einer ganzen Schule von Diplomaten des damaligen Deutschlands, das sich in der schwierigen Lage des Besiegten befand und den ihm auferlegten Versailler Friedensvertrag unterzeichnen mußte. Kein Wunder also, daß das Denken vieler auf der Suche nach einem selbständigen Kurs auf Beziehungen zur Sowjetrepublik gerichtet war.

Dr. Horst Groepper kam später — erst 1939 — zur deutschen Diplomatie. In Moskau war er dreimal beamtet: vor dem Krieg, 1956—1960 und in den 60er Jahren, die beiden letzteren Male in der Botschaft der Bundesrepublik, der er 1962—1966 vorstand. Mit den Problemen von Rapallo befaßte er sich als Jurist (nach 1968 leitete er im Außenministerium die Rechtsabteilung). Er sagt von sich, er sei ein überzeugter Anhänger der Übereinkunft von Rapallo und betrachtet sie als den bedeutendsten außenpolitischen Akt der Weimarer Republik. Mir gegenüber äußerte er sich besonders schroff über die Versuche mancher Historiker und Politiker, Rapallo als Bravourstück und Produkt einer Improvisation hinzustellen. In Wirklichkeit habe der Vertrag eine Tendenz widerspiegelt, die schon vor 1922 aufgekommen sei, und der Entwurf für den deutsch-sowjetischen Vertrag habe schon vor Beginn der Konferenz in Genua vorgelegen.

Gewiß, den Historikern ist bekannt, daß sich in der Politik Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg zwei Tendenzen heftig bekämpften. Die eine betrachtete nach der kaiserlichen Tradition und der traurigen Erfahrung mit der Intervention Sowjetrußland als Erzfeind. Die andere Tendenz stützte sich auf einflußreiche Geschäftskreise, in denen man erkannt hatte, daß für Deutschland nur normale Beziehungen zu Sowjetrußland vorteilhaft sein konnten. Über diese Tendenz schrieb Lenin im Juni 1918 an den sowjetischen Vertreter in Berlin, Adolf Joffe: „Wenn die deutschen Kaufleute die wirtschaftlichen Vorteile wahrnehmen, weil sie begriffen haben, daß durch einen Krieg bei uns nichts zu holen ist, da wir alles verbrennen würden, so wird Ihre Politik auch weiterhin Erfolg haben.“

Kommen wir einmal kurz vom eigentlichen Thema ab. Wie erhebend ist es, heute Lenins wissenschaftlich fundierte Voraussicht zu lesen! Es ist, als nähme der große Denker an den jetzigen Diskussionen über die wechselseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit teil und rief den westlichen Kaufleuten in Erinnerung, daß sie „die wirtschaftlichen Vorteile wahrnehmen“ können und daß durch einen Krieg bei uns nichts zu holen ist.

Und nun wenden wir uns wieder dem Jahr 1922 zu.

Die Wahrheit ist, wie man sagt, konkret. In den 20er Jahren war der von Lenin geprägte und von seinen Kampfgefährten in die Tat umgesetzte Begriff der friedlichen Koexistenz völlig greifbar. Versuchen wir, ihn zu erfassen.

Bei den Vorbereitungen für Genua ging Lenin allen realpolitischen Tendenzen in der kapitalistischen Welt auf den Grund. Namentlich zog er den scharfsinnigen Schluß, daß aufgrund einer Anerkennung „beider Eigentumssysteme“ durch den Westen Abkommen und Kompromisse möglich seien. Tschitsche-

rin schrieb 1922: „Die Kardinalfrage der Konferenz von Genua ist die, ob sich eine selbständige wirtschaftliche Entwicklung Rußlands mit Hilfe ausländischen Kapitals, jedoch ohne Unterordnung unter dieses vollziehen, oder ob es in ihm die Herrschaft erlangen wird.“ Viele begriffen damals Lenins Strategie nicht, sie prophezeiten sogar ein „Verpachten der Sowjetmacht“, erhoben kategorische Einwände gegen eine Entwicklung von Beziehungen, besonders aber dagegen, daß westlichen Firmen Konzessionen eingeräumt werden.

Lenins Linie setzte sich durch. Sie nahm in vielen praktischen Schritten Gestalt an, auch in Konzessionen. Darüber wurde seinerzeit mit Geschäftskreisen der USA, Englands und — was für uns besonders interessant ist — Deutschlands verhandelt.



Tschitscherin und von Maltzan auf einem Berliner Bahnhof. 1922

Der Plan, Konzessionen zu geben, bildete damals ein wichtiges Element des sowjetischen Programms für die Wirtschaftsbeziehungen zu kapitalistischen Ländern. In den Richtlinien für die sowjetische Delegation in Genua wurde auch diese Frage als Teil eines umfangreichen Programms berührt, jenes Programms, das heute mit vollem Recht als die erste ausführliche Darlegung des von Lenin geprägten Begriffs der friedlichen Koexistenz gilt.

Ohne Sensationen

Die Weimarer Republik stand in Genua vor einer ersten Wahl. Sie konnte sich natürlich dem Chor der anderen anschließen und darauf

rechnen, von der Entente dafür irgendwelche politischen Zugeständnisse zu bekommen. Es bestanden aber auch andere, gewichtigere Möglichkeiten. Dazu, sie ins Auge zu fassen, wurde Deutschland ebenfalls von den Ententemächten gedrängt, die aus ihrer Absicht kein Hehl machten, Deutschland das Aschenbrödel Europas bleiben zu lassen. Später sagte Reichskanzler Joseph Wirth, der die deutsche Delegation in Genua führte:

„Die Entente hat uns zu einer direkten Einigung mit Rußland gezwungen.“

Auch die deutschen Geschäftskreise erkannten ihre Lage. Am 12. Januar 1922 berichtete der Handelsvertreter der RSFSR in Berlin, Stomonjakow, Lenin über eine Aussprache mit einem Vertreter von Krupp, der sagte, daß die führenden Männer des deutschen Industriellenverbandes und der Industriekreise zu dem Gedanken neigen, daß eine Vereinbarung mit Sowjetrußland vor Genua notwendig sei. Auch die Sowjetregierung erklärte sich dazu bereit.

So ergab sich noch vor Genua eine objektive Situation, in der es möglich war, die Beziehungen zu normalisieren. In Berlin wurde über wirtschaftliche und politische Fragen verhandelt. Das wurde vom 1. bis zum 4. April 1922 fortgesetzt, als die von Tschitscherin geführte Delegation auf der Fahrt nach Genua in Berlin Aufenthalt nahm. Das meinte Dr. Groepper, als er mir sagte, daß das Abkommen von Rapallo beizeiten vorbereitet war.

Die faktischen Vorgänge in Genua sind wiederholt geschildert worden. Bei den westlichen Geschichtschreibern kommen dabei jedoch mehrere Versionen vor. Eine lautet, die deutsche Delegation habe den Vertrag deshalb unterzeichnet, weil sie über die Stellungnahme Englands und Frankreichs schlecht informiert gewesen sei. Umgekehrt: Der deutsche Außenminister Rathenau wußte alles ganz genau.

Schon am 11. April erfuhr die deutsche Delegation, daß Lloyd George und Barthou von der RSFSR die Annahme des sogenannten Londoner Memorandums als Verhandlungsgrundlage verlangten. Es lief Berlins Interessen kraß zuwider, denn es ließ z. B. die Möglichkeit von Wiedergutmachungsansprüchen Sowjetrußlands an Deutschland zu. Am 11. April traf Maltzan, der Leiter der Rußlandabteilung im deutschen Außenministerium, schleunigst mit Gregory, einem Vertreter Englands, zusammen, und dieser mußte zugeben, daß von Deutschland „Selbstmord“ verlangt wurde. Am 12. April war Maltzan wieder bei den Engländern, richtete aber wieder nichts aus. Doch „inzwischen ersuchte Reichsminister Rathenau

Lloyd George zweimal schriftlich und einmal telefonisch um eine Zusammenkunft und wurde dreimal abgewiesen“, schrieb Maltzan in seinen Aufzeichnungen über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags.

Viele Forscher konstatieren, daß dabei, wie sich Rathenau seinen Standpunkt bildete, der Besuch Amedeo Gianninis, Leiters des Pressebüros beim italienischen Außenministerium, eine wichtige Rolle gespielt hat. Am 14. April abends teilte Giannini mit, daß Englands und Frankreichs Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation „günstig“ verliefen und daß

man bei der Entente auf eine geneigte Einstellung der Deutschen hoffe. Das teilte er Reichskanzler Wirth und später in größerem Kreis, zu dem auch Rathenau und Maltzan gehörten, mit. Die beiden begriffen sofort, und Rathenau bemerkte sarkastisch:

„Man habe ein schönes Diner arrangiert, uns nicht dazu eingeladen, aber gefragt, wie uns das Menü gefalle.“

Die Mitteilung wirkte: Gleich, nachdem Giannini gegangen war, gab Rathenau Maltzan Anweisung, die Zusammenkünfte mit der sowjetischen Delegation wiederaufzunehmen. Diese wichtige Tatsache wird im Westen über-

gangen, wenn man Rapallo als eine persönliche Initiative Maltzans hinstellen will. Nach einer anderen Lesart wird Gianninis Mitteilung als unernst und sogar „provokant“ hingestellt.

In dieser Hinsicht kann ich unsere Leser mit einem kürzlich gefundenen Schriftstück bekannt machen: mit einem Brief Max Reiners, des Berichterstatters der „Vossischen Zeitung“ in Genua. Im Jahre 1929 schrieb er: „Am Freitag und Sonnabend vor Ostern verdichteten sich die Mitteilungen, und zwar ganz unabhängig von mir auch bei Georg Bernhard (der als Sachverständiger zur Delegation gehörte), über einen bevorstehenden Abschluß mit den Russen immer mehr, wenn es auch hieß, es würde nur ein Rahmenabkommen sein. Am Sonnabend nachmittag sagte mir Beneš“ (Leiter der tschechoslowakischen Delegation) „und auch der damalige rumänische Hauptdelegierte, man dürfe damit rechnen, daß auch am Abend ein Abkommen parafiert werden solle... Am Abend gab ich dem Dr. Wirth und Dr. Rathenau davon Kenntnis. Sie bestätigten mir, daß meine Angaben auffällig mit denen

übereinstimmen, die sie von anderer Seite bekommen haben.“

Der solide Reiner sagte also daselbe wie der „mißtrauische Giannini“. Maltzan kam der Weisung seines Ministers nach und traf sich mit den sowjetischen Diplomaten. Diese informierten ihn objektiv über den Gang und die Schwierigkeiten der Verhandlungen mit England und Frankreich. Die Gesprächspartner beschlossen, auf die Eventualität der Unterzeichnung jenes Vertrags zurückzukommen, zu dem der Entwurf schon in Berlin vorgelegen hatte und wegen der damaligen deutschen Stellungnahme nicht unterzeichnet



Tschitscherin, Litwinow und Joffe vor dem Hotel Palazzo Imperiale in Santa Margherita, Genua 1922

worden war. Am selben Abend suchte Maltzan wieder den englischen Delegierten Wise auf und erzählte ihm offen von seiner Zusammenkunft mit den sowjetischen Vertretern, um die Engländer zu einem Stellungswechsel zu veranlassen. Wise antwortete jedoch:

„Die Sache ist dem Premierminister vorgetragen worden, aber Sie wissen ja...“

Dabei machte er eine Geste, die die Aussichtslosigkeit solcher Bemühungen ausdrücken sollte. Um 11 Uhr abends rief Wise die deutsche Delegation an und bestätigte das Desinteresse der Engländer. Man kann sich vorstellen, wie aufgeregt die deutschen Delegierten waren, als nachts das Telefon läutete. Der Anruf kam aus dem Hotel Palazzo Imperiale in Rapallo, es war die sowjetische Delegation (das Hotel befand sich in Santa Margherita, einem Vorort Genuas, der schon zu Rapallo gehörte). Es wurde mitgeteilt, daß die sowjetische Delegation zu Verhandlungen bereit sei und die Partner auffordere, am nächsten Tag, dem 16. April, einem Sonntag, zu ihr zu kommen.

Vor einigen Jahren hatte ich Gelegenheit, mit zwei Teilnehmern der damaligen Geschehnisse, Prof. Lubimow und Ehrlich, zu sprechen. Letzterer war im Palazzo Imperiale Leiter des Wirtschafts- und Wachstumsdienstes. Er erzählte:

„In der Nacht zum 16. April wurde ich gegen zwei Uhr gebeten, die Rezeption zu öffnen, wo ein Telefon war. Sabanin, der Leiter der Wirtschafts- und Rechtsabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, kam, um zu telefonieren. In meiner Gegenwart rief er die Deutschen an und wollte von Maltzan sprechen. Das Gespräch dauerte höchstens drei Minuten. Sabanin bat Maltzan, Reichskanzler Joseph Wirth zu bestellen, daß Tschitscherin die deutsche Delegation bäte, gegen 11 Uhr nach Santa Margherita zu kommen, damit die in Berlin begonnenen Verhandlungen über ein sowjetisch-deutsches Abkommen fortgesetzt werden könnten.“

Um 11 Uhr vormittags traf die deutsche Delegation im Palazzo Imperiale ein, und nach einer grundsätzlichen Übereinkunft wurde mit der Abfassung des endgültigen Wortlauts begonnen. Gegen Abend wurde der Vertrag unterzeichnet.

Rapallos Wirkung

Man kann verstehen, daß die Historiker sich bemühen, die Ereignisse jener denkwürdigen Tage buchstäblich nach Minuten zu rekonstruieren. Darüber dürfen wir jedoch Sinn und Bedeutung der in Rapallo unterzeichneten Urkunde nicht vergessen.

Wenden wir uns zunächst der damaligen Hamburger Presse zu.

Wir lesen, daß (in Deutschland) „die Freude über das getroffene Abkommen im Grunde allgemein war, aber nicht deshalb, weil man für das deutsche Volk daraus alsbald unmittelbaren Gewinn erwartet hätte... Die Freude, die der Vertrag von Rapallo bei uns erregte, war vielmehr ganz anderer Art: die deutsche Außenpolitik, die in ewigem Dulden, Protestieren und Er-

füllen das Reich in seine jetzige trostlose Lage hineingesteuert und seit Jahren in der Haltung eines demütigen Sklaven der Westmächte verharret hatte, trat mit dem Vertrag von Rapallo zum ersten Mal aus ihrer Passivität heraus und ging... zu positivem Handeln über...“ („Hamburger Nachrichten“, 11.6.1922.)

„... haben Rußland und Deutschland der Welt das Beispiel eines Vertrages geliefert, wie er unter Wahrung der großen demokratischen Prinzipien zwischen freien Völkern zu gemeinsamer Arbeit abzuschließen ist...“ („Hamburger Fremdenblatt“, 19.4.1922).

Es gab aber auch andere Äußerungen. Innerhalb und besonders außerhalb Deutschlands fanden sich nicht wenige offene Gegner des Vertrags. In England und Frankreich wurden sogar Aufforderungen laut, Deutschland für sein selbständiges Vorgehen zu „bestrafen“. Dennoch war der Vertrag eine Realität. Er wurde dem Reichstag zur Ratifizierung vorgelegt. Am 4. Juli 1922 wurde er einstimmig bestätigt. Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee hatte ihn schon am 16. Mai 1922 ratifiziert.

An dieser Stelle muß ich mich beim Leser für eine anfängliche Ungenauigkeit entschuldigen. Nach Ausführungen bundesdeutscher Diplomaten schrieb ich, daß keine Zeugen von Rapallo mehr am Leben seien. Vor einigen Tagen habe ich einen gefunden! In Bielefeld lebt Herr Werner Otto von Hentig, ein 96jähriger Veteran des deutschen diplomatischen Dienstes, der in den 20er Jahren deutscher Gesandter in Estland und 1923 vorübergehend Geschäftsträger in Moskau war. Später bekleidete er viele andere diplomatische Posten. Er sagte mir folgendes:

„Wie viele andere damalige Diplomaten sah ich in dieser Urkunde eine wahre Rettung für Deutschland. Das war ein Akt wirklicher Selbstständigkeit, veranlaßt durch die Erkenntnis, wie wichtig die Beziehungen zu Sowjetrußland waren. Nach dem zweiten Weltkrieg kritisierte ich, daß Bundeskanzler Adenauer diese Beziehungen der Verwandlung der Bundesrepublik in eine Handhabe der amerikanischen Politik aufgeopfert hatte.“

Als ich mich in Bonn mit zwei ehemaligen Botschaftern über die Bedeutung des Vertrags unterhielt, hoben sie hervor, daß Rapallo ein höchstwichtiger außenpolitischer Schritt der Weimarer Republik war. Zusammen mit dem nachfolgenden Berliner Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland von 1926 sagte Dr. Groepper, „waren das ausgesprochen geniale Aktivitäten“.

Rapallo leitete eine Zeit normaler, wechselseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein, die wirtschaftlich und politisch äußerst ersprießlich waren.

Leider begannen die über das Geschick Deutschlands bestimmenden reaktionären Politiker schon am Ende der „Weimarer Epoche“, vom Sinn und Buchstaben des Rapallo-Vertrags abzugehen. Nicht von ungefähr schrieb der bekannte SPD-Mann Rudolf Breitscheid 1931 an Botschafter Dirksen: „Was Rußland angeht, so zeigen jetzt manche Angst vor Erfolgen der Fünfjahrespläne, und es gibt Leute, die in dieser Stimmung zu dem Schluß kommen, daß man die Einstellung zur Sowjetrepublik ändern und neue Kombinationen anstreben müsse.“

Die „neuen Kombinationen“ sind bekannt: Anfangs bestanden sie in Versuchen, eine antisowjetische Einheitsfront unter Englands und Frankreichs Führung zu bilden, dann trat der Nazismus in den Vordergrund. Hitlers Machtantritt krönte formell die Abkehr vom Kurs von Rapallo und den Übergang zum Kurs auf den Krieg.

Geschichte und Gegenwart

Die Bedeutung von Rapallo ist nicht nur ein geschichtliches Thema. Am genauesten hat sie Lenin in seinem Urteil über den Vertrag definiert. Er schrieb: „Eine wirkliche Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme, wenigstens als vorläufiger Zustand, solange nicht die ganze Welt vom Privateigentum und dem ökonomischen Chaos und den Kriegen, die es erzeugt, zur höheren Form des Eigentums übergegangen ist, findet sich nur im Vertrag von Rapallo.“

Dieses Urteil gab der Sache zugleich ein hohes geschichtliches Niveau, das einen weiten Ausblick bot. In Genua und Rapallo ging es nicht allein um die damals strikt aktuellen Fragen (die Zarenschulden, den Artikel 116 des Versailler Friedensvertrags und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen). Zwei Regierungen — die sowjetische und die deutsche — verbrieften mit ihrer Unterschrift etwas Wichtigeres und Dauerhafteres: die Prinzipien für die Beziehungen der beiden Gesellschaftsordnungen.

Viele Jahre später sagte Leonid Breshnew: „Immer breitere Anerkennung finden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung. Diese Prinzipien bekommen

BLEIBENDE AKTUALITÄT

Am 9. April hat in der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der UdSSR eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Die Konferenz in Genua und die Welt von heute“ getagt. Eröffnet wurde sie von Viktor Stukalin, einem stellvertretenden Außenminister der UdSSR.

Das Referat über „Die Erfahrungen von Genua und die internationalen Beziehungen der Gegenwart“ hielt der Rektor der Akademie, Prof. Dr. Sergej Tichwinski. Über die große weltpolitische Tragweite Genuas und Rapallos sprachen Lew Tolkunow, der Vorsitzende des APN-Vorstandes, Wladimir Petrowski, Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums, und Wissenschaftler von Instituten der AdW und der Diplomatischen Akademie.

In dieser waren außenpolitische und diplomatische Urkunden und anderes Material ausgestellt, die auf die Vorbereitung und Abhaltung der Konferenz von Genua sowie auf die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags Bezug haben.

einen immer konkreteren Inhalt und verwandeln sich allmählich in eine allgemeingültige Norm des internationalen Lebens.“ Genua und Rapallo waren Marksteine dieses weltgeschichtlichen Prozesses.

Es wäre geschichtswidrig, die Situation von 1922 in die Gegenwart verlegen zu wollen. Seitdem hat sich Europa verändert. Nicht die von wütenden Feinden umringte junge Sowjetrepublik, sondern die mächtige sozialistische Staatengemeinschaft repräsentiert jetzt in Europa das Eigentumssystem, dem nach Lenins Voraussicht die Zukunft gehörte. Auf der Landkarte gibt es das alte Deutschland nicht mehr, sondern zwei souveräne Staaten, von denen einer zur sozialistischen Gemeinschaft gehört. Aber niemand kann natürlich der Öffentlichkeit des anderen deutschen Staates, der Bundesrepublik, verbieten, sich Gedanken über die Lehren von Rapallo zu machen. Für die Bundesrepublik ist es auch in der veränderten geschichtlichen Situation eine Frage, welche Rolle die Beziehungen zum Sowjetstaat spielen und wieviel Selbständigkeit die Interessen des Landes erforderlich machen. Es ist kein Zufall, daß jedes Mal, wenn davon die Rede ist, die reaktionären Kreise der Bundesrepublik das „Gespenst von Rapallo“ hervorholen, um mit diplomatischen Mitteln alle zu schrecken, die nicht damit einverstanden sind, daß man gehorsam dem Kurs Washingtons folgt. So war es auch zur Zeit der geschichtlichen Wandlungen in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der „neuen Ostpolitik“. Auf diese Einschüchterungsversuche versetzte Willy Brandt, das Wichtigste in Rapallo seien „sein innerer Gehalt, nämlich ein normales und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion“ gewesen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Lehren von Rapallo gehen aber weit über die bilateralen Beziehungen zur UdSSR hinaus. In Dokumenten Lenins ist eine gründliche Analyse der Besonderheiten der Beziehungen zwischen den „beiden Eigentumssystemen“, über ihre Gleichberechtigung enthalten. Lenin betonte wiederholt, auf sowjetischer Seite werde man nicht dulden, daß ein diktatorischer Ton ihr gegenüber angeschlagen wird. Am 6. März 1922 sagte er: „Alle Versuche, uns Bedingungen wie Besiegten aufzuzwingen, sind leerer Wahn, auf den es nicht lohnt zu antworten.“

Der Gründer des Sowjetstaates war fest von der objektiven Wirkungskraft des sowjetischen Programms für gleichberechtigte Beziehungen und davon überzeugt, daß der Westen früher oder später die Notwendigkeit dieser Beziehungen einsehen wird.

Erinnern wir uns nochmals: Sowjetrußland stand damals allein da und hatte beim Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg und die Intervention ruinierten Volkswirtschaft außerordentliche Schwierig-

keiten. Das hinderte es aber nicht daran, alle Versuche zu vereiteln, ihm einen fremden Willen aufzuzwingen.

Was 1922 richtig war, ist auch 1982 richtig. Die Leninschen Grundsätze bleiben die unerschütterliche Grundlage der sozialistischen Diplomatie. Das Sowjetland ließ sich weder 1922 noch später mit Drohungen einschüchtern. Es zitterte vor Hitler nicht und fürchtete nicht die Drohungen im kalten Krieg. Was erwarten die Urheber der Politik der Drohungen und Wirtschaftsanktionen eigentlich heute?

Das Geheimnis des Rapallo-Vertrags ist einfach und zugleich kom-

pliziert: einfach in der genialen Formulierung Lenins über die Gleichberechtigung der beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme; kompliziert in seiner Ausführung, denn er stellt an die heutigen Staatsmänner außergewöhnlich hohe Anforderungen. Die sowjetische Außenpolitik hält sich unentwegt an die Ideen Lenins, sie setzt sie in der wechselnden Situation, bei einem heftigen politischen und ideologischen Kampf in die Tat um. Es ist am „anderen System“, an der anderen Seite, die geschichtlichen Realitäten unserer Epoche zu begreifen.

Bonn (APN, exklusiv für „NZ“)

UNSERE RUSSISCH-SEITE

LEKTION 7

Übung 1. Lesen Sie und übersetzen ins Deutsche den Text:

1. СОЮЗ НЕРУШИМЫЙ РЕСПУБЛИК СВОБОДНЫХ 1. Образование СССР

30 декабря этого года весь советский народ будет отмечать шестидесятилетие со дня образования СССР — многонационального социалистического государства. Наша страна стала именоваться Союзом Советских Социалистических Республик с 1922 года. Как возникло многонациональное Советское государство? Октябрьская революция, уничтожив классовый гнет, создала объективные предпосылки для решения национального вопроса. 7 ноября 1917 года была образована Российская Советская Федеративная Социалистическая Республика (РСФСР). Ее рождение стало первым шагом на пути к объединению народов. На территории бывшей Российской империи сформировались и другие национальные республики: Украинская, Белорусская, Азербайджанская, Армянская, Грузинская. Окончательное образование государственного союза социалистических республик произошло только спустя пять с лишним лет после Октябрьской революции. И это понятно. Века межнациональной вражды породили недоверие народов друг к другу. Им нужно было убедиться в том, что со стороны партии, Советской власти делается все ради того, чтобы устранить почву для возможных конфликтов, взаимного недоверия, создать необходимые условия для сплочения наций в единый братский союз. I Всесоюзный съезд Советов, собравшийся 30 декабря 1922 года, утвердил Декларацию и Союзный Договор об образовании СССР.

С первых дней объединения советские республики стремились к установлению между собой тесных политических, хозяйственных и культурных связей, старались помогать друг другу в общем деле строительства новой жизни. Началась гигантская работа по подъему экономики и культуры отсталых народов.

В СССР проживает более 100 наций и национальностей. В короткие сроки в национальных республиках были построены новые города, промышленные центры, кооперировано сельское хозяйство. Ликвидация неграмотности и создание национальной интеллигенции открыли широким массам путь к просвещению, способствовали развитию национального самосознания. Была создана письменность для десятков народностей, которые ее не имели. Каждый народ получил возможность самостоятельно управлять делами своей республики, строить экономику, развивать культуру, осваивать достижения мировой культуры. Отношения между республиками строятся на основе дружественного сотрудничества. В СССР нет привилегированных и непривилегированных народов. Равенство языков и отсутствие национальных привилегий закреплено законом. Русский язык изучается добровольно и служит средством межнационального общения. Во всех союзных республиках огромными тиражами издаются газеты, журналы и книги на национальном и русском языках. Советские люди воспитываются в духе социалистического интернационализма и патриотизма, что развивает чувство братства всех национальностей и взаимного уважения к национальным традициям. Сейчас в состав СССР входят 15 союзных республик, 20 автономных республик, 8 автономных областей, 10 автономных округов, 127 краев и областей.

Содружество советских народов имеет огромное международное значение. Общество, которое проповедует дружбу и братство между людьми разных национальностей, не может не быть глашатаем мира, надежным оплотом всех сил, выступающих за социальный прогресс, против агрессивной политики противопоставления народов, разжигания вражды между ними. Это ярко подтверждает вся история Советского многонационального государства.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Unter den Linken meines Landes gibt es Leute, die meinen, daß die sowjetischen Werktätigen zwar restlos garantierte Beschäftigung und soziale Sicherstellung haben, den Staat aber trotzdem als etwas Fremdes ansehen. Daher die geringe Arbeitsproduktivität. Was sagen Sie dazu?

Benjamin BIANCHI
Caracas, Venezuela



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert
PIN

Ich möchte vorausschicken, daß ich so etwas schon gelesen und gehört habe. Bürgerliche Propagandisten behaupten mit Vorliebe, daß die Menschen in der sozialistischen Gesellschaft rechtlos seien. Wie steht es damit?

Wenden wir uns der Geschichte unseres Staates zu. Ich hoffe, Sie haben gehört, daß das Sowjetvolk sein Land nach dem ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg aus dem Ruin ins normale Leben zurückführte. Mit ungeheuren Anstrengungen legte es in den ersten Planjahrhundert das Fundament für die sozialistische Industrie, eine unerläßliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt. Es gehörten auch Opferwillen und Arbeitseinsatz dazu, die Volkswirtschaft und Tausende zerstörte Städte und Dörfer nach Hitlers Invasion wiederaufzubauen. Damals gab es die sozialistische Staatengemeinschaft noch nicht, und die westlichen Industriestaaten wollten mit uns nicht zusammenwirken, ja sie warfen uns bei unserem Aufbau Knüppel zwischen die Beine. Hätten die sowjetischen Menschen standhalten und den mächtigen Staat aufbauen können, wenn sie sich ihrer sozialistischen Heimat nicht innig verbunden gefühlt und in ihr nicht das Unterpfand ihres Wohlergehens und des Glücks ihrer Kinder gesehen hätten?

Sie können einwenden, daß jetzt andere Zeiten seien. Gewiß, vieles ist bei uns anders, u. zw. besser geworden, und auch die Welt ist nicht mehr dieselbe. Aber auch jetzt fühlt sich jeder Sowjetbürger mit seinem Vaterland unlösbar verbunden, das ist eine Tatsache.

Unermeßlich sind unsere Bauten und Projekte. Wir verwandeln große Land-

striche, größer als viele Staaten. Zügig erschließen wir die Schätze Sibiriens, bauen dort weite Bahnstrecken sowie Öl- und Gasleitungen, führten Städte in sumpfiger Taiga auf, und das alles könnten wir nicht, wenn die vielen Tausend Menschen, die in diese rauen und ihnen oft ungewohnten Gegenden kommen, um dort zu leben und zu arbeiten, die Sorgen des Staates nicht als ihre eigenen ansähen.

Nun können Sie sagen, dort seien die Löhne höher als anderwärts, und wirklich, der Staat gewährt diesen Menschen jene und noch andere Vergünstigungen. Aber die Tjumenersümpfe sind kein Klondike, und obwohl unsere Menschen materielle Vorteile nicht verschmähen, sind sie ihnen nicht ausschlaggebend, wovon ich mich selbst überzeugen konnte. Sie gehen in die fremden Lande, angezogen von der Romantik eines großen Werks, voller Enthusiasmus, gelockt von der Neuartigkeit des dortigen Lebens und dem besonders bei jungen Menschen begreiflichen Drang, ihre Willensstärke, ihren Charakter und ihre Körperkraft auf die Probe zu stellen und etwas zu vollbringen, worauf sie stolz sein können.

Nicht alle halten durch, und ich wäre nicht offen, wenn ich sagen würde, daß in unserem Land ausnahmslos alle Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein zeigen, wenn es um das Allgemeinwohl geht. Es gibt bei uns auch Egoisten und sogar unter der Jugend Gleichgültige und solche, die nicht mehr tun wollen, als sie unbedingt müssen. Mancher sucht aus der Allgemeinheit möglichst viel herauszuholen und ihr möglichst wenig zu geben. Der jahrhundertealte Egoismus ist eben noch nicht ganz ausgeremert.

Wir verhehlen nicht, daß wir in den 65 Jahren, die die neue Gesellschaft besteht, bei weitem noch nicht alle Unzulänglichkeiten beheben konnten. Auch in der Wirtschaft haben wir ungelöste Probleme. Doch ohne jeden Zweifel haben wir in den Jahren des sozialistischen Aufbaus einen sehr weiten Weg zurückgelegt.

Urteilen Sie selbst! Auf die UdSSR entfällt jetzt ein Fünftel der globalen Industrieproduktion (vor der Revolution kamen auf Rußland nur etwas

mehr als 4%). Seit 10 Jahren hat sie sich beinahe verdoppelt, während die USA, um die ihre zu verdoppeln, 17 Jahre, die BRD und Frankreich 18 und Großbritannien 26 Jahre brauchten. Der absolute Zuwachs unserer Industrieproduktion im letzten Jahrzehnt entspricht etwa der jetzigen Englands und Frankreichs zusammen. Das will doch etwas heißen, namentlich, wenn man bedenkt, daß unser Land vor der Revolution vergleichsweise zurückgeblieben war.

Im Zuge des wissenschaftlichen Fortschritts sind bei uns moderne Industriezweige wie der Atommaschinenbau, die kosmische und die Lasertechnik, die Elektronik und Mikroelektronik entstanden. Im vergangenen Jahrzehnt nahm die Arbeitsproduktivität um mehr als 50% zu. Trotzdem liegen wir damit noch immer hinter den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, aber keineswegs aus dem von Ihnen genannten Grunde. Lange wuchs unsere Volkswirtschaft größtenteils „in die Breite“. Wenn von einem Erzeugnis mehr produziert werden mußte, dann wurden neue Betriebshallen und Betriebe gebaut. Die Volkswirtschaft wuchs schneller als die Arbeitsproduktivität.

Jetzt geht die sowjetische Wirtschaft zu einer neuen — vornehmlich intensiven — Entwicklung über, der Nachdruck wird auf die Hebung der Effektivität verlegt. Gleichzeitig erfüllen wir eine Anzahl lebenswichtiger Aufgaben. Wir bemühen uns darum, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen und die manuelle Arbeit (deren Anteil noch relativ groß ist) zu mechanisieren. Wir sind bestrebt, in den bestehenden Betrieben bei kleineren Belegschaften mehr zu fabrizieren (wozu uns auch die jetzige demographische Situation veranlaßt). Auch perfektionieren wir die Organisation der Arbeit, ihre Stimulierung etc. Besonderen Wert legen wir auf sparsamen Verbrauch von Roh-, Werk- und Brennstoffen, von Energie usw. Kurz, es handelt sich darum, das bereits geschaffene große Potential und unsere Ressourcen zweckmäßiger zu nutzen.

Einen gewichtigen Beitrag zur Perfektionierung der Produktion leisten neben den Wissenschaftlern, Konstrukteuren und Ingenieuren auch die einfachen Arbeiter: Millionen wetteifern um die besten Arbeitsergebnisse und bringen Rationalisierungsvorschläge ein. Dieses wirtschaftliche Interesse an den Angelegenheiten der eigenen Betriebsabteilung, des Betriebs und des Landes ist ein Unterpfand für das weitere Vorwärtkommen unserer Wirtschaft und folglich auch für eine vollständigere Befriedigung der zunehmenden Bedürfnisse der sowjetischen Menschen.

PS

Wie zu Hause



Sidney Jaffe aus Toronto (Kanada) ging aus dem Haus und kam nicht wieder. Er tauchte im fernen US-Staat Florida wieder auf, u. zw. auf einer Anklagebank. Das Urteil lautete auf 35 Jahre: für Grundstückspekulationen. Jaffe war von zwei nordamerikanischen Polizeibeamten in kanadischer Polizeiuniform entführt worden. Sie brachten ihn in einem Privatflugzeug nach Florida. Im kanadischen Parlament wurde die Aktion als „empörender Verstoß gegen die Souveränität Kanadas“ geißelt. Die Regierung hat verlangt, daß Jaffe zurückgebracht und daß seine Entführer an Kanada ausgeliefert werden. Damit hat die Themis der USA aber nicht die geringste Eile.

Diebstahl auf Bestellung

Die Direktion englischer Warenhäuser klagt, daß neuerdings Ladendiebe und -diebinnen einer besonderen Art aufgetaucht sind. Sie sind wählerisch und stehlen sozusagen auf Bestellung. Auf einer Londoner Pressekonferenz führte ein Polizeibeamter folgendes Beispiel an: In einer Filiale von Marks & Spencer wurde eine Diebin angehalten, die eine Liste von Sachen bei sich hatte, die ihr Einwohner des Hauses gegeben hatten. In dem

sich das Geschäft findet. Sogar die genauen Maße der zu stehlenden Sachen sind darin vermerkt.

Für ein ganzes Museum

Unlängst wurde der bekannte Mailänder Papierkönig und Herausgeber Giovanni Fabbri verhaftet, der so viele Raritäten aus Italien hinauszuschmuggeln versucht hatte, daß sie für ein ganzes Museum gereicht hätten. Dem „Messaggero“ zufolge waren darunter teure Gemälde, Gobelins, Inkunabeln, Silberschmuck, kostbares altes Porzellan usw., insgesamt im Werte von rund 10 Md. Lire.

Wie im Mittelalter



Lord Romsey, ein Enkel des verstorbenen Lord Mountbatten und Verwandter der Königin von England, wollte, wie der „Toronto Star“ mitteilt, an einem Vorrecht seines Hauses aus der Feudalzeit verdienen. Er verlangte 10% der Pacht, die von den Behörden für Marktstände in Romsey (Grafschaft Hampshire) erhoben wird. Das Vorrecht bekamen seine Vorfahren vor dreieinhalb Jahrhunderten vom englischen König. Die Kaufleute der Stadt waren empört über die Ansprüche des Lords, der aber trat in Erwartung der Einkünfte eine Urlaubsrei-

se auf eine karibische Insel an.

Was stimmt, das stimmt

Tom Metzger, der Führer des rassistischen Ku-Klux-Klans in Kalifornien, kandidiert für die bevorstehenden Senatswahlen. Er rechtfertigt seinen Wunsch, Senator zu werden, damit, daß Rassisten im US-Senat keine Seltenheit sind und daß sogar viele Präsidenten der USA Rassisten gewesen seien.

Vorsicht, Einschreiben!



In Italien ersticken die Leute fast vor Bürokratie und „Psycho-Terrorismus“. Dieser Meinung ist der Berichterstatter der Londoner „Times“ in Rom, Peter Nichols. Besonders müsse man sich vor amtlichen Einschreibebriefen in acht nehmen, sie bedeuten immer Unannehmlichkeiten. Beispielsweise kann so ein Brief eine Rechnung für Dienste enthalten, die vor 10 Jahren geleistet wurden, und wenn die Gebühr 1972 25 000 Lire betrug, so macht sie dieses Jahr wegen der galoppierenden Inflation ein halbe Million aus.

Ein sinniger Preis

In Frankfurt a.M. fand vor kurzem, wie die Zeitschrift „Quick“ mitteilt, ein großartiger Ball für prominente und einfache reiche Leute statt. Sie mußten für Eintritt zahlen. Der Kassenerlös ging an den Weltfonds zum Schutz wilder Tiere. Preise wurden ausgelost. Der erste Preis war Nerzfell. Der Nerz ist ja noch nicht am Aussterben.

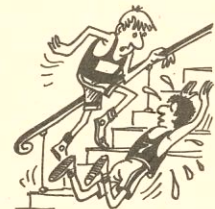
Der wahre Grund

Der Amerikaner Edward Lawson aus San Francisco wurde seit anderthalb Jahren 20mal festgenommen und bei der Polizei verhört — aus dem einzigen Grund, weil er des Vagabundierens verdächtigt wird. Lawson, der beruflich viel unterwegs sein muß, geht gern zu Fuß, auch weite Strecken. Er selbst meint, der wahre Grund seiner Unannehmlichkeiten sei ein anderer: Er ist ein Neger.

Selbst Polizisten machtlos

Der Amerikaner Hunter wandte sich um Hilfe an die Polizei. In der New-Yorker U-Bahn waren zwei Halbstarke über ihn hergefallen und hatten ihm die Waffe, die Uhr und einen Ring abgenommen. Besonders unangenehm ist, daß es sich um eine Dienstwaffe gehandelt hat. Hunter ist nämlich Polizist. „Jetzt gibt es sogar für Polizisten keine Rettung vor den Halbstarcken mehr“, sagte er deprimiert.

Rekorde, Rekorde...



Wie die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, hat der 27jährige Amerikaner Jim Ochse in dem Treppenvetwettbewerb gesiegt, der in New York zum fünften Male veranstaltet worden ist. Jim brauchte für den Lauf bis zur 86. Etage des Empire State Buildings 11 Minuten und 41,1 Sekunden. Auf der Treppe zur letzten Etage überholte er den vorjährigen Sieger, Pete Squires, der stolperte und dicht vor dem Ziel hinfiel.

Zeichnungen:
V. Rosanzew

NEUE ZEIT
НА МЕЖДУНАРОДНОМ РЫНКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Служба доставки